

DONNERSTAG, 8. OKTOBER 2009

VORSITZ: Jerzy BUZEK

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 09.05 Uhr eröffnet)

2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

3. G20-Gipfel in Pittsburgh (24./25. September 2009) (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

4. Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise für die Entwicklungsländer und die Entwicklungszusammenarbeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

5. Informationsfreiheit in Italien (Aussprache)

Der Präsident. – Nach der Tagesordnung folgt die Erklärung der Kommission über die Informationsfreiheit in Italien.

Viviane Reding, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, Meinungsfreiheit und Informationsfreiheit bilden die Grundlage einer freien, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft. Das ist mein Credo als ehemalige Journalistin und ebenso das der Europäischen Union. Aus diesem Grund haben alle EU-Organe – das Parlament, der Rat und die Kommission – die Charta der Grundrechte der EU unterzeichnet, deren Artikel 11 lautet: „Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet.“

Die EU-Charta regelt auch, nämlich in Artikel 51 Absatz 1, wo und wann diese Grundrechte angewendet werden. Ich zitiere nochmals: „Diese Charta gilt für die Organe und Einrichtungen der Union unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und für die Mitgliedstaaten“, jedoch „ausschließlich bei der Durchführung des Rechts der Union.“

Innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der EU, den wir respektieren müssen, hat sich die Europäische Kommission stets für Medienfreiheit, Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit und Pressefreiheit eingesetzt, und zwar sowohl innerhalb der EU als auch in den Außenbeziehungen zu Drittländern. Ich erinnere insbesondere an die wichtige Rolle der EU-Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“, die seit 1989 dafür sorgt, dass Bürger in allen EU-Mitgliedstaaten ohne Einschränkungen Fernsehsendungen aus anderen EU-Ländern empfangen können. Es handelt sich hierbei um eine EU-Richtlinie, die in erheblichem Maße zu einem freien und grenzüberschreitenden Informationsfluss und damit zu einer pluralistischeren Medienlandschaft in allen Mitgliedstaaten beigetragen hat. In diesem Zusammenhang möchte ich dem Europäischen Parlament dafür danken, dass es die Kommission dabei unterstützt hat, eine Modernisierung dieser Richtlinie zustande zu bringen, wobei die grenzüberschreitende Informationsfreiheit über Fernsehaussstrahlungen hinaus auf andere audiovisuelle Dienste ausgedehnt wird, insbesondere auf jene im Internet.

Die Richtlinie muss bis Ende dieses Jahres von allen EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden und wird ganz wesentlich zum Medienpluralismus beitragen, wenn auch die Online-Umgebung von ihr erfasst wird. Lassen Sie mich noch drei weitere sehr wichtige Elemente dieser Richtlinie aufzeigen.

Erstens: die Förderung unabhängiger Fernsehproduktionen. Die Richtlinie beinhaltet eine Vorschrift, dass Fernsehveranstalter mindestens 10 Prozent ihrer Sendezeit bzw. mindestens 10 Prozent ihrer Haushaltsmittel für die Programmgestaltung europäischen Produktionen von Produktionsfirmen vorbehalten müssen, die von den Fernsehveranstaltern unabhängig sind.

Zweitens sieht die Richtlinie in ihrer modernisierten Fassung für Journalisten und Nachrichtenorganisationen innerhalb der EU das Recht auf Zugang zu kurzen Auszügen zum Zwecke der Kurzberichterstattung vor.

Drittens - und dies ist von allergrößter Bedeutung - wird in der neuen Richtlinie auf die Notwendigkeit unabhängiger Medienbehörden auf nationaler Ebene verwiesen. Dieser Hinweis beruhte auf einer Empfehlung der Kommission und wurde letztlich nur aufgrund der großen Unterstützung durch das Europäische Parlament in die Richtlinie aufgenommen. Von daher kann die modernisierte Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ als Charta für eine grenzüberschreitende Informationsfreiheit innerhalb der EU gelten

Ich möchte aber noch auf einen anderen wichtigen Aspekt im Kompetenzbereich der Europäischen Union eingehen, wo dieses Organ sich für Medienpluralismus einsetzen kann und eingesetzt hat. Ich meine die Frequenzpolitik. Wie wir alle wissen, kann es keinen Rundfunk geben ohne Zugang zu Funkfrequenzen, und die EU-Politik zielt darauf ab, dass alle Marktbeteiligten einen nicht-diskriminierenden Zugang zu Funkfrequenzen erhalten. Nationale Behörden dürfen daher nicht über Frequenzzuweisungen die Wettbewerbssituation auf dem Medienmarkt einfrieren, zugunsten bereits aktiver Akteure auf diesem Markt. Übrigens hat der Europäische Gerichtshof dieses wichtige Prinzip, das sich unmittelbar aus der Dienstleistungsfreiheit ergibt, in seinem Centro-Europa-Urteil bestätigt. Die Kommission hat diese Entscheidung als Beitrag zu einem fairen Wettbewerb und als wichtige Grundlage für die Stärkung des Medienpluralismus begrüßt. Auf dieser Basis ist die Kommission wiederholt gegen Mitgliedstaaten vorgegangen, in denen die Frequenzverwaltung diesem Prinzip zu widersprechen schien

Ich verweise hier auf das Beispiel des Vertragsverletzungsverfahrens wegen Funkfrequenzzuweisungen in Italien, das meine Kollegin Frau Neelie Kroes und ich 2006 eröffnet haben. Unter dem Druck dieses Verfahrens sind die italienischen Behörden mittlerweile dazu übergegangen, ihr Konzept zu ändern. Im Ergebnis werden wir eine weitreichende Marktöffnung und einen Zugewinn für den Medienpluralismus verbuchen können. Die Frequenzpolitik ist somit ein hervorragendes Beispiel für einen Bereich, in dem die EU innerhalb ihrer Kompetenzen handeln kann, um den Wettbewerb um die Ressourcen, die für Fernsehveranstalter unabdingbar sind, zu verbessern und dadurch den Medienpluralismus zu stärken.

Was die Printmedien angeht, sind die Kompetenzen der Europäischen Union dagegen weitaus geringer. Die Printmedien sind ein Paradebeispiel für nationale oder gar regionale Kompetenzbereiche, und ihre Situation spiegelt häufig die unterschiedlichen kulturellen Traditionen der verschiedenen Mitgliedstaaten wider. Es gibt also keine spezifische EU-Gesetzgebung in Bezug auf die Printmedien, und im Rahmen der bestehenden Verträge ist eine solche Gesetzgebung auch nicht möglich. Nichtsdestotrotz haben wir in den EU-Organen und ganz besonders in der Europäischen Kommission stets die EU-weite Entwicklung der Printmedien flankiert. Ich weise darauf hin, dass ich in meiner Eigenschaft als EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien zahlreiche Gespräche mit Chefredakteuren aus ganz Europa geführt habe, um die aktuellen Fragen in Bezug auf Medienfreiheit und Medienpluralismus zu diskutieren.

Im Juni 2009 mündeten diese Gespräche in der Europäischen Charta für Pressefreiheit, die von Journalisten aus ganz Europa formuliert wurde. Ich habe diese Charta ohne Wenn und Aber befürwortet, als mir die Endfassung schließlich überreicht wurde. Die von der europäischen Journalistengemeinschaft initiierte Charta für Pressefreiheit ist eine eindruckliche Bestätigung für die in so fundamentalen Rechtstexten wie der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundwerte. Darüber hinaus gemahnt sie alle Politiker in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich daran, welche Aufgabe den Behörden zukommt, damit eine tatsächliche Freiheit der Presse sichergestellt werden kann: Sie müssen bereit sein, die Meinungsfreiheit zu schützen und auszubauen. Die Charta ist von daher ein wichtiger Schritt zur Untermauerung dieser Grundwerte und -rechte, da sie Journalisten in die Lage versetzt, diese Werte und Rechte gegenüber Regierungen oder Behörden einzufordern, wenn sie den Eindruck haben, dass die Freiheit ihrer Arbeit ungerechtfertigterweise bedroht ist.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, Sie sehen, dass die Organe der Europäischen Union und insbesondere die Kommission starkes politisches Engagement zeigen, wenn es um Grundrechte und Informationsfreiheit, Meinungsfreiheit und Medienfreiheit geht. Wir nutzen unsere Möglichkeiten, diese Rechte und Freiheiten auf der Basis der Verträge in unserer Arbeit zu fördern, und wir werden dies auch in Zukunft tun.

Dennoch möchte ich noch auf einen weiteren wichtigen Aspekt eingehen. Die Tatsache, dass die Politik der Europäischen Union sich an den Grundrechten ausrichtet, bedeutet nicht automatisch, dass die EU für alle Grundrechtsfragen in den einzelnen Mitgliedstaaten zuständig ist. Man muss bedenken, dass die Mitgliedstaaten über Verfassungen verfügen, teilweise mit langen Traditionen, und dass es in allen Mitgliedstaaten Gerichte, Berufungsgerichte und Verfassungsgerichte gibt, die die Einhaltung und Durchsetzung von Grundrechten

bei der Tätigkeit einzelstaatlicher Behörden sicherstellen. Erst gestern konnten wir ein Beispiel dafür in Italien miterleben.

Das ist die logische Folge davon, dass wir eine Arbeitsteilung haben, denn Europa ist kein Superstaat, sondern Europa setzt sich aus 27 souveränen Mitgliedstaaten zusammen und wird auch unter dem neuen Vertrag von Lissabon nach dieser Devise verfahren.

Aus diesem Grund möchte ich an Sie appellieren, die EU-Organe nicht für die Lösung von Problemen verantwortlich zu machen, die nach unseren Verträgen auf nationaler Ebene zu lösen sind. Wir dürfen uns keine Rolle anmaßen, die uns nicht zusteht, auch nicht nach dem Vertrag von Lissabon. Wir sollten uns darauf konzentrieren, die Regeln, Grundsätze, Rechte und Freiheiten wirkungsvoll in jenen Bereichen anzuwenden, die im Kompetenzbereich der Europäischen Union liegen. Dann können wir ganz wesentliche Fortschritte erzielen. Einige konkrete Beispiele dafür habe ich bereits genannt.

Lassen Sie mich noch ein weiteres Beispiel dafür anführen, wie wir uns einbringen können. Herr Paul Rübig, ein Abgeordneter in diesem Parlament, hat vor Kurzem in einem Haushaltsänderungsantrag eine neue EU-Initiative namens „Erasmus for Journalists“ vorgeschlagen. Ein solches Programm würde es Journalisten in für Printmedien schwierigen Zeiten ermöglichen, für einen bestimmten Zeitraum mit Redaktionen in anderen Mitgliedstaaten zu arbeiten. Die Journalisten könnten auch die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in anderen Mitgliedstaaten kennenlernen und darüber berichten. Darüber hinaus bietet sich ihnen die Möglichkeit, die Gegebenheiten innerhalb Europas zu vergleichen und den Lesern darzustellen, einschließlich der Lage der Pressefreiheit. Darum ermutige ich das Europäische Parlament, diese Vorschläge sehr wohlwollend zu prüfen. Die Unterstützung der EU-Medienkommissarin ist ihnen jedenfalls gewiss.

Joseph Daul, im Namen der PPE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, wenn ich im Namen der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) um das Wort gebeten habe, um mich in dieser Aussprache über die Pressefreiheit in Italien zu äußern, so geschah dies in erster Linie, um die unglückselige Art und Weise zu beklagen, in der dieses Europäische Parlament nationale Angelegenheiten erörtert. Darüber hinaus möchte ich den unfairen und unaufrichtigen Angriff auf die Regierung eines europäischen Mitgliedstaats anprangern, in dem ebenso streng auf die Einhaltung des Rechtsstaatsprinzips geachtet wird wie im übrigen Europa.

Zuallererst möchte ich auf den Präsidenten der Republik Italien verweisen, den ich bereits gestern zitiert habe und der seinen Standpunkt letzte Woche zum Ausdruck brachte. Er sagte, dass das Europäische Parlament kein Resonanzboden für politische Konflikte und Kontroversen sein könne, die ganz selbstverständlich innerhalb der Mitgliedstaaten und ihrer nationalen Parlamente diskutiert werden müssten. Der Präsident der Italienischen Republik fügte hinzu, ebenso wenig stelle das Europäische Parlament eine Art Berufungsgericht dar, das die Entscheidungen nationaler Parlamente oder das Verhalten der nationalen Regierungen reglementiert. Ich habe nicht die Absicht, Präsident Napolitano, der ein Freund ist, zu beleidigen, wenn ich sage, dass er nicht dieselbe politische Linie vertritt wie Ministerpräsident Berlusconi oder ich selbst oder meine Fraktion.

(Ausruf von Herrn Schulz)

Bitte respektieren Sie meine Redefreiheit, Herr Schulz! Heute Morgen würde ich mir wünschen, dass die Redefreiheit ebenso respektiert wird wie die Pressefreiheit!

(Zwischenruf von Herrn Schulz)

Wir wissen, wer die Unruhestifter sind. Es stört mich aber nicht. Ich ärgere mich auch nicht darüber. Herr Präsident. Alles, was ich verlange, ist, dass man mich ausreden lässt. Dies ist nicht die Art, eine Aussprache zu führen.

Dennoch bringen diese Worte sehr klar zum Ausdruck, welchen Respekt wir unseren demokratischen Institutionen zollen sollten, egal ob national oder europäisch. Es steht doch außer Frage, dass die Aussprache, die wir heute Morgen hier führen, nichts zu tun hat mit dem Zweck, zu dem das Europäische Parlament existiert. Um was geht es hier denn eigentlich? Werden italienische Politiker daran gehindert, eine Debatte über Pressefreiheit oder irgendein anderes Thema in ihren eigenen nationalen Parlamenten zu organisieren? Ich glaube nicht. Werden italienische Bürger daran gehindert, ihr Missfallen in Bezug auf ein beliebiges bestehendes Gesetz zu äußern? Nein. Werden die italienischen Gerichte daran gehindert, Recht zu sprechen? Nein, wie wir selbst erleben konnten. Ist der Gerichtshof der Europäischen Union nicht imstande, ein italienisches Gesetz zu ahnden, das den Europäischen Verträgen zuwiderläuft? Nein. Die Antwort auf alle diese Fragen ist ganz klar: Nein.

Unter diesen Umständen ist die Aussprache, die heute in diesem Haus angesetzt wurde, nichts anderes als ein politisches und parteiisches Manöver, um einem politischen Gegner eins auszuwischen. Was auch immer einige unserer Kollegen hier geltend machen, die Republik Italien funktioniert tadellos innerhalb Europas, demokratisch und im Einklang mit dem Rechtsstaatsprinzip. Wer das Gegenteil behauptet, verkennt die Fakten. Niemand wird sich durch so etwas zum Narren halten lassen.

Das Europäische Parlament, meine Damen und Herren, muss sich davor hüten, zu einer Kammer der Abrechnung mit nationalen politischen Gegnern zu werden. Dieses Haus ist nicht der rechte Ort für Versuche, die Glaubwürdigkeit einer Regierung zu untergraben, die im Übrigen ihren eigenen Bürgern gegenüber die politische Verantwortung trägt. Dafür gibt es Wahlen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

David-Maria Sassoli, im Namen der S&D Fraktion. – (IT) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, wir alle werden beeinflusst von den eigenen Lebensumständen, und auch Ihnen wird man vor Ihrer Ankunft hier in Brüssel gesagt haben: Denken Sie daran, dass Sie eine große Verantwortung tragen, dass wir eine große Verantwortung tragen, nämlich die Verantwortung, das eigene Land besser zu machen.

Wir wissen, dass unsere Länder besser werden, wenn Europa stärker ist und den Erwartungen seiner Bürger fair begegnen kann. Uns ist ganz klar, dass dies möglich ist, wenn wir alle an einem Strang ziehen und wenn wir es schaffen, unsere wertvollsten Ressourcen zu bündeln, nämlich unsere Verfassungen, diesen Bestand an Werten und an Rechtsvorschriften, an Rechten, die das eigentliche Vermögen Europas bilden. Mein Land ist geplagt von zahllosen Auseinandersetzungen, aber dennoch würde ich jedem ohne Wenn und Aber versichern, dass wir hier über ein großes demokratisches Land sprechen, das über eine großartige Verfassung verfügt. Gestern war ein sehr wichtiger Tag für uns Italiener, weil das Verfassungsgericht angesichts von Konfusion und Immunitätsanträgen einem simplen und altbewährten Grundsatz wieder Geltung verschafft hat, nämlich dem, dass vor dem Gesetz alle gleich sind. Wir wissen natürlich, dass auch vorbildliche Länder vom Kurs abkommen können und dass auch dort eventuell einmal öffentliche und private Interessen vermischt werden. Dennoch dürfen wir den Mitgliedstaaten hier nicht gestatten, Schwäche zu zeigen.

Das Recht auf unabhängige Information ohne Druck oder Bedingungen von Seiten der Regierungsbehörden muss garantiert sein, und das ist ein Gemeingut, ein Gut für jedermann in jedem Land. Dieses Gut muss rückhaltlos von der Europäischen Union geschützt werden. Wir müssen uns um gemeinsame Bestimmungen bemühen und Grenzen definieren, jenseits welcher Information nicht mehr als unabhängig gelten kann. Die Europäische Union muss dringend intervenieren und eine Richtlinie verabschieden, die Vorgaben fest schreibt für Pluralismus und den Schutz eines Gutes, das für alle verfügbar sein muss. Frau Reding, vergessen Sie bitte nie, dass wir ein Parlament sind und kein Museum, in dem die Dinge vor sich hin modern.

Mário David (PPE). – (PT) In Portugal gab es vor drei oder vier Wochen den Fall, dass die spanische Firma Prisa, von der bekannt ist, dass sie der sozialdemokratischen Partei nahesteht, und die Mehrheitsaktionärin beim Fernsehsender TVI ist, verlangt hat, das Abendprogramm *Jornal Nacional de Sexta-Feira* abzusetzen. Herr Sassoli, ich möchte Sie fragen, ob die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament ebenfalls die Absicht hat, herauszufinden, was in anderen Ländern vor sich geht, oder ob sie lediglich die politischen Schikanen im Sinn hat, die wir heute Vormittag hier erleben.

David-Maria Sassoli, im Namen der S&D Fraktion. – (IT) Ich danke Ihnen für Ihre Frage, die mir die Gelegenheit gibt, meinen Standpunkt zu erläutern. Diese Gelegenheit hatte ich in der mir zugeteilten Redezeit nicht.

(Der Präsident bittet die Abgeordneten, den Redner fortfahren zu lassen)

Wie gesagt, ich bin froh, dass Sie mir diese Frage gestellt haben, denn dadurch bekomme ich Gelegenheit, zu sagen, dass die Richtlinie, die wir von der Kommission fordern, für alle Mitgliedstaaten gelten muss. Dies ist kein italienisches Problem. Es ist ein europäisches Problem. Ich würde auch sagen, wir wollen, dass die Frage, die wir in Straßburg vorbringen sollen, geändert wird. Wir wollen, dass sie die Pluralismusdebatte in Italien und in Europa umfasst. Vielen Dank für Ihre Frage.

Der Präsident. – Wehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn die Diskussion in diesem Saal so weitergeht, werde ich keine blauen Karten für Fragen zulassen. Diese Entscheidung obliegt mir. Es tut mir leid, aber wir müssen in dieser Angelegenheit wesentlich gelassener werden, andernfalls gibt es keine blauen Karten. Ich möchte nicht, dass die Sitzung gestört wird. Bitte verhalten Sie sich entsprechend.

Guy Verhofstadt, im Namen der ALDE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, der italienische Präsident Napolitano hat Recht, wenn er sagt, dass das Europäische Parlament nicht der richtige Ort ist, um Streitigkeiten zwischen politischen Parteien der Mitgliedstaaten auszutragen oder Entscheidungen der nationalen Parlamente

anzufechten. Das Problem, das in Italien besteht – und da gebe ich Herrn Präsidenten Napolitano völlig Recht – muss zunächst einmal in Italien beigelegt werden.

Dennoch – und das, Herr Daul, ist das Problem – steht es völlig außer Frage, dass es sowohl in Italien als auch in Europa ein Problem gibt. Das Problem, das ich mit Ihrer Rede habe, ist, dass Sie die Existenz eines Problems bestreiten.

(Beifall)

Herr Napolitano hat Recht. Ich finde, auch Sie haben Recht damit, Herrn Napolitanos Worte hier hervorzuheben, aber es ist nicht besonders angebracht, hier in diesem Haus zu behaupten, es gebe kein Problem. Ich sage dies aus folgendem Grund. Nach einer vor Kurzem veröffentlichten Freedom-House-Studie lassen sich die Länder dieser Welt in drei Kategorien von Pressefreiheit einteilen: frei, teilweise frei und unfrei. Es sollte hervorgehoben werden – und das ist meines Erachtens ein großes Problem – dass drei Länder, nicht nur eines, nämlich nicht nur Italien, sondern auch Rumänien und Bulgarien, in die Kategorie „teilweise frei“ aufgenommen wurden. Wir sind umso besorgter, wirklich aufrichtig besorgt, da sich eines der Gründerländer der Europäischen Union unter diesen Ländern befindet.

Wenn man bedenkt, dass wir diese Europäische Union aufgebaut haben, um ein für alle Mal unsere gemeinsamen Werte von Demokratie, Frieden und Freiheit zu bewahren, dann ist es unsere Pflicht, uns hier einzumischen. Aber wie? Ich finde, wir müssten die Kommission bitten, auf der Grundlage unserer Verträge – und, ich wiederhole es noch einmal, diese Bitte ist bereits gestellt worden – eine Richtlinie zum Schutz des Medienpluralismus vorzuschlagen. Genau das ist es, was wir brauchen, und es handelt sich hier um eine Befugnis, die gemäß den Verträgen mit dem Europäischen Parlament durchgesetzt werden kann. Eine solche Richtlinie muss garantieren, dass unsere verfassungsmäßigen Bestimmungen zur Freiheit der Medien in vollem Umfang gleichermaßen in allen Ländern der Europäischen Union und natürlich in allen genannten Ländern respektiert werden.

Herr Präsident, zum Abschluss möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass ich von dem Redebeitrag der Kommission sehr enttäuscht bin. Die Mitgliedstaaten können alle tun und lassen, was ihnen beliebt, so lange es im Einklang steht mit ihren jeweiligen nationalen Verfassungen. Das haben wir von der Kommission erfahren. Dem kann ich nicht zustimmen. Ich protestiere. Es gibt Werte und es gibt Freiheiten, die in diesem Parlament verteidigt werden müssen, und zwar jenseits nationaler Interessen und jenseits nationaler Verfassungen.

(Beifall)

Diese Werte und Grundsätze sind es doch, die das Wesen der Europäischen Union ausmachen. Daher fordere ich die Kommission auf, ihren Standpunkt zu überdenken und so schnell wie möglich eine Richtlinie zum Thema Medienkonzentration vorzuschlagen, und zwar für alle Länder der Europäischen Union.

Cristiana Muscardini (PPE). – (IT) Herr Präsident, nur, um noch einmal auf die Ausführungen von Herrn Sassoli zurückzukommen, der soeben hier erklärt hat, dass der Entwurf, über den wir in Straßburg abstimmen sollen, geändert wird: Ich halte es für nutzlos, über einen Entwurf zu diskutieren, von dem die Urheber selbst bereits zugesagt haben, ihn ändern zu wollen.

Der Präsident. – Frau Muscardini, das war nicht wirklich eine Verfahrensfrage, deshalb fordere ich Sie auf, die Geschäftsordnung einzuhalten.

Meine Damen und Herren, ich werde nicht jedem das Wort erteilen, der eine blaue Karte hochhebt. Dazu bin ich berechtigt. Wir müssen mit unserer Diskussion fortfahren.

Wir müssen mit unseren Diskussionen rascher durchkommen. Jeder kann während der „catch-the-eye“-Sitzung am Ende unserer Aussprache das Wort ergreifen. Bitte denken Sie daran.

Judith Sargentini, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, manche Anwesende denken vielleicht, dass ich Italienisch sprechen werde, und manche wollen aus dieser Debatte eine italienische Debatte machen, ich bin aber Niederländerin. Ich bin eine niederländische Abgeordnete, und ich bin äußerst frustriert darüber, dass wir so tun, als ob es hier um etwas spezifisch Italienisches geht.

Es geht doch nicht darum, wie verschiedene Dinge in Italien laufen, etwa der Druck auf Journalisten oder die Selbstzensur, der sich italienische Journalisten mittlerweile selbst unterziehen. Es geht darum, dass dies eine Blamage für Europa ist. Wie sollen wir neuen Mitgliedstaaten bzw. Kandidatenländern vermitteln, dass sie

Medienpluralismus brauchen, dass jede Stimme in ihrem Land gehört werden muss, dass es einen Dialog geben muss zwischen allen Farben und Parteien, wenn wir uns scheuen, Italien zu sagen, dass sich dringend etwas ändern muss, dass es falsch ist, Druck auf Journalisten auszuüben, um die Berichterstattung zu beeinflussen, und dass es falsch ist, wenn sich sowohl das Privatfernsehen als auch das öffentlich-rechtliche Fernsehen in der Hand einer einzigen Person befinden.

Herr Verhofstadt hat dies gefordert, und ich fordere es auch. Frau Reding, Sie sagten, Europa tue sein Bestes, Grundrechte seien Grundrechte, aber anscheinend gilt dies nicht, wenn es um einen Mitgliedstaat geht, der bereits Mitgliedstaat ist. Das kann nicht sein. Es geht um eines der Kopenhagener Kriterien. Jeder muss sich an die Kopenhagener Kriterien halten.

(Beifall)

Um sicherzustellen, dass dies keine italienische Debatte ist, fordere auch ich eine Richtlinie zur Medienkonzentration. Das Europäische Parlament hat diese Richtlinie schon zweimal verlangt. Wann wird die Kommission sie uns präsentieren? Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) hatte ja sogar versucht, diese Aussprache von der Tagesordnung zu streichen mit dem Argument, sie sei nicht europäisch. Aber gerade daran, wie hitzig diese Debatte geführt wird, zeigt sich, dass hier etwas in Gang gekommen ist. Die Leute werden laut, sie werden emotional, und das ist gut, denn Redefreiheit und Pluralismus der Presse sind die Schlüssel unserer Demokratie.

80 % der Italiener beziehen ihre täglichen Informationen aus dem Fernsehen. Wenn dieses Fernsehen aber nicht alle Stimmen zu Wort kommen lässt, dann können die Bürger keine eigenen Entscheidungen treffen. Dies ist von fundamentaler Bedeutung für die Demokratie.

(Beifall)

Wir alle sind gebildete Leute. Wir alle müssen lernen, mit unterschiedlichen Darstellungen der Wahrheit umzugehen und uns daraus unsere eigene Meinung zu bilden. Auch in Italien haben die Menschen dieses Recht. Menschen in Bulgarien haben dieses Recht, und Menschen in den Niederlanden haben dieses Recht. Ich mache mich stark für dieses Recht. Zwar bin ich Niederländerin und keine Italienerin, aber ich interessiere mich für die Bürger in ganz Europa.

Der Versuch, diese Aussprache von der Tagesordnung zu streichen und zu sagen, das geht uns nicht an, ist beschämend. Die Vorgänge in Italien stellen die Demokratie in diesem Land auf eine harte Probe. Lassen Sie uns etwas in Gang setzen. Medienkonzentration, Frau Reding, bitte.

(Beifall)

Ryszard Czarnecki, im Namen der ECR-Fraktion. – (PL) Herr Präsident, Frau Kommissarin, nicht nur Italien ist ein großes und wundervolles Land. Die Vertreterinnen und Vertreter von 27 wundervollen Ländern sitzen im Europäischen Parlament, das kann ich Herrn Sassolis Beitrag nur hinzufügen.

Ich halte es für reichlich paradox, dass ich, ein Aktivist der antikommunistischen Opposition, der nie gedacht hätte, dass er mit irgendjemandem aus jenem Lager einer Meinung sein könne, nunmehr dem italienischen Präsidenten beipflichten muss, der davor warnt, innenpolitische Streitfragen in das Europäische Parlament hineinzutragen. Ich rede von Doppelmoral. Es gibt einiges, was das Interesse bestimmter Fraktionen in unserem Parlament erregt hat. Diese Fraktionen erzwingen nun die Erörterung dieser Angelegenheiten im Forum unseres Parlaments, während andere Angelegenheiten unter den Teppich gekehrt werden.

Vielleicht hat es ja in anderen Ländern ähnliche Situationen gegeben. In Polen zum Beispiel hat kürzlich ein amtierender Minister alles Mögliche getan und alle verfügbaren Register gezogen, damit der Direktor des staatlichen Fernsehens in seiner Position bleiben konnte. Er hatte letzten Endes zwar keinen Erfolg damit, aber seinerzeit habe ich nicht eine einzige Fraktion gehört, die zu diesem Thema eine Aussprache gefordert hätte. Ähnliches könnte man zu anderen Ländern anführen.

Deshalb: Wenn wir nicht der Doppelmoral bezichtigt werden wollen, sollten wir alle gleich behandeln. Wenn es ein Problem gibt, sollten wir immer sofort darüber reden. Tun wir dies nicht, ist das ein Zeichen für einen politischen Zusammenhang, eine Art politisches Manöver.

Herr Verhofstadt hat hier Vorschläge angekündigt, die von oben angeordnet werden sollen, quasi gewisse formale, juristische und Legislativlösungen für bestimmte Mitgliedstaaten. Meines Erachtens ist dies nichts anderes als die Einführung einer weitreichenden, exzessiven Integration Europas, gewissermaßen durch die

Hintertür und über die Köpfe der Bürger hinweg. Das stünde in der Tat im Widerspruch zu der öffentlichen Meinung, die in Wahlen zum Ausdruck kommt, mit denen Regierungen gewählt werden.

Die Europäische Union ist immer noch eine Gemeinschaft der Nationen, der Nationalstaaten. Wir wollen eine solche Abkürzung vermeiden, bei der wir gleichermaßen über die Köpfe der Nationalstaaten hinweg für diese bestimmte Gesetze erlassen.

Herr Präsident, zum Abschluss möchte ich sagen, meiner Auffassung nach ist dies eine innenpolitische, eine italienische Frage. Möglicherweise ist es eine schwierige Frage, aber die Italiener sollten sie selber lösen. Das Europäische Parlament ist nicht der richtige Ort, um solche Probleme zu lösen.

Patrick Le Hyaric, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – (FR) Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren, die Presse- und Informationsfreiheit ist ein unveräußerliches Grundrecht, denn sie ist Bestandteil der menschlichen Zivilisation. Darüber hinaus ist die Presse- und Informationsfreiheit, wie Sie, Frau Reding, bereits erwähnt haben, festgeschrieben in Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskommission über Pluralismus und in Artikel 51 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union über Meinungsfreiheit.

Auf der Grundlage sowohl dieses europäischen Rechts als auch der Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der OSZE zur Medienfreiheit ist unser Parlament der Auffassung, dass der Ministerpräsident Italiens, das ja immerhin Gründungsmitglied der Europäischen Gemeinschaft war, die Prinzipien von Freiheit und Pluralismus in vielfacher Hinsicht verletzt. Er hat allgemeines öffentliches Eigentum wie Information und Kultur zur profitträchtigen Handelsware gemacht, indem er ein Medienimperium schuf, das aus mehreren Fernseh- und Radiokanälen, Verlagen, Werbeagenturen, Versicherungsgesellschaften und Banken besteht.

Was aber noch wichtiger ist: Der italienische Ministerpräsident hat ein Mitspracherecht bei der Postenverteilung im öffentlich-rechtlichen Sektor. Dieses Quasi-Informationsmonopol und dessen Finanzierung ermöglichen es ihm, nicht nur die Mehrheit der audiovisuellen Presse- und Verlagsmedien zu dominieren, zu kontrollieren und zu steuern, sondern auch deren Inhalte, einzig zu seinem Vorteil. Ein solches Gedankenpolizeisystem ist unvereinbar mit der notwendigen demokratischen Debatte, die allein einen wirklichen Presse- und Medienpluralismus sicherstellen kann. Da ein und derselbe Mann und dessen Familie sowohl über die politische als auch über die Medienmacht verfügen, sind wir hier mit einem offensichtlichen Interessenkonflikt konfrontiert, der unvereinbar ist mit einer führenden Demokratie, einer dank ihrer aktiven Bürger modernen und dynamischen Demokratie.

Darüber hinaus will Herr Berlusconi die Veröffentlichung gerichtlicher Informationen einschränken, er verklagt und bedroht Journalisten, die ihn kritisieren, und prozessiert gegen italienische Zeitungen wie *La Repubblica*, *L'Unità* und sogar die Tageszeitung *Avvenire*, die von italienischen Bischöfen herausgegeben wird. Europäische Zeitungen, wie z. B. das französische Magazin *Le Nouvel Observateur*, werden ebenfalls bedroht. Schließlich wird der unabhängigen Presse auf zwei Arten finanziell der Garaus gemacht: zum einen durch das Tremonti-Dekret vom 6. August 2008, das Kürzungen von öffentlichen Geldern für unabhängige Zeitungen vorsieht, und zum anderen durch die Ankündigung von Haushaltskürzungen. Die Gedankenpolizei von Herrn Berlusconi nimmt nunmehr auch das Verfassungsgericht ins Visier, ebenso die Richter, den Verband unabhängiger Journalisten und sogar das Parlament selbst, das er in Verruf bringt.

Wenn wir alle in diesem Haus bereit sind, für das, was wir die demokratischen Werte der Europäischen Union nennen, einzustehen, ist es unter diesen Umständen absolut geboten, eine deutliche Warnung auszusprechen und, Frau Kommissarin, europäisches Recht durchzusetzen, wie Sie es formuliert haben, und zusammen mit den Tausenden italienischer Intellektueller, Kreativer und Journalisten zu verkünden, dass die Freiheit, zu informieren, und die Freiheit, informiert zu werden, bedingungslos respektiert werden müssen - in Italien ebenso wie in der gesamten Europäischen Union.

Deswegen schlage ich unserem Parlament die Schaffung einer europäischen Aufsicht über Presse- und Medienpluralismus vor. Diese Aufsicht würde die Einhaltung des Grundsatzes der Gewaltenteilung zwischen politischer Macht und Medienmacht überall in der Europäischen Union überwachen, ebenso die Einführung von Obergrenzen für die Medienkonzentration, die Achtung der Rechte von Journalisten, zu informieren, und die Achtung der Veröffentlichungsrechte unabhängiger Zeitungen.

Sie würde ein Verbindungsglied darstellen zwischen unserem Parlament und nationalen Parlamenten, Herausgebern und Produzenten, Journalistenverbänden, Lesern und Fernsehzuschauern. Diese Aufsicht könnte einen Richtlinienentwurf gegen Konzentration und für Pluralismus ausarbeiten. Das wäre eine Möglichkeit, Herr Präsident, die Demokratie in unserem Europa zu wahren.

Francesco Enrico Speroni, *im Namen der EFD-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, die Europäische Union ist eine Region, in der Freiheit und Demokratie herrschen: Italien macht da keine Ausnahme, auch nicht im Bereich Information. Sehen Sie sich doch einmal die zahllosen Veröffentlichungen an, die an italienischen Zeitungskiosken angeboten werden, oder die Vielzahl verfügbarer Fernsehkanäle, einschließlich lokaler Sender. Wenn Ihnen das noch nicht reicht, brauchen Sie bloß einmal die Berichte unabhängiger Gremien wie die des Medienforschungsinstituts Osservatorio di Pavia zu lesen, wonach die Opposition über 60 % der Sendezeit bei Nachrichtensendungen des staatlichen Fernsehens und über 49 % der Sendezeit auf den Mediaset-Sendern verfügt. Schließlich sollten Sie sich vergegenwärtigen, dass von den 455 Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg zum Thema Informationsfreiheit nur sieben sich auf Italien beziehen, 29 dagegen auf Frankreich und 28 auf Großbritannien.

Was die Behauptungen angeht, Pressekanäle würden dadurch beeinträchtigt, dass der italienische Ministerpräsident in Ausübung seiner verfassungsgemäßen Bürgerrechte gegen einige von ihnen geklagt hat, so ist es in diesem Zusammenhang sehr wichtig, zu wissen, dass die Richterschaft in Italien sich von den Entscheidungen der ersten Instanz bis hin zu endgültigen und rechtskräftigen Entscheidungen mit Sicherheit nicht dem Regierungschef unterordnet; manchmal scheint genau das Gegenteil der Fall zu sein.

Die freie Meinungsäußerung ist in Italien garantiert. Wer etwas anderes behauptet, sollte den Mut aufbringen, nicht nur allgemeine Entschließungsanträge aus einem rein politischen Blickwinkel zu stellen, sondern ein Verfahren nach Artikel 7 des Vertrags zu veranlassen, bei dem Beweise und Unterlagen zu den Umständen solcher absolut nicht existierender Angelegenheiten gefordert werden.

Hans-Peter Martin (NI). - Herr Präsident! Wir brauchen eine Revolution der Demokratie. Herr Präsident, würden Sie hier heute sitzen, wenn es in den siebziger und achtziger Jahren in Westeuropa italienische Zustände vom Zuschnitt der Berlusconisierung gegeben hätte? Was wir aber gleichzeitig erleben, ist, dass nicht nur Italien ein Problem ist, sondern dass es zu einer Berlusconisierung Europas kommt. Und das ist sehr, sehr gefährlich.

Als Mitglied des Grundrechtekonvents konnte ich miterleben, wie hart damals um genau diese zentrale Frage der Medienkonzentration gerungen wurde. Leider ist es damals am Widerstand bestimmter Kräfte hier gescheitert, dass wir da vorangekommen sind. Fast zehn Jahre später zahlen wir die Zeche. Das ist eine hochgefährliche Entwicklung. Allein wenn ich in ein Land schaue, in dem ich lange gearbeitet habe: Was ist denn aus dem Sturmgeschütz der Demokratie, wie sie der Spiegel einmal genannt hat, unter den realen Bedingungen der neuen ökonomischen Konzentration geworden? Und warum haben wir unter diesen Bedingungen nicht dort, wo Europa wirklich gefordert ist, in diesem so zentralen Bereich der Presse- und Meinungsfreiheit, die Fortschritte, auf die so viele Europäerinnen und Europäer gewartet haben, für die sie ja teilweise sogar Revolutionen angezettelt haben? Wo bleibt denn diese Richtlinie? Frau Reding, wovor haben Sie denn Angst? Welche Kräfte sind denn da am Werk? Heißen die Murdoch, oder heißen die anders?

Öffentlich-rechtliches Fernsehen – in Österreich beziehen 62 % der Bürgerinnen und Bürger ihre Informationen daraus. Und wer kontrolliert es? Fast ausschließlich die regierenden politischen Parteien. Wenn ich mir die Verwaltungsapparate in Deutschland ansehe – auch da sind die Falschen am Werk. Wir brauchen Pressefreiheit, nicht nur in Italien! <BRK>

Mario Mauro (PPE). – (IT) Herr Präsident, die Fernsehbilder von den leeren Sitzen dieses Saals werden die Verlogenheit und die Heuchelei dieser Debatte am besten bezeugen. Bereits 2004 hatten wir hier in diesem Parlament eine Aussprache zur Informationsfreiheit in Italien. Wir haben einen Entschließungsantrag angenommen, dessen Verfasser über die Situation in meinem Land angeblich zutiefst besorgt waren. Damals hatten wir eine Mitte-Rechts-Regierung, und wir hatten einen Ministerpräsidenten: Silvio Berlusconi. Nach dem Wahlsieg der Linken 2006 ist das Problem dann auf wundersame Weise verschwunden. Plötzlich gab es keine dramatischen Debatten im Europäischen Parlament mehr, keine internationalen Appelle und auch keine Unterschriftensammlungen, die unsere Champagner-Sozialisten so lieben.

Dann aber, nach einem weiteren Wahlsieg Berlusconis, war die Freizügigkeit der Gedanken plötzlich auf magische Weise wieder in Gefahr. Kurz gesagt: Wenn Mitte-Rechts-Regierungen an der Macht sind, ist die Pressefreiheit gefährdet, wenn aber Mitte-Links regiert, gibt es keine Probleme. Leider ist dennoch der Anteil zivil- und strafrechtlicher Verfahren, die gegen Journalisten in meinem Land von Vertretern der Linken angestrengt werden, z. B. von Massimo D'Alema und Romano Prodi, momentan auf Rekordhöhe. 68 % der Klagen kommen von Vertretern dieses Spektrums.

Letztendlich frage ich mich, ob es wirklich sein kann, dass die Pressefreiheit durch ein einziges Gerechtigkeitsersuchen von Herrn Berlusconi auf dem Spiel steht. Vielleicht wird klarer, was ich meine,

wenn ich ein Interview mit Herrn Cohn-Bendit wiedergebe, aus dem ich hier wörtlich zitiere: „Es ist absurd, Berlusconi mit einem Diktator zu vergleichen: Es gibt keine politischen Gefangenen, er wird von der Mehrheit der Wähler unterstützt, und die Mitte-Links-Parteien haben einfach verloren.“ Einfach verloren.

Es ist eine schlimme Demütigung für unser geliebtes Italien, durch ein Manöver einer Handvoll professioneller Tatsachenverdrehen zum Gegenstand einer derart surrealen und lächerlichen Debatte gemacht zu werden. Diese Demütigung wird Sie allerdings teuer zu stehen kommen, denn Sie verlieren dadurch noch einmal die Unterstützung der Italienerinnen und Italiener, die in noch höherer Zahl als heute für Berlusconi stimmen werden, nicht zuletzt weil sie der Meinung sind, dass er sich für das Wohl Italiens engagieren wird. Sie dagegen, meine Damen und Herren, scheinen entschlossen – ja, versessen darauf – zu sein, das Image unseres Landes zu zerstören. Aber der Schaden, den Sie damit Europa zufügen, ist womöglich noch größer als der, den Sie Italien zugefügt haben, denn das, was Sie der Öffentlichkeit hier präsentieren, ist eine Karikatur von Europa, bei der Sie sich selbst vortäuschen, einen Wählerauftrag zu erfüllen, wobei das Ziel aber nicht die Wahrung der Rechte der Bürger ist, sondern eine Verdrehung der Realität im stalinistischen Stil, der paradoxerweise heute charakteristisch ist für die Vertreter einer Fraktion, die sich selbst als liberal bezeichnet.

Also, meine Damen und Herren von der Partei Antonio Di Pietros: Leugnen Sie ruhig, dass Sie Kommunisten sind, wenn Sie das können. Ihre Geschichte folgt Ihnen wie ein Schatten; es ist die Geschichte derer, die hartnäckig und vorsätzlich Lügen benutzen, um ihren politischen Gegner als gefährlich zu brandmarken. Die wahre Bedrohung der Demokratie kommt aber von jenen, die uns unserer Zukunft berauben, weil Sie das Ergebnis freier Wahlen nicht akzeptieren wollen und den Teufel an die Wand malen.

Wir werden diese Zukunft aber nicht preisgeben. Deshalb werden wir in dieser Wahlperiode kämpfen, um zu verhindern, dass das europäische Projekt, von dem wir zutiefst überzeugt sind, verzerrt wird durch die Verwechslung von Meinungsfreiheit und Tatsachenentstellung sowie von Gerechtigkeit und Machtspielen. Hören Sie gut zu, Sie Möchtegern-Liberale: Sie werden unsere Entschlossenheit, zum Gemeinwohl beizutragen, nicht kleinkriegen...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort)

Martin Schulz (S&D). - Herr Präsident! Ich möchte den Kollegen Mauro etwas fragen. Ich habe mit Mario Mauro mehrfach in der Vorbereitung dieser Diskussion gesprochen. Mario war vorgestern bei mir in meinem Büro, ich habe zu ihm ein sehr, sehr kollegiales Verhältnis.

Deshalb kann ich ohne emotionale Wallungen folgende Fragen stellen: Könnten Sie es sich vorstellen, dass der Grund für die komplexe Debatte in Italien darin besteht, dass Italien nach meiner Kenntnis das einzige demokratische Land ist, in dem der größte Medienunternehmer zugleich der Regierungschef ist? Könnte es sein, dass diese Verquickung von Interessen genau zu der Debatte führt, die wir hier haben?

Mario Mauro (PPE). – (IT) Herr Präsident, ich bin Herrn Schulz außerordentlich dankbar. Ich möchte Folgendes betonen: Wenn es eine Debatte gibt, die wir nicht nur nicht vermeiden wollen, sondern an der wir uns sogar mit Freuden beteiligen würden, dann ist das die Debatte über Medienkonzentration in Europa, bei der wir dann z. B. auch die Rolle von Herrn Rupert Murdoch erörtern könnten. Vor allem aber wollen wir natürlich sicherstellen, dass diese Debatte nicht vorsätzlich dazu benutzt wird, ein einzelnes Land anzugreifen.

Ich muss aber auf jeden Fall hervorheben, dass ich Herrn Schulz mit Freuden geantwortet habe, denn ich betrachte ihn als die wichtigste politische Kreation Silvio Berlusconis.

Claude Moraes (S&D). – Herr Präsident, wie Herr Martin Schulz soeben gesagt hat, ist dies aus der Sicht der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament eine Debatte, in der es keineswegs nur um Italien geht. Auch ich bin kein italienischer Abgeordneter. Unsere Fraktion vertritt die Auffassung, dass Medienpluralismus nicht nur eine italienische Angelegenheit ist. Alle Mitgliedstaaten sind betroffen, und alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union müssen die Prinzipien des Medienpluralismus garantieren.

Dieses Haus hat die Kommission schon oft darum gebeten, etwas zur Sicherung des Medienpluralismus zu unternehmen. Die Kommission will ein Konzept zum Medienpluralismus in drei Schritten erstellen, um die Indikatoren für Medienpluralismus zu definieren. Dieses Konzept umfasst ein Arbeitspapier, eine unabhängige Studie und eine Mitteilung

Frau Kommissarin Reding hat nicht erwähnt, dass zwei dieser Schritte bereits erfolgt sind. Unsere Fraktion wartet indessen mit Ungeduld auf den dritten Schritt, eine Mitteilung über den Medienpluralismus, und auf

ein Paket von Rechtsvorschriften, mit denen dieses Prinzip in der ganzen EU gewährleistet werden kann – in der ganzen EU, nicht nur in Italien. Unsere Sicht auf die Dinge orientiert sich natürlich daran, dass die Europäische Union nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsunion darstellt oder gar ein lockeres Bündnis von Mitgliedstaaten, sondern auch eine Wertegemeinschaft. Es ist unglaublich wichtig, dass wir in dieser Debatte diese Sichtweise erneut formulieren.

Eines der Rechte – Informationsfreiheit, definiert in der EU-Charta als die Freiheit, Informationen ohne behördliche Eingriffe zu empfangen und weiterzugeben – ist unabdingbar. Für Italien und den besonderen Standpunkt, den Herr David Sassoli von meiner Fraktion zum Ausdruck gebracht hat, ist dies ein echtes Anliegen. Das umfassendere Anliegen jedoch, bei dem es um die gesamte Europäische Union geht, ist eine Herausforderung für unsere Fraktion, und zwar für alle Abgeordneten, auch für die Abgeordneten aus Italien. Wir haben in Italien eine beispiellose Situation, die jedoch für die Gesamtheit der Europäischen Union gefährlich werden könnte. Das ist die Auffassung unserer Fraktion.

Sonia Alfano (ALDE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, zunächst wende ich mich an Frau Kommissarin Reding, die behauptet hat, es sei nicht Sache des Parlaments, gewisse Fragen zu klären. Ich hingegen behaupte, dass es Sache dieses Parlaments ist, die Einhaltung des Vertrags und der Verfassungen der Mitgliedstaaten sicherzustellen. Vor einigen Monaten hat der italienische Justizminister erklärt, er habe die baldige Sperrung bestimmter Teile von YouTube und des Internets veranlasst. Solche Dinge passieren eigentlich sonst nur in China. Artikel 21 der italienischen Verfassung besagt, dass die Presse weder einer behördlichen Genehmigung noch einer Zensur unterliegen darf.

Wie einige meiner Vorredner bereits erwähnten, ist Italien das einzige Land, in dem der Regierungschef ein Monopol über staatliche und nunmehr auch private Fernsehkanäle besitzt, und in dem unglücklicherweise gerade ein Gesetz verabschiedet wird, das Journalisten faktisch daran hindern wird, Gerichtsreportagen zu veröffentlichen. Und der Grund dafür ist folgender: Würden sie veröffentlicht werden, dann würden die Italiener vielleicht erfahren, welchen Anteil Herr Berlusconi an den Massakern von 1992 hatte, bei denen Herr Giovanni Falcone und Herr Paolo Borsellino ihr Leben verloren.

(Der Präsident bittet um Ruhe)

Herr Präsident, ich möchte Sie bitten, in diesem Haus für Ordnung zu sorgen. Wir sind hier nicht auf dem Markt.

Indrek Tarand (Verts/ALE). – Herr Präsident, meiner Meinung nach kann die Pressefreiheit in einem Land nur dann wirklich beurteilt werden, wenn sie in allen ihren Aspekten berücksichtigt wird. Dies sollte auch eine gründliche Analyse der Märkte einschließlich der Werbemärkte sowie der Gepflogenheiten der Bevölkerung miteinschließen, beispielsweise die durchschnittlich vor dem Fernseher verbrachte Zeit, den Printmedienvertrieb, das Bildungsniveau usw. Bei diesen Faktoren würden sich dann nämlich eindrucksvolle Unterschiede zwischen Italien und vielen anderen Mitgliedstaaten herausstellen. So lange diese herausragenden Unterschiede aber nicht öffentlich diskutiert werden, z. B. die Konzentration des Medieneigentums und die politische Macht von Parteien über die öffentlich-rechtlichen Medien, werden viele Leute tückischerweise das italienische Muster für überzeugend halten.

Ich möchte das mal mit einem Virus vergleichen, der zwar den Träger nicht umbringt, ihn aber stark schwächt und eine Ansteckungsgefahr für andere darstellt. Die anwesenden Mitglieder des Europäischen Parlaments sollten wissen, dass eine Mitte-Links-Partei in Estland dem aktuellen italienischen Beispiel leichtsinnigerweise gefolgt ist, alle öffentlichen und privaten Ressourcen unter ihrer Führung konzentriert und einseitige Nachrichten über die ganze Hauptstadt Tallinn verbreitet hat. Ich hätte nichts dagegen, diese Problematik hier in einem europäischen Rahmen zu erörtern.

Deswegen finde ich, im Gegensatz zur Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), dass es Zeit ist, über Pressefreiheit zu diskutieren und eine Entschließung zu verabschieden. Diese Entschließung sollte allerdings nicht als Möglichkeit missverstanden werden, parteipolitische Konflikte aus dem einen oder anderen Mitgliedstaat hier ins Europaparlament zu tragen, sondern sie sollte als eine Chance betrachtet werden, sich auf die Werte zu besinnen, auf denen unsere Union sich gründet.

Potito Salatto (PPE). – (IT) Herr Präsident, ich habe meine Karte nun schon dreimal hochgehoben, aber Sie haben mir nicht das Wort erteilt, Herrn Schulz dagegen schon.

Deswegen richte ich meine Frage nun an meinen Vorredner und an all jene, die bereits gesprochen haben, ganz gleich welcher Fraktion sie angehören. Haben Sie einmal nachgeforscht, ob jemals eine

Mitte-Links-Regierung ein Gesetz verabschiedet hat, das die Konzentration der Massenmedien in den Händen von Ministerpräsident Berlusconi hätte verhindern können?

Indrek Tarand (Verts/ALE). – Das ist eine interessante Frage. Da muss man Geschichtsforschung betreiben. Haben die Mitte-Links-Regierungen irgendetwas dagegen getan? Ich in meiner Rede habe betont, dass die Mitte-Links-Partei dasselbe tut wie Herr Berlusconi in Italien, und dass es aus diesem Grund hier um Europa geht, um Redefreiheit und um Gefährdungen für die Redefreiheit, ganz egal ob von links oder von rechts. Das ist meine Meinung.

Der Präsident. – Ich möchte Herrn Salatto darüber informieren, dass ich leider nicht jedem das Wort erteilen kann, der eine blaue Karte hochhebt. Die Debatte würde ausufern. Es tut mir leid.

Oreste Rossi (EFD). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, heute Vormittag habe ich hier wirklich alle nur denkbaren Vorwürfe gegen den italienischen Ministerpräsidenten gehört, nur nicht, dass er dank seiner unternehmerischen Leistung Zehntausende Arbeitsplätze schafft. Entschuldigen Sie, wenn dies gegenwärtig als Belanglosigkeit gelten sollte.

Diejenigen, die behaupten, es gebe keine Informationsfreiheit oder keinen Medienpluralismus in Italien, lügen, und sie wissen es. Meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf, und zwar nicht nur die Italienerinnen und Italiener unter Ihnen, sondern ebenso alle anderen, die Artikel zu prüfen, die in einem beliebigen Monat im Jahr 2009 in den drei wichtigsten italienischen Zeitungen erschienen sind: *Il Corriere*, *La Stampa* und *La Repubblica*. Dann werden Sie nämlich erkennen, dass – je nach Monat – 60 bis 70 % dieser Artikel entweder gegen die Mehrheitsregierung oder gegen die Minister, die diese Regierung bilden, gerichtet sind.

Der Anteil der Artikel, die sich in dem Monat nach der Verabschiedung des Sicherheitspakets negativ über die Regierung und insbesondere über Herrn Minister Maroni äußerten, stieg sogar auf 80 %. Was das Fernsehen betrifft, kann ich Ihnen nur empfehlen, sich einmal die Programmbeiträge von Giovanni Floris, Michele Santoro und Fabio Fazio anzusehen. Erst dann werden Sie nämlich in der Lage sein, über diesen Entschließungsantrag abzustimmen.

Frank Vanhecke (NI). – (NL) Herr Präsident, ich sehe, dass ich zum Glück nicht der Einzige bin, der diese ziemlich absurde Initiative sehr kritisch sieht, deren offensichtlicher Zweck ja darin besteht, Italien als ein Land zu brandmarken, in dem die Informationsfreiheit fundamental bedroht ist. Augenscheinlich haben die Sozialisten Probleme damit, dass es in der EU zumindest einen Mitgliedstaat gibt, in dem die politisch korrekte Linke noch nicht alle Zeitungen und alle Medien kontrolliert. Das Italien Herrn Berlusconis – und ich wähle meine Worte mit Bedacht, denn ich habe nichts zu tun mit diesem Mann – ist ein Vorbild für Freiheit, Meinungsfreiheit und Pressevielfalt, verglichen mit vielen anderen europäischen Ländern.

Unser Kollege, Herr Verhofstadt, der soeben in diesem Saal eine gnadenlose Attacke auf Herrn Berlusconi gestartet hat, ist in seinem eigenen Land, das auch das meine ist, berühmt – oder sollte ich eher sagen, berüchtigt – für seine Drohungen und persönlichen Interventionen, wenn Journalisten seine Regierung kritisierten. Und das ist noch gar nicht lange her. Er ist vermutlich der Letzte, der sich zu diesem Thema äußern sollte. Von Seiten der Kommission hätte ich eine Initiative zur Wiederherstellung der Meinungs- und Informationsfreiheit in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union erwartet, in denen diese Freiheiten sehr real bedroht sind, und zwar durch Gesetze, die – häufig unter dem Vorwand der angeblichen Rassismusbekämpfung – jede Freiheit auslöschen. Oder wie wäre es mit einer Initiative der Kommission, wenn zum Beispiel, wie vor Kurzem geschehen, ein niederländischer Politiker nicht einmal eine Einreisegenehmigung für einen anderen EU-Mitgliedstaat erhält, nämlich für Großbritannien? Ich könnte auch ein sehr aktuelles Beispiel aus meinem eigenen Land anführen, wo meine Partei, Vlaams Belang, die zweitgrößte Partei Flanderns, von dem aus Steuergeldern finanzierten öffentlich-rechtlichen Fernsehveranstalter diskriminiert wird; eine Diskriminierung, die gerade erst von der höchsten belgischen Justizbehörde, dem Belgischen Staatsrat, als Wahlverfälschung qualifiziert wurde. Es ist wahr, dass es in Europa eine Menge Probleme mit der Informationsfreiheit gibt, aber sie sind beileibe nicht alle in Herrn Berlusconis Italien zu finden; das Gegenteil ist der Fall.

Manfred Weber (PPE). – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach der überzeugenden Rede meines Kollegen Mario Mauro hat plötzlich auch der Kollege Schulz eingeräumt, dass es sehr gut wäre, wenn wir jetzt über Europa insgesamt reden.

Leider Gottes ist der Titel der heutigen Debatte Italien. Ich kann mir schon vorstellen, warum manche kein Interesse daran haben, über Europa insgesamt zu reden. Wenn ich mir z. B. die Medienbeteiligungen der deutschen Sozialdemokratie anschau, stelle ich fest, dass sie die Zeitung Frankfurter Rundschau zu 90 %

besitzt, dass die deutsche SPD 57 % der Neuen Westfälischen Zeitung besitzt und an der WAZ-Mediengruppe beteiligt ist. Die größte Einnahmequelle der deutschen Sozialdemokratie ist heute die Medienbeteiligung. Deswegen kann ich mir gut vorstellen, warum manche kein Interesse daran haben, über andere Beteiligungsfragen zu reden, sondern nur über Italien.

Die Debatte verläuft aufgrund der Italiensituation und der guten *statements* im Sande. Ich bin selbst kein Italiener, wie man an meiner Sprache hört, aber das überzeugendste Argument, das mir durch den Kopf geht, ist die Fragestellung, was denn zwischen 2006 und 2008 los war, als wir in Italien Linksregierungen hatten, und damals die Zeit – wie Mario Mauro das ausgeführt hat – perfekt und alles in Ordnung war. Von der damaligen Regierung sind keine Legislativvorschläge gekommen, um die Medienkonzentration endlich zu beenden, obwohl die Macht damals vorhanden war.

Heute, wo wir wieder eine klare Mehrheit für unsere bürgerlichen Parteien in Italien haben, gibt es plötzlich wieder Probleme. Diese Debatte ist an Verlogenheit nicht zu überbieten! Solange die Sozialdemokratie, die Linken im Hause, nicht mehr Argumente haben, um uns in die Ecke zu bringen, kann ich sehr gelassen mit dieser Debatte umgehen! <BRK>

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – (ES) Herr Präsident, Frau Reding, diese Debatte kann nur einem Zweck dienen: eine starke politische Botschaft auszusenden zu Gunsten von Meinungsfreiheit und deren Qualitätsprüfungswerkzeug, dem Informationspluralismus. Es kommt aber auch darauf an, die Botschaft in ganz Europa zu verbreiten, deswegen muss dies auf EU-Ebene geschehen.

Ich stimme jenen zu, die hervorgehoben haben, dass Meinungsfreiheit und Informationspluralismus die Grundfesten des europäischen Hauses sind, und dass diese niemals dauerhaft erreicht oder gesichert sein können. Eher im Gegenteil: Sie sind ständig bedroht, und Gefahr droht nicht nur von Seiten der Politik, also durch Autoritarismus oder Populismus, oder durch die Einschränkung oder Negierung von Freiheit und Pluralismus innerhalb des politischen Spielraums, sondern auch durch den Markt, durch Marktkonzentration, Marktverzerrung und Marktmissbrauch.

Deswegen bin ich der Meinung, dass diese Debatte nicht nur ein Land angeht, sondern dass sie eine europäische Dimension besitzt, denn gerade auf der europäischen Ebene erleben wir derzeit einen Prozess der Umgestaltung und der Demokratie.

Die Demokratie wurde repräsentativ mit Einführung des allgemeinen Wahlrechts, das alle Menschen gleichmachte, indem jede Person eine gleichwertige Stimme bekam. Im Kommunikationsmarkt sind wir jedoch nicht alle gleich, denn wir haben nicht alle den gleichen Zugang zu Rundfunkdiskussionen, Fernsehdebatten, Zeitungsartikeln oder Redaktionsbeiträgen in den Medien. Daher können wir nicht alle gleichermaßen am Aufbau des sozialen Rahmenwerks teilhaben, das – gleichwohl demokratisch – uns allen in ganz Europa gleichermaßen gehört.

Aus diesem Grund ist diese Debatte so wichtig: sie erinnert uns daran, dass sich die Kommission in diesem Jahr, 2009, verpflichtet hat, diesem Parlament eine Mitteilung vorzulegen, um die möglichen europaweiten Bedrohungen von Meinungsfreiheit und Informationspluralismus zu bewerten, und um darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig der Entwurf einer Richtlinie zur Sicherstellung von Informationspluralismus hinsichtlich der neuen Technologien und insbesondere hinsichtlich des Fernsehens ist.

Wir müssen alles daransetzen, dass diese Debatte auf europäischem Niveau stattfindet, weil klar ist, dass viele Länder in der Europäischen Union diese Debatte nicht auf sich allein gestellt führen können, wenn garantiert sein soll, dass sie anständig geführt wird.

Wenn wir auf der Ebene des Europäischen Parlaments und in einer europaweiten Dimension daran arbeiten, werden wir eine starke Botschaft aussenden, in der wir unser Engagement für den Fortbestand und das Überleben der Meinungsfreiheit innerhalb des Informationspluralismus im 21. Jahrhundert zum Ausdruck bringen.

VORSITZ: Roberta ANGELILLI

Vizepräsidentin

Gianni Vattimo (ALDE). – (IT) Frau Präsidentin, ich werde versuchen, mich kurz zu fassen. Was die Verteidigung der Freiheit, sozusagen des Freidenkertums schlechthin angeht, nimmt Italien wirklich einen Spitzenplatz ein - geht man nach der Lektüre der nationalen Zeitungen, die Herr Berlusconi mundtot machen möchte, gegen die er klagt, weil sie unter anderem seine persönlichen Verbindungen offenlegen, nämlich

die Kanäle, durch die er auch politische Kandidaten auswählt. Die Frauen, die zu ihm kommen, werden entweder mit Geld oder Versprechen einer Kandidatur bezahlt. Die Situation ist die: Herr Berlusconi kontrolliert die italienischen Medien.

Es stimmt, dass es keine Gesetze gegen Pressefreiheit gibt – noch nicht. Herr Berlusconi schickt sich an, sie einzuführen. Erst kürzlich haben wir das Alfano-Gesetz aufgehoben, das sich Herr Berlusconi ausgedacht hatte, um sich selbst vor den Gerichten und allen derzeit laufenden Verfahren zu schützen. Das ist also die Situation, in der wir uns befinden. Ist es richtig, Europa darum zu bitten, sich dieses Problems anzunehmen? Auf jeden Fall, denn wir in Italien kümmern uns nicht darum. Wir bitten Europa, aus humanitären Gründen einzuschreiten, um das Problem der Pressefreiheit in Italien zu lösen. Um diese Maßnahme ersuchen wir Sie und unserer Ansicht nach ist dies ebenfalls wichtig für Europa, wenn wir ein allzu rasantes Ausbreiten des Virus auch hier verhindern wollen.

Mario Borghezio (EFD). – (IT) Frau Präsidentin, dies ist kein herausragender Tag für das Europäische Parlament gewesen; er wurde für eine sinnlose Aussprache vertan, obwohl uns allen klar ist, dass es kein anderes Land in Europa gibt, das mehr Meinungs- und Informationsfreiheit genießt als das unsrige.

Nun, als die Linke Italien regierte und einer Partei wie der meinen, obwohl sie im italienischen Parlament, dem Senat und dem Europäischen Parlament vertreten war, 0,1% der Sendezeit in den Fernsehnachrichtensendungen zugestanden wurde, haben Sie, Herr Sassoli – und Sie waren an diesen Fernsehnachrichtenprogrammen beteiligt – nicht Ihre Kleider zerrissen bzw. auf der Straße demonstriert, oder gar auf Ihr ansehnliches Gehalt von Radiotelevisione Italiana (RAI) verzichtet.

Ihr Kämpfer für die Pressefreiheit und gegen die Zensur! Wir haben die Belgier gehört: genießt denn die *Vlaams Belang* Partei in Belgien diese Pressefreiheit, diese Bandbreite an Informationen, oder wird sie zensiert, wie wir es wurden? In Italien wurde sogar der anständige Herr Pannella zensiert und alle haben stillgehalten – auch Ihr Linken. Er war gezwungen, in Hungerstreik zu treten: was für tolle Freiheitskämpfer! Die Sowjetunion der Journalisten. Welche Freiheiten gesteht der Italienische Presseverband Minderheiten zu? Sie haben sich still zu verhalten, sie finden kein Echo in den Medien bzw. erhalten keine Sendezeit. Was für tolle Freiheitskämpfer!

Es tut mir leid, aber diejenigen unter Ihnen, die mutig genug sind: machen Sie sich auf und demonstrieren Sie, indem Sie sich in Peking, auf Kuba und in Teheran, wo Menschen für die Pressefreiheit sterben, zusammenketten! Schande über Sie, Sie Feiglinge! Gehen Sie nach Teheran, gehen Sie nach Teheran, Feiglinge, Feiglinge, Feiglinge, Feiglinge! Lang lebe die Freiheit, lang lebe unser freies und demokratisches Land ...

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort)

Carlo Casini (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte ein offensichtlich ambivalentes Empfinden, das sich meiner nach dieser ersten Phase der Aussprache bemächtigt, auf rationale Weise analysieren, denn ich schließe mich voll und ganz den deutlichen Worten meines Vorsitzenden, Herrn Daul, an, während ich aber auch den Worten von Herrn Sassoli zustimme, der nach allem was recht ist, ein politischer Gegner von mir sein sollte.

Lassen Sie mich deutlicher erklären, was ich meine: bin ich schizophren wegen dieser ambivalenten Gefühle, oder versuche ich vollkommen unnütz den Umstand in Einklang zu bringen, dass ich in Italien auf der Oppositionsbank sitze, während ich mich hier in eine Reihe mit den Leuten der *Il Popolo della Libertà* („Volk der Freiheit“)-Partei innerhalb der Volkspartei stelle? Meiner Meinung nach kann ich diese Frage beantworten, indem ich einen offensichtlichen Unterschied zwischen dem Umfang und der Bedeutung des Themas Informationsfreiheit, eines sehr wichtigen Themas, herausarbeite ... Würde Montesquieu heute noch leben, hätte er nicht nur von legislativer, exekutiver und judikativer Gewalt gesprochen, sondern auch von anderen Gewalten und er hätte die vierte Gewalt, die Presse, an erster Stelle platziert, da sie ein Problem der Freiheit, des Kampfes gegen geistige Sklaverei und ein Problem der Demokratie darstellt.

Einerseits war Herr Berlusconi's Klage vor Gericht der Tropfen, der das Fass nach einem monatelangen barbarischen Umgang mit der gesamten italienischen Presse – geben wir es zu – sowohl des rechten als auch linken Flügels, zum Überlaufen gebracht hat; die Qualität der Presse war bereits seit Monaten schlecht, da das politische Leben wahrhaftig einen Tiefpunkt erreicht hatte. Seien Sie bitte nachsichtig mit mir: ich war vier Jahre lang Strafrichter in der Fünften Strafkammer des Kassationshofes, wo wir über Verleumdungsstraftaten geurteilt haben. Daher weiß ich, dass Herr Mauro Recht hat: ich habe viele dieser Verleumdungsklagen erlebt und keiner hat protestiert. Bürger haben das Recht, sich auch in solchen Situationen zu verteidigen.

Ich hoffe daher, dass wir durch den ernst gemeinen Versuch, scheinbar gegensätzliche Punkte miteinander in Einklang zu bringen, tatsächlich einen neuen und besseren Weg finden werden, dieses Problem für ganz Europa und nicht nur bezogen auf Italien zu bewältigen.

Gianluca Susta (S&D). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wer alle diejenigen als anti-italienisch, subversiv und kommunistisch brandmarkt, die Regeln für Kommunikation und Informationsfreiheit fordern, welche die Vielfalt respektieren und durch eine klare Trennung zwischen den Vermögen von Personen mit wichtigen institutionellen Zuständigkeiten und dem Wohlstand, den diese durch unternehmerische Aktivitäten im Bereich Publikationen und Informationen erzielen, gekennzeichnet sind, macht einen schweren Fehler, den man hier in Europa nicht entschuldigen, rechtfertigen oder zulassen darf.

In unseren Reden haben wir den italienischen Premierminister nicht einmal erwähnt. Wir hätten auf die Anzahl der Zeitungen, die er besitzt, eingehen können: 150 in Italien; sowie ungefähr 40 Fernsehkanäle. Das ist aber nicht das Problem. Das Problem ist, dass die Informationsvielfalt – in jeglicher Hinsicht – ein Eckpfeiler aller freien Demokratien ist und als ein Schild gegen sämtliche monopolistischen und oligopolistischen Philosophien sowie Interessenkonflikte eingesetzt werden muss.

Die Souveränität der einzelnen Staaten, die erneute Bestätigung, dass die Europäische Union kein Superstaat ist, Kommissarin Reding, darf uns nicht vergessen lassen, dass die Europäische Union auch eine Grundrechtecharta hat, aus der ein System der Rechtsvorschriften hervorgegangen ist, das die Mitgliedstaaten nicht ignorieren können. Ihnen ist bekannt, dass der Gerichtshof viele Male – im Fall von Italien nicht bei systemrelevanten Fragen, Herr Speroni – Urteile gefällt hat, die noch immer umgesetzt werden müssen.

Die Globalisierung der Märkte und die stetig zunehmende Nutzung des Äthers verlangen nun nach ganz gezielten europäischen Rechtsvorschriften, um diese sensible Angelegenheit zu regeln, die einen so großen Einfluss auf die öffentliche Meinung und somit auch auf den Grundsatz der Volkssouveränität hat – denn darauf stützt sich die Europäische Union, und nicht nur die Italienische Republik – sowie auf die Art und Weise, in der dieser Grundsatz umgesetzt wird.

Es sollte niemandem mehr möglich sein, die unantastbaren Rechte der Volksmehrheit ins Felde zu führen, um in einer noch bis vor kurzen ungleichen Situation zwischen Kläger und Beklagtem Drohungen gegen die Pressefreiheit zu rechtfertigen – ob in Italien oder in Portugal, wie uns vorhin ins Gedächtnis gerufen wurde – weil dies die Fundamente der Regeln für das Zusammenleben, auf denen die Union basiert, untergräbt. Darum brauchen wir dringend eine Richtlinie gegen Konzentrationen in dem Bereich Informationen, welche die Handlungen derer, die mit Politik befasst sind und gleichzeitig sehr wichtige Medien kontrollieren, regelt.

Sylvie Goulard (ALDE). – (FR) Frau Präsidentin, ich möchte kurz darauf hinweisen, dass das Thema dieser Aussprache – und die Reden von Frau Reding und Herrn Daul haben dies klar gezeigt – unsere Vorstellung von Europa ist. Wir haben nicht einen Mitgliedstaat im Visier; sondern es geht darum herauszufinden, ob wir die Verträge anwenden, ob wir die 1950 in Rom unterzeichnete Europäische Menschenrechtskonvention anwenden und ob wir Artikel 6 des Vertrages anwenden.

Herr Daul, wenn Sie Herrn Napolitano zitieren, zitieren Sie ihn vollständig. Der Präsident der italienischen Republik wies darauf hin, dass Rechtsmittel vorhanden seien und erwähnte in seiner Rede Artikel 7 der Verträge. Dieser Artikel versetzt uns heute in die Lage, die Frage des Risikos eines Verstoßes gegen die Menschenrechte innerhalb eines Mitgliedstaats legal und ganz ohne Emotionen zu behandeln – heute in Italien, morgen in einem anderen Land.

Als letztes, sehr wichtiges Argument ist anzuführen, dass sich in jedem Land der Erde Diktatoren und Personen, welche die Menschenrechte zu unterlaufen trachten, hinter der Maske der Souveränität verstecken. Für mich ist Europa der Kontinent, wo Menschenrechte universelle Gültigkeit haben. Wenn wir uns nicht eingestehen, dass wir, die wir in dem gleichen Parlament sitzen, das Recht, ja die Pflicht haben, nicht die Augen davor zu verschließen, was in einem der Mitgliedstaaten geschieht, wie können wir Diktaturen in fernen Ländern vermitteln, dass wir eine universelle Idee verteidigen, die von so entscheidender Bedeutung für den Schutz der Rechte von Frauen im Besonderen ist?

Fiorello Provera (EFD). – (IT) Frau Präsidentin, es ist seltsam, dass wir ständig die Redezeit überschreiten, wenn wir über die Meinungsfreiheit in Italien in diesem Parlament sprechen und so indirekt den nächsten Redner zensieren. Daher werde ich versuchen, die mir zugewiesene Redezeit strikt einzuhalten.

Ich muss sagen, dass es meiner Meinung nach weitaus angebrachter wäre, diese Aussprache im italienischen Parlament statt in dem Parlament in Brüssel abzuhalten, es sei denn – wie bereits von einem Redner festgestellt wurde – unsere Absicht wäre es, über die Pressefreiheit im Allgemeinen, das heißt bezogen auf den europäischen Kontinent, zu diskutieren. Abgesehen von den Meinungen finde ich jedoch, dass sich die Erwähnung einiger Daten lohnt, die bereits zuvor von Herrn Speroni vorgetragen wurden, und über die wir nachdenken sollten.

Ich kann bestätigen, dass von den 455 Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wegen Verstößen gegen Artikel 10 über die Meinungsfreiheit 29 auf Frankreich, 28 auf das Vereinigte Königreich, 15 auf Griechenland, 10 auf Rumänien, 8 auf Polen und nur 7 auf Italien entfallen. Ich möchte Sie bitten, über diese Zahlen nachzudenken.

Simon Busuttil (PPE). – (MT) Ich kann keinen, der diese Aussprache verfolgt, verurteilen, weil er denkt, dies sei nicht das Europäische, sondern das italienische Parlament. Und doch ist es nicht das italienische Parlament und daher nicht der richtige Ort für diese im Kern nationalen politischen Debatten. Wir alle sind uns des schillernden Charakters des italienischen Premierministers bewusst. Um diese Frage geht es hier jedoch nicht. Es geht darum, ob wir als ein europäisches Organ zuständig sind, in solchen Angelegenheiten Entscheidungen zu treffen. Die Antwort auf diese Frage ist klar. Kommissarin Reding hat sie uns heute gegeben, als sie sagte, dass diese Angelegenheiten nicht unter europäische Zuständigkeiten fallen und wir keine Rolle einnehmen können, die uns nicht zusteht.

Da nun dieses Thema nicht unter unsere Zuständigkeiten fällt, muss es auf nationaler Ebene diskutiert und entschieden werden. Wenn wir uns Befugnisse zu Eigen machen, die wir nicht haben und uns in Fragen einmischen, die nicht unter unsere Zuständigkeiten fallen, werden wir unsere Legitimität eher unterminieren als stärken. Wir würden das Organ, das wir vertreten, unterlaufen und wir würden die Distanz zwischen uns und unseren Bürgern eher vergrößern als verkleinern. Wenn wir uns die Achtung unserer Bürger verdienen möchten, müssen wir damit beginnen, die Grenzen unserer Zuständigkeiten zu respektieren.

Maria Badia i Cutchet (S&D). – (ES) Frau Präsidentin, die Europäische Union hat die Pflicht, Medienvielfalt zu gewährleisten. Die Aussprache über die Pressefreiheit betrifft die Vielfalt, was das Eigentum an Kommunikationsmitteln, ihre Struktur und die Verfahren zur Ernennung ihrer Leiter, die Verbindungen zwischen Politik, Handel und den Medien selbst sowie den Zugang der Bürger zu unterschiedlichen Meinungen angeht. Ich glaube, Sie werden mir zustimmen, dass die Situation der Medien in Italien, das Thema, welches uns heute beschäftigt, den erforderlichen Grundregeln zur Gewährleistung der Pressefreiheit in diesem Land nicht gerecht wird.

Daher bitten wir die Kommission, auf die in den letzten Jahren von diesem Parlament vorgebrachten Anfragen zu reagieren und mit der Festlegung bestimmter Kriterien für eine Bewertung möglicher Verstöße gegen diese Rechte und Freiheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten aufzuwarten.

Unser Ziel, und daran sollte kein Zweifel bestehen, ist es, das Recht der Bürger auf Zugang zu Informationen unterschiedlicher Art zu schützen, genauso wie Journalisten das Recht auf eine freie Berichterstattung haben, da – wie die Demonstranten letzten Sonntag gerufen haben – Informationen uns mehr Freiheit verschaffen.

Sarah Ludford (ALDE). – Frau Präsidentin, sicherlich ist es kein Zufall, dass die britischen Konservativen letzte Woche die Unterstützung von Rupert Murdoch gewonnen und gestern per Abstimmung entschieden haben, diese Aussprache zur Pressefreiheit zu unterbinden. Während die neuen, ehemals kommunistischen Mitgliedstaaten große Fortschritte in Richtung einer freien Presse gemacht haben, würde die von Silvio Berlusconi ausgeübte Mediendominanz Erich Honecker grün vor Neid werden lassen.

Die Drohungen, Einschüchterungen und Beleidigungen, die Berlusconi nicht nur in Richtung Presse sondern auch an die Adresse des Präsidenten und der Richter schickt, gehen jedoch weit über eine rein nationale Angelegenheit hinaus: es handelt sich hier um eine Angelegenheit von großem europäischen Interesse. Laut der ausgesprochen befremdlichen Aussage von Kommissarin Reding sollen wir uns nicht der Gemeinschaftsorgane bedienen, um nationale Probleme zu lösen. Warum gibt es dann eigentlich europäische Verträge und Gesetze, die über die Notwendigkeit von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit inbegriffen?

Tatsächlich gibt es klare, rechtliche Zuständigkeiten für die EU entsprechend zu handeln, um den Fortbestand der Meinungsfreiheit und der Grundrechte im Allgemeinen zu sichern. Diese rechtliche Grundlage existiert und sollte durch Rechtsvorschriften über Medienvielfalt ergänzt werden. Die passive Haltung der Kommissarin ist sehr enttäuschend.

Salvatore Iacolino (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, Kommissarin, meine Damen und Herren, in Italien legen Artikel 21 der Verfassung und Artikel 3 des Gesetzes Nr. 102 aus dem Jahr 2004 den Umfang der Pressefreiheit fest, bzw. bestimmen ihre Grenzen: die Presse hat objektiv, gründlich, fair und unparteiisch zu sein, sie muss stets die menschliche Würde schützen, gemäß den von der Europäischen Union festgelegten Grundsätzen. Im Zeitalter des Internets und der Digitalisierung mit laufend neuen Zeitungen auf dem Markt präsentierten die öffentlich-rechtlichen Sender Programme, die sich offen feindselig gegenüber den Regierungschef stellen, während sich Presse und Medien über die Schadensersatzklage entsetzen, die Silvio Berlusconi gegen zwei Zeitungen anstrengt.

Tatsächlich würden 1 100 Radiostationen, 162 Zeitungen und mehrere Hundert private Fernsehstationen nicht ausreichen, um die angeblich durch Silvio Berlusconis Initiative gefährdete Medienvielfalt zu garantieren. Es drängt sich einem der Verdacht auf, dass sobald eine bestimmte Medienmacht tadelsüchtig wird, sie eigene Ambitionen bekommt, zu einer politischen Macht zu werden. In der Zwischenzeit ist in anderen Teilen der Welt dasselbe System am Werk, da einflussreiche Zeitungen wie *El País*, *The Sun* und *Tarin* schnell ihre politische Neigung zu wechseln scheinen.

Statt ihren eigenen politischen Kurs einzuschlagen, verlässt sich die italienische Linke jedoch auf Teile des nationalen Presseverbandes, um uns den unloyalsten und starrsinnigsten anti-demokratischen Angriff auf die amtierende Regierung zu präsentieren – mit Hilfe einer Reihe von inszenierten Maßnahmen zu diesem Anlass. Dessen ungeachtet genießt der frei von der italienischen Bevölkerung gewählte Premierminister weiterhin große Unterstützung bei den Bürgern und diese verlassen sich darauf, dass das Europäische Parlament in der Lage sein wird – wie bereits 2004 – zu bestätigen, dass die Pressefreiheit ein anerkanntes und etabliertes Gut ist.

Rita Borsellino (S&D). – (IT) Frau Präsidentin, Kommissarin, meine Damen und Herren, es ist nicht meine Absicht, und auch nicht die meiner Fraktion – welche diese Aussprache unterstützt und gewollt hat – die internen politischen italienischen Hetzreden auf europäische Ebene zu übertragen. Die Frage der Informationsfreiheit betrifft uns alle: sie betrifft die Europäische Union, die diese Angelegenheit auf Gemeinschaftsebene regeln muss, um einer politischen und wirtschaftlichen Konditionierung entgegenzuwirken und wahre Informationsvielfalt zu gewährleisten.

Die besondere italienische Situation mit einem Premierminister, der gleichzeitig der Besitzer einiger der wichtigsten privaten Netzwerke ist, zeigt sich gerade in dem Vorhandensein einer gefährlichen Verbindung zwischen den Medien und politischen sowie wirtschaftlichen Mächten. Genau aus dem Grund fordern wir eine europäische Rechtsvorschrift, also eine Maßnahme, die – weit davon entfernt, eine anti-italienische Kampagne zu sein – dabei helfen wird, Informationsvielfalt sicherzustellen und so Konzentrationen und Interessenskonflikte zu vermeiden. Daher fordern wir die Kommission heute auf, so schnell wie möglich zu intervenieren – worum dieses Parlament bereits in der Vergangenheit gebeten hatte –, um die Europäische Union mit gemeinsamen Bestimmungen zur Sicherstellung von Informationsfreiheit für alle europäischen Bürger auszustatten.

Sophia in 't Veld (ALDE). – Frau Präsidentin, ich muss gestehen, dass ich über die Erklärung von Kommissarin Reding ziemlich geschockt war, denn die Mitgliedstaaten sind zwar vornehmlich dafür verantwortlich, die Achtung der Demokratie und Grundrechte sicherzustellen. Sie haben jedoch Unrecht, wenn Sie sagen, dass die EU hier keine Rolle zu spielen hat.

Erstens wäre da Artikel 6 des Vertrages über die Europäische Union, in dem steht: „Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit: diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam.“ Und um zu beweisen, dass dies nicht nur eine leere Worthülse ist, hat die Europäische Union noch Artikel 7 hinzugefügt: den Rechtsakt, um Artikel 6 durchzusetzen.

Zweitens, Frau Reding, wenn wir mit Staaten verhandeln, die sich um einen Beitritt bewerben, bestehen wir darauf, dass sie die höchsten Anforderungen an Pressefreiheit erfüllen, andernfalls können sie der Europäischen Union nicht beitreten. Diese Forderung wurde in den Kopenhagener Kriterien festgelegt – warum also gelten für Beitrittskandidaten andere Anforderungen als für die derzeitigen Mitgliedstaaten, Kommissarin Reding? Es gibt weitere Länder, in denen gegen die Pressefreiheit bzw. freie Meinungsäußerung verstoßen wird, wie etwa die Tschechische Republik, die gerade eben ein die Pressefreiheit einschränkendes Gesetz verabschiedet hat, oder Irland, das ein drakonisches Gesetz über Blasphemie erlassen hat. Kommissar Reding, ich beschließe meine Rede mit den folgenden Worten: wenn wir ernsthaft eine Wertegemeinschaft sein wollen, muss die Europäische Kommission Maßnahmen ergreifen.

János Áder (PPE). – (HU) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, vor einer Stunde hat uns Herr Verhofstadt gesagt, dass wir zusammenhalten sollten, um die Freiheitswerte zu schützen, und ich muss Ihnen sagen, dass ich ihm zustimme. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist ein wichtiges Grundrecht. Diese Ansicht ist bisher in der Aussprache zum Ausdruck gekommen. Ich stimme dem ebenfalls zu und glaube fest daran, dass es keinen einzigen italienischen Politiker im Plenarsaal gibt, der das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken möchte.

Während ich die Aussprache verfolgt habe, stellten sich mir zwei Fragen. Warum sind sozialistische und liberale MdEP der Meinung, dass es wichtig ist, bestimmte politische Grundrechte nur bezogen auf bestimmte Rechte und nur bei bestimmten Gelegenheiten zu schützen? Ist das Recht auf Versammlungsfreiheit ein wichtiges Grundrecht? Ist es ein ebenso wichtiges Grundrecht wie das Recht auf freie Meinungsäußerung? Dies ist sicherlich der Fall. Trotzdem legten Sie vor drei Jahren keinen Protest ein, als die sozialistische Regierung in Ungarn eine Menge auseinandertrieb, die sich versammelt hatte, um die Revolution von 1956 zu feiern.

Ist das Recht, die eigene Sprache zu verwenden, ein wichtiges Grundrecht? Ist es ein ebenso wichtiges Grundrecht wie das Recht auf freie Meinungsäußerung? Sicherlich ist es wichtig. Und doch legen Sie auch hier wieder keinen Protest ein, obwohl die Behörden in der Slowakei, einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, das Recht von Minderheiten, ihre eigene Sprache zu gebrauchen, beschneiden wollen.

Ist der Schutz der Privatsphäre ein wichtiges Grundrecht? Ganz bestimmt ist es ein wichtiges Grundrecht. Ich glaube, dass jeder – sei es der italienische Premierminister oder irgendjemand sonst – das Recht hat und haben muss, Klage gegen falsche Anschuldigungen und Verleumdung zu erheben.

Pressefreiheit ist zwar ein wichtiges Recht, aber warum haben Sie in den letzten 20 Jahren nicht aufbegehrt, als offensichtlich war, dass die Medien in den ehemaligen sozialistischen Ländern größtenteils in den Händen der früheren kommunistischen Parteien konzentriert waren? Alles was ich von Ihnen verlange, ist hier nicht mit zweierlei Maß zu messen.

Debora Serracchiani (S&D). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich bin mir der Tatsache bewusst, dass die Kommission am 30. September eine Studie über Indikatoren für Medienvielfalt in den Mitgliedstaaten vorgelegt hat. 2008 hat dieses Parlament jedoch einen Bericht von Marianne Mikko angenommen, in dem die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert wurden – und ich zitiere wörtlich – „die Meinungsvielfalt in den Medien“ sicherzustellen, „die Informationsvielfalt zu gewährleisten und darauf zu achten, dass alle EU-Bürger Zugang zu freien und breit gefächerten Medien haben“.

Noch davor nahm das Parlament 2004 einen Bericht von Frau Boogerd-Quaak über das Risiko von Verstößen gegen die Meinungs- und Informationsfreiheit in der EU an. In diesem Bericht war die Kommission aufgefordert worden, eine Mitteilung in Bezug auf die Sicherstellung der Medienvielfalt in allen Mitgliedstaaten auszugeben. Bis zum heutigen Tage hat die Kommission noch keine klaren Antworten auf die Anfragen des Parlaments geliefert.

Sie werden bemerken, Kommissarin, dass ich weder mein Land noch seinen Premierminister erwähnt habe. Als europäische Bürgerin frage ich jedoch Sie in diesem Parlament, welche Maßnahmen die Kommission auf europäischer Ebene plant, um sicherzustellen, dass Medienvielfalt in allen Mitgliedstaaten gewährleistet ist.

Clemente Mastella (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der Antrag gegen den angeblichen Angriff auf die Pressefreiheit in Italien spiegelt meiner Ansicht nach die Entscheidung für ein aus politischer Sicht unredliches und schädliches Vorgehen wider. Darüber hinaus scheint mir, dass einige der derben Worte, versetzt mit Wut und einer Spur von Hass, deutlich aus dem Rahmen gefallen sind. Dennoch ist es sehr seltsam, dass dieser Niedergang (oder angebliche Niedergang) der Demokratie in Italien gerade jetzt und so deutlich zutage tritt, wenn man bedenkt, dass mein Land abwechselnd von Mitte-Rechts-, aber auch Mitte-Links-Regierungen – denen auch ich angehört habe - regiert worden ist.

Falls es diesen anti-liberalen und anti-demokratischen Wall in Italien wirklich gibt, warum wurde er in all den vielen Jahren mit Regierungen des linken Flügels nie niedergerissen? Haben wir es hier mit Nachlässigkeit, Zurückhaltung, Bequemlichkeit, oder - was mir weitaus logischer erscheint – der einfachen Feststellung zu tun, dass Italiens demokratische Standards den westlichen und europäischen Standards entsprechen?

Wenn wir wirklich als außerordentliche Maßnahme möchten – so wie die, Frau Serracchiani möge mir verzeihen, in diesem Fall zum Einsatz kommende Maßnahme, nämlich über ein Land und nicht über Europa zu diskutieren –, die Wahrheit über die Gesundheit der Demokratie in unserem Land in Erfahrung zu bringen, dann sollten wir den Präsidenten der Republik, Giorgio Napolitano, als Institution respektvoll fragen, ob er der Meinung ist, der Präsident eines Landes zu sein, im dem die Informationsvielfalt schwindet, es mit der Freiheit bergab geht und die Demokratie keine Hochkonjunktur mehr hat. Ich glaube allerdings nicht, dass Präsident Napolitano, treu wie er seinem Vorrecht als Garant der Verfassung ist, einen solchen Stand der Dinge nicht anzeigen würde, wenn sich die Situation tatsächlich so darstellte.

Da jedoch, meine Damen und Herren der Linken, und ich bedauere dies sagen zu müssen, dieses Thema die italienischen politischen Angelegenheiten auf eine sehr provinzielle Art und Weise berührt, wobei es eine künstliche europäische und nun innerstaatliche Dimension annimmt, muss darauf hingewiesen werden, dass sich die einst so viel mächtigere und bedeutendere politische Linke, solange sie sich in politischer Hinsicht von Komödianten und Demagogen führen lässt, immer weiter von der Macht entfernen wird. Ich glaube nicht, dass Präsident Obama sich von Woody Allen die Richtung vorgeben lässt.

Anni Podimata (S&D). – (EL) Frau Präsidentin, Kommissarin, auch ich habe mir als frühere Journalistin nie vorgestellt, dass wir heute, 50 Jahre, nachdem wir mit der Errichtung Europas begonnen haben und kurz bevor der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, bestimmte wesentliche Grundsätze und Werte diskutieren würden, auf welchen die Europäische Union aufgebaut und begründet wurde.

Werte wie die Unabhängigkeit der Presse, Medienvielfalt, freie Meinungsäußerung für jeden, insbesondere Journalisten, Gleichheit vor dem Gesetz für alle oder sogar, wenn Sie so wollen, das Grundprinzip der Gewaltenteilung. Liegt Gewaltenteilung vor, wenn der Premierminister eines Landes, mit anderen Worten die höchste exekutive Autorität, den Großteil der Medien in seinem Land besitzt und kontrolliert bzw. den Rest strafrechtlich verfolgt?

Was in Italien passiert, ist keine rein italienische Angelegenheit, sondern eine europäische Angelegenheit, denn die bloße Glaubwürdigkeit der Europäischen Union steht auf dem Spiel, wenn sie Verstöße gegen wesentliche Grundsätze bzw. –rechte in Drittländern kontrolliert und bewertet und Verstöße gegen diese gleichen Werte und Grundsätze auf dem eigenen Terrain toleriert.

Alfredo Pallone (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, viele von Ihnen werden „Der Prozess“ von Kafka gelesen haben: hierbei handelt es sich um ein fiktionales Werk, aber genau dies geschieht heute in meinem Land, einem Land mit hehren demokratischen Traditionen, mit einer von dem souveränen Volk gewählten Regierung, wo jedoch ein Versuch unternommen wird, die demokratische Stimmabgabe durch einen historisch noch nie dagewesenen Angriff der Medien und Gerichte zu unterminieren.

Wir diskutieren über Informationsfreiheit, während 72% der Presse gegen die Regierung und Premierminister Berlusconi sind. 70% der gerichtlichen Klagen gegen die Zeitungen wurden von den Führern der Linken angestrebt, mit angeblichen Schadenersatzansprüchen in Höhe von 312 Mio. EUR der insgesamt 486 Mio. EUR, die seit 1994 gefordert wurden. Das entspricht 32 Mio. EUR pro Jahr. Dies ergibt eine Art zusätzliche Finanzierung durch die Gerichte.

Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie Europas Demokratien vertreten, sagen und versichern wir, dass durch die Macht der Gerichte und Medien in Italien der Wille des souveränen Volks im Namen parteistategischer, klassenbezogener politischer Interessen gebrochen wird. Somit steht in Italien bei einem Sturz der Regierung die Demokratie auf dem Spiel. Die von einem semantischen Standpunkt aus dieses Konzept unterlaufende Hauptperson heißt Antonio Di Pietro. Abschließend möchte ich Kommissarin Reding für ihr hervorragendes Gespür für Ausgleich und Demokratie danken; sie hat einen intelligenten und zutreffenden Bericht erstellt.

Cătălin Sorin Ivan (S&D). – (RO) Pressefreiheit erhält nie einen angemessenen Schutz gegen Missbrauch. Jedes Mal, wenn ein Staatspräsident oder Premierminister eines Mitgliedstaates der Europäischen Union Journalisten angreift, wenn auch nur aus dem Grund, weil sie nicht seiner Meinung sind, müssen die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und jeder einzelne von uns darauf reagieren.

In Italien versucht ein Premierminister die oppositionelle Presse durch jedes erdenkliche Mittel einzuschüchtern. In Rumänien versucht ein Präsident die ihn kritisierende Presse und Journalisten in Misskredit zu bringen. In beiden Fällen haben wir es mit der Maßlosigkeit bestimmter Politiker zu tun, die meinen, über dem Gesetz zu stehen. Neuesten Informationen zufolge haben wir in Rumänien einen Präsidenten, der nicht nur Journalisten beleidigt, täuscht und verleumdet, sondern der auch in anderer Weise seine Machtstellung

missbraucht, was am Vorabend der Präsidentschaftswahlen jeglichem Zweck zu dienen scheint, Gesetzesbruch eingeschlossen, um ihm selbst, als dem derzeitigen Staatschef, dabei zu helfen, die Wiederwahl zu gewinnen.

Genau aus diesem Grund fordere ich die Europäische Kommission auf, wie ich es bereits am 23. September getan habe, dieses Verhalten sowohl des rumänischen Präsidenten als auch des italienischen Premierministers öffentlich zu verurteilen.

Elisabetta Gardini (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte bestätigen, dass in Italien Pressefreiheit existiert und sie stärker denn je ist. Dies sind die Worte eines großen Journalisten, Giampaolo Pansa, der viele Jahre, Jahrzehnte lang zu den angesehensten Namen zählte, die für die zu dem *Espresso-Repubblica*-Konzern gehörende Zeitung *La Repubblica* geschrieben haben, und die er nachher verlassen musste, weil das Management des Konzerns ihn des Revisionismus bezichtigt hatte, was in Italien, wie Sie wissen, eines der bei weitem schlimmsten Verbrechen ist, wenn es von den dominierenden Intellektuellen verübt wird, von der dominierenden Kultur in Italien, die ganz und gar dem linken Flügel angehört: sehen Sie sich doch nur einmal die Vorwahlen der Demokratischen Partei an, wo alle von den Bankern bis zu den wichtigsten Schauspielern, Direktoren und Journalisten unseres Landes Schlange stehen.

Informationsfreiheit bedeutet jedoch nicht die Freiheit, Beleidigungen bzw. Diffamierungen auszustoßen; mit der Ausnahme, dass der Linken immer das Recht auf eine faire Anhörung zugestanden wird: wenn Herr Prodi klagt, ist das in Ordnung, wenn Herr D'Alema klagt, ist das in Ordnung, wenn Herr Di Pietro klagt, ist das in Ordnung. Herr Di Pietro bricht hier den Rekord – übrigens verklagt die Judikative die Presse öfter, als Politiker dies tun, da er laut in der *La Repubblica* veröffentlichten Informationen 357 Verfahren angestrengt und bereits 700 000 EUR Schadensersatz erhalten hat. Wir haben die von unseren Parlamentskollegen vorgelegten Informationen gehört. Abschließend gesagt, falls es ein Problem der Neuordnung gibt – und ich glaube, dieses Problem besteht in Italien – so ist die einzige politische Partei, die das Recht hat, sich darauf zu berufen, die Mitte-Rechts Partei.

Licia Ronzulli (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, 2008 hat die Regierung Berlusconi der Presse sowie Radio- und Fernsehstationen insgesamt 206 Mio. EUR an direkten Zuwendungen gewährt. Wie es der Zufall so wollte, ging ein Großteil dieser Millionen an die vier großen Zeitungen des linken Flügels.

Pressefreiheit in Italien hat in der Regierung Berlusconi einen denkbar großzügigen Unterstützer. Mit der Behauptung, dass die Pressefreiheit bedroht sei, hat die Linke eine Kampagne in Italien und in ganz Europa losgetreten, eine Kampagne, die auf skandalösen Erfindungen und dreisten Lügen basiert. Und unweigerlich – wie es der Zufall auch hier will – wurde diese Kampagne erst gestartet, nachdem Premierminister Berlusconi eine berechtigte Forderung auf Schadensersatz gegenüber zwei Zeitschriften des linken Flügels geltend gemacht hatte, die ihn eines schändlichen Verhaltens bezichtigt hatten, Anschuldigungen auf Basis vollkommen frei erfundener Tatsachen unterhalb jeglichen journalistischen Niveaus, das sein Geld wert ist.

Premierminister Berlusconi ist der Erste, der Pressefreiheit für sehr wichtig erklärt, die Freiheit zu beleidigen, zu täuschen, zu diffamieren und zu verleumden ist jedoch etwas ganz anderes. In diesem Fall hat jeder Bürger das Recht – also auch Premierminister Berlusconi –, sich verteidigen zu können, indem er sich der ihm zur Verfügung stehenden demokratischen Mittel bedient und sich an ein Zivilgericht wendet, damit dieses die schriftlichen Angriffe gegen ihn prüft, etwas, so möchte ich hinzufügen, was andere Führer der Linken ebenfalls getan haben.

Victor Boștinăru (S&D). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, es handelt sich hier nicht nur um eine unter Italienern geführte Aussprache: diese Aussprache betrifft in erster Linie Europa.

– (RO) Herr Berlusconi als Beispiel ist sicherlich nicht der Einzige, der gegen die auf die Massenmedien anwendbaren Grundregeln verstößt. Traian Băsescu tritt oft aggressiv und undemokratisch auf und schüchtert die Massenmedien ein, indem er sich einer Sprache bedient, die ich hier im Europäischen Parlament nicht wiederholen kann.

Wenn Europas Staats- bzw. Regierungschefs den Wunsch haben, sich weiterhin so zu verhalten, wird die Europäische Charta zur Pressefreiheit eben nur zu einem weiteren wohlklingenden Dokument verkommen. Wir, die Europäische Union, werden zum Gegenstand des Gespöts werden, wenn wir die Informationsfreiheit in verschiedenen Ländern Afrikas und Asiens analysieren und kritisieren, während diese Freiheiten in der Europäischen Union nicht geschützt bzw. respektiert werden.

Daher schlage ich vor, diese Monopolsituation mit den von der Kommission bereitgestellten Mitteln und ihrer Genehmigung zu bekämpfen, und gleichzeitig die Charta zur Pressefreiheit mit Unterstützung europäischer Behörden durchzusetzen.

Cecilia Wikström (ALDE). – (SV) Herr Präsident, vor langer Zeit hat der bekannte schwedische Schriftsteller August Strindberg gesagt: „Du hast Macht, ich habe Worte, ich habe Worte in meiner Macht.“ Dies trifft heute jedoch nicht auf die Schriftsteller und Journalisten in Italien zu, denen systematisch das Recht verweigert wird, ihre Meinung frei auszudrücken.

200 Journalisten sind über die letzten drei Jahre wegen dem, was sie geschrieben haben, bedroht worden. Was in Italien passiert, geht uns jedoch alle an. Die Freiheit zu sprechen, zu schreiben und die eigenen Worte frei veröffentlichen zu lassen ist ein Grundrecht aller 500 Millionen europäischer Bürger.

Was derzeit in Italien passiert, zeigt, dass freie Meinungsäußerung für ein die Macht über freie Meinungsäußerung an sich reißendes Regime manchmal gefährlicher als Waffen ist. Heute bietet sich dem Parlament die einzigartige Gelegenheit, seine besten Eigenschaften herauszukehren und zu offenbaren. Nun zeigen wir auf, dass Grundfreiheiten auf dem Spiel stehen. Italiens Sorgen sind auch die unsrigen.

Sergio Paolo Francesco Silvestris (PPE). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die heutige Aussprache ist wirklich nicht zu fassen, denn in Italien i s t Informationsfreiheit ein garantiertes und anerkanntes Grundrecht. Andere Redner vor mir haben Informationen zur Anzahl und den politischen Ausrichtungen der in Italien veröffentlichten Zeitungen vorgelegt.

Im Interesse der nicht-italienischen Mitglieder werde ich mir die Freiheit nehmen, eine Presseschau abzuhalten. Hier sind einige der unabhängigen Zeitungen, die ich gestern am Flughafen gekauft habe: da haben wir *Il Manifesto*, eine kommunistische Zeitung; hier *L'Unità*, eine von Antonio Gramsci von der Demokratischen Partei-Linksdemokratische Partei gegründete Zeitung; das ist *L'Europa*, die Zeitung der Margherita-Partei, die in der Demokratischen Partei aufgegangen ist. Die Demokratische Partei hat zudem auch eine D'Alema-Letta-Splittergruppe mit ihrer eigenen Zeitung, *Il Riformista*. Weiterhin gibt es die Partei der kommunistischen Wiedergründung mit der eigenen Zeitung *Liberazione*. Letztes Jahr hat sich die Wiedergründungspartei aufgespalten und die abgespaltete Gruppe hat ihre eigene Zeitung, *L'Altro*, aus der Taufe gehoben.

Schließlich gibt es da noch den politischen Titel dieser Aussprache: *Il Fatto quotidiano*. Wissen Sie, wem diese Zeitung zuzuschreiben ist? Herrn Di Pietro's Partei, welche die treibende Kraft hinter dieser heutigen Aussprache ist. Hier haben wir es mit einer Partei zu tun, die in diesem Parlament behauptet, es gäbe keine Informationsfreiheit, obwohl sie erst vor zehn Tagen in Italien eine Zeitung gegründet hat.

Als abschließende Feststellung, Frau Präsidentin, verhält es sich so, als würde ich Ihnen heute erzählen, Italien litte unter einer Hungersnot, während ich letztes Wochenende zu Hause beim Wurstfest gewesen bin und dort gebratenes Fleisch gegessen und Wein getrunken habe. Das ist das Paradox einer Linken, die zwar so viele Zeitungen aber keine Leser bzw. Kreuze auf dem Wahlzettel hat. Sie muss schon mit ernstzunehmenderen Argumenten aufwarten, wenn sie diese zurückgewinnen möchte.

Mary Honeyball (S&D). – Frau Präsidentin, auch ich möchte in den Ruf nach einer europäischen Richtlinie über Informationsfreiheit, Pressefreiheit und Medienvielfalt einstimmen. Auch wenn dies eine Aussprache über Informationsfreiheit in Italien gewesen ist, wie andere Redner bereits ausgeführt haben, stellen sich in anderen Ländern der Europäischen Union ernste Fragen.

Eines dieser Länder ist das Vereinigte Königreich. Rupert Murdoch wurde bereits erwähnt und einer der Gründe, warum ich glaube, dass wir diese Richtlinie benötigen, ist Rupert Murdoch. Rupert Murdoch ist kein Staatsoberhaupt, sondern ein internationaler Medienmogul mit seiner eigenen sehr eigenwilligen Agenda. Er ist nicht demokratisch eingestellt und wir benötigen Rechtsvorschriften für Personen wie Rupert Murdoch ebenso wie für Menschen wie Silvio Berlusconi.

David Casa (PPE). – (MT) Ich stamme aus Malta und daher ist Italien, wie Sie sich vorstellen können, ein Nachbarland, das wir seit vielen Jahren genau beobachten. In Angelegenheiten, welche die Meinungsfreiheit betreffen, schaut unser Land ebenfalls nach Italien, weil es ein eindeutiges Beispiel für Demokratie ist. Daher ist die eingehende Befassung mit dieser internen Angelegenheit, und das ist es, was die italienischen Sozialisten wollen, in meinen Augen eine für ihr Land schändliche Form der Politik. Ich hätte niemals gedacht, dass sich die Italiener je darauf verlegen würden, ihr Land in diesem Parlament auf eine so ungerechtfertigte Art und Weise anzugreifen. Ich denke, ich verstehe jetzt besser, warum es die Italiener der Linken nicht zutrauen,

Italien länger als ein paar Monate zu regieren, denn wenn man die Politik dieser Partei analysiert, wird deutlich, dass sie nur denen gefallen kann, die die demokratische Idee selbst angreifen möchten, und dies bringt mich zu der Ansicht, dass man auf den italienischen Präsidenten hätten hören sollen, und ich möchte ihn von hier aus grüßen, als er sagte, dass die Aussprache in diesem Parlament fehl am Platz ist und im italienischen Parlament abgehalten werden sollte.

Stanimir Ilchev (ALDE). – (BG) Danke, Frau Präsidentin. Ich werde mich der Sprache eines der heute in diesem Plenarsaal kritisierten Länder, nämlich Bulgariens, bedienen. Wäre ich zur Zeit Journalist in Bulgarien, wie ich es einmal war, so würde ich wahrscheinlich eine der beiden diametral entgegengesetzten Erklärungen, die abgegeben wurden, als Schlagzeile für die erste Seite einer x-beliebigen Zeitung wählen. Eine davon besagt, dass wir dieses Parlament nicht in einen Resonanzboden, geschweige denn in ein oberstes Berufsgerecht verwandeln dürfen. Die andere, von einem Sprecher der sozialistischen Fraktion getätigte Aussage, rät uns, dieses Parlament nicht wie ein Museum mit alten Gegenständen, die nicht bewegt werden dürfen, zu behandeln.

Meiner Ansicht nach liegt die Wahrheit irgendwo dazwischen und wird in dem Vorschlag von Herrn Verhofstadt über den Entwurf einer Richtlinie, die ein moderneres und demokratischeres System zur Regelung aller heute diskutierten Fragen zum Thema Medienfreiheit und Vielfalt schaffen soll, widergespiegelt. Neben der Auseinandersetzung mit den Themen Vielfalt und Freiheit, sowie Schutz der Journalisten, muss diese Richtlinie aber eigentlich eine Entflechtung der Medien, auch innerhalb nationaler Mediensysteme, beinhalten und besonders betonen.

Viviane Reding, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin, diese Aussprache ist in meinen Augen sehr wichtig gewesen, da sie deutlich gemacht hat, dass in diesem Parlament ein starker Konsens herrscht, ein starker Konsens darüber, dass es für Pressefreiheit weder ein ob oder wann gibt, sondern dass sie die Grundlage unserer Europäischen Union ist. Wir müssen sie verteidigen, sie ist ein Grundwert, wir müssen uns zu Wort melden, wenn sie nicht respektiert wird und wir müssen handeln, wenn es ein Problem zu lösen gibt.

(Die Präsidentin bittet um Ruhe im Plenarsaal)

Es gibt ebenfalls einen Konsens in diesem Parlament, dass Medienfreiheit ein Problem darstellt, mit der man sich in allen Mitgliedstaaten befassen muss. Viele von Ihnen sind das erste Mal in diesem Parlament, daher werde ich eben kurz die Maßnahmen der europäischen Journalisten zur Erstellung einer Europäischen Charta für Pressefreiheit in Erinnerung rufen. Diese wurde erstellt, um hauptsächlich den Journalisten in den neuen Mitgliedstaaten zu helfen, welche die Gemeinschaft der Journalisten um diese Unterstützung gebeten hatten.

Ich möchte dies nur in Erinnerung rufen, da in diesem Parlament gesagt wurde, es gäbe Probleme mit dem öffentlichen Fernsehen in vielen unserer Mitgliedstaaten. Ich erinnere mich, in einen dieser Mitgliedstaaten gereist zu sein – es war Ungarn – um Stärkung für die Rettung des öffentlichen Fernsehens zu bringen und meiner Meinung nach sollte dies in allen Mitgliedstaaten geschehen, wenn es Schwierigkeiten gibt

Aus diesem Grund haben wir in der neuen Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ mit der Hilfe des Parlaments dafür gestimmt, unabhängige Medienbehörden in all unseren Mitgliedstaaten einzurichten. Ich kann diesem Parlament versichern, dass die Kommission handeln wird, sobald es ein Problem bei der Einrichtung dieser unabhängigen Medienbehörden gibt.

Worüber Unstimmigkeit in diesem Parlament besteht, ist die Frage, wie EU-Zuständigkeiten mit Medienstrategien zusammengehen. Ich glaube, dass viele Mitglieder meine einleitenden Erklärungen nicht gehört haben, in denen ich aus der Grundrechtecharta zitiert habe, die sehr deutliche Worte beinhaltet. Ich habe auch Artikel 51 (1) der Grundrechtecharta zitiert, in der klar und deutlich steht, wann die Charta zu implementieren ist, mitsamt den Regeln für ihre Implementierung. Meiner Meinung nach kann also jeder dies lesen und es sich in Erinnerung rufen.

Leider hört im Moment keiner mehr zu, obwohl das hier sehr wichtig ist.

(Die Präsidentin bittet erneut um Ruhe im Plenarsaal)

In meiner einleitenden Rede habe ich ebenfalls die sehr eindeutigen Maßnahmen, die konkreten Beispiele, bei denen die EU eingreifen kann und eingegriffen hat, herausgestellt und die Probleme unterstrichen, die auf nationaler Ebene gelöst werden müssen. Das gestern in Aktion getretene italienische Verfassungsgericht hat sehr deutlich gezeigt, was dies bedeutet.

Nun hat es seitens dieses Parlaments einige sehr klare Forderungen gegeben, auf die ich antworten möchte, wenn das Parlament freundlicherweise zuhören würde.

(Die Präsidentin bittet nochmals um Ruhe im Plenarsaal)

Dieses Parlament fordert ein Anstreben des versprochenen Ansatzes der Medienvielfalt. Bei der Arbeit zum Thema Medienvielfalt sind bereits wesentliche Fortschritte erzielt worden und wir haben den zweiten Arbeitsschritt mit den Risikoidikatoren für Medienvielfalt veröffentlicht. Vielleicht habe viele Parlamentarier diese nicht gesehen. Sie stehen im Internet, sie können eingesehen werden und sind ein sehr wichtiges Element, das uns in die Lage zu versetzt, diese vom Parlament geforderte objektive Arbeit zum Thema Medienvielfalt zu leisten.

Ich muss sagen, dass ich sehr enttäuscht war, da wir einen öffentlichen Workshop hierzu abgehalten hatten und kein einziger Parlamentarier aufgetaucht ist, um an dem Workshop teilzunehmen. Nun, die Risikofaktoren sind jetzt veröffentlicht worden und können eingesehen werden. Sie werden die Grundlage für unsere zukünftige Arbeit darstellen.

Zweite Frage: warum aktiviert die Kommission im Fall von Italien nicht Artikel 7 des EU-Vertrages? Erstens ist Artikel 7 eine Ausnahmebestimmung besonderer Art. Sie ist bisher noch nie von den Gemeinschaftsorganen umgesetzt worden. Diese Klausel würde nur dann Anwendung finden, wenn es einen totalen Zusammenbruch der nationalen Zuständigkeitsordnungen und Grundrechtssysteme in einem Mitgliedstaat gäbe. Ich glaube nicht, dass wir in einem unserer Mitgliedstaaten an einem solchen Punkt angelangt sind. Aber – und das ist sehr interessant – es steht in dem Artikel, dass das Parlament selbst die Möglichkeit hat, Artikel 7 des EU-Vertrages umzusetzen. Daher rufe ich das Europäische Parlament auf, Artikel 7 des EU-Vertrages umzusetzen, wenn es wirklich der Meinung ist, dass die Beweise ausreichen.

Dritte Frage: viele Parlamentarier aller politischer Parteien – und ich glaube, dieses Parlament ist sich hier relativ einig – haben eine EU-Richtlinie über Medienvielfalt und Medienkonzentration gefordert.

(Die Präsidentin bittet nochmals um Ruhe im Plenarsaal)

Dies ist eine grundlegende Frage, die ausführlich diskutiert werden muss. Vielleicht erinnern Sie sich daran, dass die Europäische Kommission in den neunziger Jahren damit begonnen hat, an dem Entwurf für so eine Richtlinie zu arbeiten und Sie werden sich auch daran erinnern, dass alle Mitgliedstaaten, ohne Ausnahme, damals gegen eine solche Richtlinie waren, da man der Meinung war, dies läge außerhalb der Zuständigkeiten der EU.

Nun, vielleicht stellt sich die Situation heute anders dar und eine große Mehrheit der Mitgliedstaaten ist der Ansicht, dies könne unter die Zuständigkeiten der EU fallen. Natürlich könnte man diese sehr großzügige Interpretation des Vertrages letztlich vertreten, um der EU die Auseinandersetzung mit dieser Frage zu ermöglichen. Aber bevor überhaupt mit dieser Überlegung angefangen wird, müsste die Kommission die solide Unterstützung des gesamten Europäischen Parlaments genießen. Weiterhin möchte ich, dass das Europäische Parlament klar festlegt, welche Probleme des Binnenmarkts es mit einer solchen Richtlinie angehen möchte.

Wie sie wissen, bin ich nicht die Art von Kommissarin, die mit dem Treffen von Regelungen Probleme hat. In den letzten fünf Jahren habe ich an den Stellen, wo es notwendig war, Regelungen eingeführt. Um dies zu tun, benötigen wir jedoch klare Aussagen zu den Fragen, die wir beantworten wollen. Würden Rechtsvorschriften die Probleme lösen, die Sie alle heute bewegen? Könnten wir sie angesichts der bestehenden Zuständigkeiten der EU rechtfertigen? Gibt es eine klare grenzüberschreitende Dimension? Gibt es eine klare Binnenmarktdimension, denn – erinnern Sie sich daran – die Rechtsvorschriften, die wir bereits auf den Tisch gelegt haben, bestanden ausschließlich auf der rechtlichen Basis des Binnenmarktes.

All diese Fragen müssten geklärt werden, bevor wir einen Rechtssetzungsprozess anstoßen könnten. Daher fordere ich das Parlament auf, diese Angelegenheit ernsthaft zu diskutieren und ich fordere das Parlament auf, diese Frage mit einem eigens initiierten, von einer Mehrheit der Mitglieder angenommenen Bericht zu beantworten. Dann wird die Kommission einen Schritt weitergehen.

In der Zwischenzeit hat die Kommission ihre Hausaufgaben gemacht, indem sie die Risikoidikatoren ermittelt hat, die uns dabei helfen werden, das gesamte Problem in allen Mitgliedstaaten auf einer objektiven Grundlage zu analysieren. Ich glaube das ist es, was das Parlament letztendlich möchte. Das ist es auch, was die anderen Organe möchten, denn wir wollen keine politische Ausnutzung unserer Grundfreiheiten. Wir möchten, dass diese Freiheiten ein Recht sind; wir möchten, dass diese Freiheiten ein Grundwert sind und als ein solcher behandelt werden.

(Beifall)

Die Präsidentin. – Frau Kommissarin, ich entschuldige mich im Namen des Parlamentes für den Lärm während ihrer Er widerungsrede auf die Äußerungen der Mitglieder.

Martin Schulz (S&D). – Frau Präsidentin! Bevor ich meine persönliche Bemerkung mache, möchte ich zunächst zur Geschäftsordnung eine Bemerkung machen. Ich glaube, dass es einem Mitglied der Kommission oder des Rates, auch einem Mitglied des Parlaments nicht zuzumuten ist, unter Umständen zu reden, wie sie das Haus gerade Frau Reding zugemutet hat. Das geht nicht!

(Beifall)

Deshalb bitte ich das Präsidium dieses Hauses, darüber nachzudenken, wie man diese unwürdige Situation beenden kann, dass während der letzten Phasen von Debatten und während noch laufender Erklärungen hier Gespräche geführt werden wie z. B. zwischen dem Vizepräsidenten Vidal-Quadras und seinem früheren Fraktionskollegen da oben, die sich absolut für nichts anderes interessieren als für ihre bilateralen Unterhaltungen. Das geht meiner Meinung nach nicht! Ich bitte nochmals, dass das Parlamentspräsidium darüber nachdenkt.

Dann möchte ich eine Bemerkung zu einer Äußerung des Kollegen Weber machen. Der Kollege Weber hat mich persönlich angesprochen in der Debatte über die Pressefreiheit in Italien und hat dabei die Medienbeteiligung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erwähnt.

(Unruhe)

Ich möchte als Abgeordneter dieses Hauses, aber auch als Mitglied des Vorstands meiner Partei, dazu Folgendes feststellen: Ich habe Verständnis für den Kollegen Weber. Wer so viele Stimmen verloren hat wie die CSU und meine Partei, der muss natürlich für Aufmerksamkeit sorgen.

(Unruhe)

Ich möchte nur feststellen: Die Medienbeteiligungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in ihrer heutigen Form sind ein Resultat der Restituierung der deutschen Medien nach der Enteignung durch die Nazis und die Kommunisten in der DDR. Auf diese Medienbeteiligung sind wir deutschen Sozialdemokraten stolz! <BRK>

Joseph Daul (PPE). – (FR) Frau Präsidentin, ich möchte nur noch einen weiteren Punkt ansprechen, der das gesamte Parlament angeht: am Dienstag, den 18. September wurde Frau Niebler beim Verlassen des Europäischen Parlaments um 23.00 Uhr brutal angegriffen; sie wurde auf den Boden geworfen. Ihr Telefon, ihre Kreditkarten und all ihre Papiere wurden gestohlen. Noch gravierender ist, dass ein belgischer Restaurantbesitzer ihr zu Hilfe kam und den Krankenwagen und die Polizei rief. Eine halbe Stunde später kam der Krankenwagen, um Frau Niebler zu behandeln. Gut und schön. Eine halbe Stunde danach war die Polizei immer noch nicht da. Wir warten immer noch auf sie. Daher fordere ich den Präsidenten auf, hier aktiv zu werden, im Parlament, denn dies ist nun der dritte Angriff, den die Polizei nicht weiterverfolgt hat. In dieser Stadt ist die eigene Sicherheit nicht gewährleistet ...

(Beifall)

... noch ist sichergestellt, dass die Behörden reagieren. Ich fordere ein beherztes Einschreiten des Parlamentspräsidenten, um eine Reaktion auf diesen Angriff zu erhalten.

(Beifall)

Die Präsidentin. – Herr Daul, wie Sie gesagt haben, hat es zu vielen Gelegenheiten Vorfälle dieser Art gegeben und ich sehe diese daher sicherlich als inakzeptabel an.

Die Aussprache ist beendet.

Die Stimmabgabe findet in der zweiten Sitzungsperiode im Oktober statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 149)

Véronique Mathieu (PPE), schriftlich. – (FR) Es ist sehr schwierig für ein MdEP mitzuerleben, dass auf eine Demokratie wie Italien mit dem Finger gezeigt wird, denn darauf zielt diese Aussprache ab. Die Pressefreiheit ist eine in Artikel 21 der italienischen Verfassung fest verankerte Grundfreiheit. Es gibt in Italien private und öffentliche Zeitungen, die alle politischen Richtungen widerspiegeln.

Aus Respekt vor Tausenden von Menschen, die in vielen Ländern der Erde unter Unterdrückung und nicht vorhandener freier Meinungsäußerung leiden, ist es geschmacklos, die italienische Regierung als ein anti-freiheitliches Regime zu beschreiben. Zudem gehört es zu den Grundmerkmalen von Rechtsstaaten, jedem Bürger, der glaubt, ihm wurde Unrecht getan, Zugang zur Rechtspflege zu gewähren. Daher bestätigt die Tatsache, dass ein in den nationalen Zeitungen verleumdeter Premierminister der Republik den legalen Weg gewählt hat, um seine Gegner anzugreifen, anstatt sich anderer Wege zu bedienen, wie sie für undemokratische Regimes bezeichnend sind, den guten Zustand der italienischen Demokratie.

Abschließend ist es sehr wichtig zu betonen, dass das Europäische Parlament nicht zu einem Plenarsaal werden darf, in dem strittige nationale Fragen, die keinerlei Verbindung zu den Gemeinschaftszuständigkeiten haben, geklärt werden. Nationale Debatten müssen auf nationaler Ebene geklärt werden!

Iosif Matula (PPE), schriftlich. – (RO) Meinungsfreiheit ist in den demokratischen Kriterien, die wir als Grundlage für die Europäische Union festgelegt haben, fest verankert. Jeder Mitgliedstaat muss sich seiner Verantwortung stellen und die Kopenhagener Kriterien erfüllen, auch im politischen Bereich. Ich bin jedoch der Meinung, dass die europäischen Organe keinesfalls als ein Forum für die Beilegung interner politischer Streitigkeiten benutzt werden dürfen. Wir diskutieren heute über Angelegenheiten, die zur Innenpolitik eines Mitgliedstaates gehören, solange dieser funktionierende demokratische Organe hat. Ich persönlich unterstütze absolute Pressefreiheit ohne Wenn und Aber. Gleichzeitig bedeutet diese Freiheit für jedes Redaktionsteam die Übernahme der größtmöglichen Verantwortung dafür, die Öffentlichkeit mit korrekten Informationen zu beliefern. In diesem Plenarsaal wurden strengere Regelungen über Konzentrationen von Medieneigentum und über Medienvielfalt auf Gemeinschaftsebene gefordert. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass Mitgliedstaaten ihre Ablehnung einer solchen Richtlinie zum Ausdruck gebracht haben, da dies nicht unter den Zuständigkeitsbereich der EU fällt. Die Europäische Union hat nichtsdestotrotz eine Liste von Indikatoren für Medienvielfalt auf der Grundlage einer unabhängigen Studie veröffentlicht. Meiner Meinung nach ist es wichtig für uns, diesen Kriterien größere Bedeutung beizumessen und sie als Ausgangspunkt für eine zukünftige Richtlinie in diesem Bereich zu verwenden. Es ist ebenfalls wichtig für uns, den Versuch einer Lösungsfindung zu unternehmen, anstatt Anschuldigungen zu erheben.

Tiziano Motti (PPE), schriftlich. – (IT) Zu verkünden, dass in Italien Informationsfreiheit verwehrt wird, stellt einen instrumentellen und opportunistischen Angriff auf eine der größten westlichen Demokratien dar. Informationsfreiheit wird in den Ländern verwehrt, in denen diktatorische Regimes die Menschen im Staat daran hindern, ihre Kenntnisse des Tagesgeschehens durch die Wahl der ihrer Meinung nach glaubwürdigsten Quelle zu erweitern. Heute hat das Internet die Tugend, in traditionell demokratischen Ländern wie Italien jegliche den Zugang zu Informationen verhindernde politischen, geographischen, wirtschaftlichen und sozialen Barrieren niederzureißen. In bestimmten Ländern wird das Internet jedoch gefiltert und der Zugang zu vielen als regierungsfeindlich angesehenen Webseiten verwehrt. Dort kommen Bürgerrechte wie die Meinungsfreiheit, freie Wahl des Ehepartners und Demonstrationsfreiheit, deren Bedeutung wir im Westen gar nicht mehr erfassen, weil wir so daran gewöhnt sind, nicht einmal annähernd an das Konzept der Unveräußerlichkeit heran, das unsere Verfassung uns gewährt, weil sie schlicht und ergreifend einfach nicht existieren. Das Europäische Parlament muss ein Ort der Entwicklung, der Aussprachen und des Austausches empfehlenswerter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten sein. Es kann nicht auf eine elitäre Theaterkulisse reduziert werden, wo bei freiem Eintritt die Premieren irgendwelcher kleinen, alten Provinztheaterproduktionen angesetzt werden. Wenn die Aussprache über die Pressefreiheit in Europa im Europäischen Parlament abgehalten werden muss, dann soll es so sein, aber sie sollte konstruktiv und dem repräsentativen Organ, dem wir mit Stolz angehören, würdig sein.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), schriftlich. – (RO) „Die Freiheit der Presse ist lebenswichtig für eine demokratische Gesellschaft. Journalistische Medien aller Art zu achten und zu schützen, ihre Vielfalt sowie ihre politischen, sozialen und kulturellen Aufgaben zu respektieren, ist Auftrag aller staatlichen Macht.“ So steht es in Artikel 1 der Europäischen Charta für Pressefreiheit. Scheinbar trotz Herr Berlusconi nicht nur einem der Grundrechte demokratischer Gesellschaften, sondern er nutzt auch den ihm zur Verfügung stehenden Einfluss, um die öffentliche Meinung zu manipulieren. In Italien und auch in anderen Ländern gehört ein großer Teil der Zeitungen Einzelpersonen, die von bestimmten Politikern kontrolliert werden, welche die Führungspolitik für sie festlegen, von der nicht abgewichen werden kann. In anderen Ländern verwendet die Regierung das Geld der Steuerzahler, um ihrer eigenen Unterstützung dienende Zeitungen zu finanzieren. In der Europäischen Union, die sich für Demokratie einsetzt und demokratische Werte auf der ganzen Welt propagiert, dürfen wir keine Einschränkungen der Pressefreiheit zulassen. Darum fordere ich die Europäische Union dazu auf, in naher Zukunft eine Richtlinie zur Pressefreiheit vorzuschlagen, die

insbesondere darauf abzielt, die politische Einflussnahme auf die Massenmedien zu beschränken und die Errichtung von Monopolen in diesem Bereich zu verhindern.

VORSITZ: Diana WALLIS

Vizepräsident

6. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

7. Abstimmungsstunde

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll.)

7.1. Inanspruchnahme des EU-Solidaritätsfonds: Italien, Erdbeben in den Abruzzen (A7-0021/2009, Reimer Böge) (Abstimmung)

7.2. Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten in Strafverfahren (A7-0011/2009, Renate Weber) (Abstimmung)

– Vor der Abstimmung:

Renate Weber (ALDE). – Frau Präsidentin, in Änderungsantrag 6 zur Erwägung 18 wird am Satzende Folgendes hinzugefügt: „außer es ist strengstens erforderlich für die Prävention und das Lösen von Kompetenzkonflikten bei der Anwendung dieses Rahmenbeschlusses“.

(Der mündliche Änderungsantrag wird angenommen)

7.3. Benennungen in den Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise (Abstimmung)

7.4. G20-Gipfel in Pittsburgh (24./25. September 2009) (Abstimmung)

– Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 13:

Sven Giegold (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, wir möchten gerne folgenden mündlich geänderten Text in Änderungsantrag 13 einfügen: „Drängt zur Entwicklung einer Land-für-Land-Berichterstattung, die einen umfassenden Überblick jeder Muttergesellschaft von einer Gruppe von Investoren, Stakeholdern und Steuerbehörden liefert, und dadurch einen effektiveren und transparenten internationalen Überblick über Steuerbeschlüsse vereinfacht“.

(Der mündliche Änderungsantrag wird angenommen; Änderungsantrag 13 wird abgewiesen)

7.5. Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise für die Entwicklungsländer und die Entwicklungszusammenarbeit (Abstimmung)

Präsident. – Damit ist die Abstimmung beendet.

8. Stimmerklärungen

– Mündliche Erklärung zur Abstimmung:

– Bericht: Renate Weber (A7-0011/2009)

Jan Březina (PPE). – (CS) Frau Präsidentin, Tschechien gehörte zu denjenigen, die die Einreichung des Entwurfs des Rahmenbeschlusses des Rates zur Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten in

Strafverfahren initiiert haben, und das zeigt, dass Tschechien der justiziellen Zusammenarbeit beträchtliche Wichtigkeit beimisst. Angesichts des sensiblen Themas ist es jedoch erforderlich, sicherzustellen, dass diese Zusammenarbeit innerhalb der Grenzen der im Gründungsvertrag verankerten Amtsbefugnis der Europäischen Union agiert. Das geschieht in diesem Fall. Der Schwachpunkt andererseits ist eine relativ ausgeprägte Allgemeinheit zum Beispiel im Fehlen von Abgabeterminen für eine Antwort einer ersuchten Behörde und dem Mangel an Kriterien zur Festlegung der für die Abwicklung von Strafverfahren geeignetsten Justizbehörde. Ein anderer Wermutstropfen ist die schwache Integration mit Eurojust, die eigentlich im Mittelpunkt hätte stehen sollen. Als das Organ für Europäische Zusammenarbeit in justiziellen Angelegenheiten gibt es ein brachliegendes weitaus größeres Potenzial für Eurojust als die Rolle, die es im Entwurf des Rahmenbeschlusses spielt, der nicht einmal den Anspruch stellt, Eurojust zu informieren, wenn Strafverfahrensfragen grenzüberschreitender Kriminalität in einem einzelnen Mitgliedstaat gelöst werden.

Philip Claeys (NI). – (NL) Frau Präsidentin, ich habe gegen diesen Bericht gestimmt, aber nicht, weil ich gegen den Austausch von Informationen zwischen den Behörden der Länder bei Strafverfahren bin. Es ist eine gute Idee, herauszufinden, ob es in anderen Mitgliedstaaten parallel laufende Verfahren zu den gleichen Fakten gibt.

Wogegen ich mich allerdings sehr stark wehre, ist der föderalistische Tenor der verschiedenen Änderungsanträge. Nehmen Sie zum Beispiel den Änderungsantrag 3, der ausdrücklich jedem Mitgliedstaat die Fähigkeit abspricht, entscheiden zu können, welche Behörden kompetent sind. Ich bin überhaupt nicht gegen Eurojust, aber es darf nicht zu einer „Über-Institution“ werden.

**- Gemeinsamer Entschließungsantrag: G20-Gipfel in Pittsburgh (24.-25. September)
(RC-B7-0082/2009)**

Zigmantas Balčytis (S&D). – Frau Präsidentin, ich habe für die Entschließung gestimmt. Ich freue mich zu sehen, dass sowohl Europa als auch die mächtigsten Länder den Ernst der Lage, in der wir uns alle befinden, nicht unterschätzen und nicht nach einer „Universallösung“ suchen. Die Krise wurde von einer Reihe komplexer und miteinander in Beziehung stehender Faktoren ausgelöst, und es wird keinen einfachen Ausweg geben.

Die globale Finanzkrise gab uns auch eine gute Möglichkeit, unsere Prioritäten und Handlungen zu überdenken, besonders im Langzeitmanagement des nachhaltigen Wirtschaftsaufschwungs. Wir haben unseren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber Verpflichtungen zu erfüllen und sie stellen die Erwartungen an uns, dass wir unsere Wirtschaft wieder in Gang bringen, und zwar richtig, mit Blick darauf, das effektive Funktionieren der Kapitalmärkte und des Kreditwesens sicherzustellen, das Problem der Arbeitslosigkeit anzugehen und Arbeitsplätze zu schaffen und unser Volk zu schützen, besonders die Ärmsten und Schwächsten. Es wird nicht leicht werden, aber ich glaube, dass wir uns in die richtige Richtung bewegen.

Daniel Hannan (ECR). – Frau Präsidentin, wir schlagen sehr ernsthaft vor, es zu verschärfen. Die Ursache der Finanzkrise war exzessives Einschreiten des Staates: zunächst in dem Sinne, dass Zinssätze absichtlich für zu lange zu niedrig gehalten wurden, eher eine politische Entscheidung als eine Entscheidung des Marktes – eine, an der alle Zentralbanken mitschuldig waren –, und dann im Sinne, dass erst letztes Jahr die Gesetzgeber die Kreditgeber dazu drängten, mehr günstige Kredite zur Verfügung zu stellen.

Dann kommen die G20-Führer zusammen und sagen „Was ist die Lösung? Ein erhöhtes Einschreiten des Staates.“ Ich vermute, es ist, wie Mark Twain einst sagte, wenn man nichts außer einem Hammer besitzt, dann fängt alles andere an auszusehen wie ein Nagel. Aber die Wahrheit ist, dass jede Aktion, die sie unternommen haben, bestenfalls nutzlos war und schlimmstenfalls aktiv unsere Situation verschlechtert hat: die Beihilfen, die Verstaatlichungen, der Vorwand gegen Steueroasen vorzugehen (womit sie tatsächlich Länder meinen mit wettbewerbsfähigeren Steuersätzen als ihren) und die massive Ausdehnung der Zuständigkeit des Staates unter dem Vorwand der „Kontingenz“. Und jetzt wollen wir das ganze Finanzsystem reformieren. Ich schließe mit den Worten meines verstorbenen Landsmanns Herrn Richter Asprey: „Reform? Ist es nicht schon schlimm genug?“

Lena Ek (ALDE). – Frau Präsidentin, ich habe zwei Bemerkungen zu der jüngsten Abstimmung zum G20-Gipfel in Pittsburgh zu machen. Ich bedauere, und ich denke, es ist bedauerlich, dass es in dieser Entschließung und auch im Material vom G20-Gipfel so wenig um die Bewältigung der Klimakrise geht. Auch die Tobin-Steuer wird erwähnt, die, wie ich denke, ein neuer Weg sein kann, beides zu finanzieren, die Entwicklungshilfe und Entwicklungsländern zu helfen, wenn es zu Klimafragen kommt.

Der Grund dafür, warum ich zu den Änderungsanträgen nicht mit „Ja“ gestimmt habe, ist, weil sie sehr altmodisch formuliert waren, so, als ob wir eine Diskussion über die Tobin-Steuer vor 20 Jahren führten. Eine moderne Diskussion, ob dies eine neue Finanzierungsquelle für die Vereinten Nationen ist, zielt auf etwas anderes ab, und ich komme hoffentlich später im Plenarsaal darauf zurück.

- Entschließungsantrag: Die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer und die Entwicklungszusammenarbeit (B7-0078/2009)

Zigmantas Balčytis (S&D). – Frau Präsidentin, ich habe diese Entschließung unterstützt, weil ich glaube, dass es für alle Mitwirkenden an der Zeit ist, ihre Verantwortung zu übernehmen und ihre Verpflichtungen den Entwicklungsländern gegenüber zu erfüllen. Es stimmt, dass die globale Wirtschafts- und Finanzkrise sogar die Wirtschaft der Industrieländer heftig getroffen hat, wir dürfen aber nicht vergessen, dass sie die ärmsten Länder noch viel stärker getroffen hat. Wir sollten im Hinterkopf behalten, dass es nicht die Entwicklungsländer waren, die die Krise verursacht haben, dass aber sie jetzt diejenigen sind, die die meiste Last tragen.

Die Umsetzung der Millennium-Ziele ist nun ernsthaft gefährdet. Ich heiße es sehr willkommen, dass die G20 eine kollektive Verantwortung anerkennen, und ich erwarte, dass ihre Versprechen in die Tat umgesetzt werden.

Krisztina Morvai (NI). – Frau Präsidentin, ich habe diesen Bericht unterstützt, weil ich denke, dass es ein neues Paradigma in dieser Welt geben muss – ein neues Paradigma, bei dem wir uns von komplett geld- und profitgesteuerten Entscheidungen weg bewegen hin zu Entscheidungen, die sich auf den Menschen und die Gemeinschaft konzentrieren, und von der Logik des Wettbewerbs zur Logik der Gerechtigkeit.

Dieser Bericht ist meiner Ansicht nach zumindest ein Anfang. Ich sage nicht, dass er das neue Paradigma voll unterstützt, aber er enthält zumindest die Grundlage für ein neues Paradigma, insbesondere in Paragraph 2, in dem es heißt: „Glaubt, dass es einen dringenden Bedarf für radikale politische Reformen gibt, die die Ursachen im System für die Nahrungsmittelknappheit und die Finanzkrise angehen, indem neue demokratische, transparente Bestimmungen für den internationalen Handel und das internationale Finanzsystem in Kraft gesetzt werden“.

Ich glaube und hoffe doch, dass wir das sehr ernst nehmen. Es gibt fundamentale Ursachen für diese Krise und wir müssen uns diese Ursachen wirklich systematisch und radikal ansehen. Wir brauchen ein radikal neues Paradigma.

Siiri Oviir (ALDE). – (ET) Herr Präsident, ich habe zugunsten dieser Entschließung gestimmt. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat in der Tat alle Länder getroffen, aber sie hatte besonders verheerende Auswirkungen auf die ärmsten. Die Krise hat alle ihre Quellen der Finanzierung negativ beeinflusst und sie sind nicht in der Lage aufrechtzuerhalten, was sie ohne ausländische Hilfe erreicht haben.

Die Krise ist eine Bedrohung für die Millennium-Ziele, die für 2015 angesetzt sind. Daher unterstützte ich den Plan, früher als geplant war, die 8,8 Mrd. EUR Entwicklungshilfe für Haushaltshilfe und rasche Maßnahmen für die Landwirtschaftsfinanzierung zu realisieren, und den Vorschlag, 500 Mio. für Sozialhilfeausgaben bereitzustellen. Ich habe nicht die Artikel in dieser Entschließung bezüglich der Tobin-Steuer unterstützt.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – (ES) Frau Präsidentin, ich habe für die Entschließung gestimmt und auch für die Änderungsanträge, um die Tobin-Steuer einzubringen.

Dies war aus Gründen persönlicher Stimmigkeit, weil, als ich damals, 2002, Mitglied des baskischen Parlaments war, es eine Entschließung verabschiedete, die besagte, dass wir es für erforderlich hielten, das Phänomen internationaler Kapitalbewegungen zu lösen, in Übereinstimmung mit ihrem sozialen und wirtschaftlichen Einfluss in der Welt, dass wir Kriterien und Mechanismen einführen sollten, um einige Mechanismen zur Überwachung und zum Beitrag menschlicher Entwicklung bereitzustellen und um Ungleichheiten zwischen Völkern, sozialen Sektoren und zur Umweltbilanz zu überwinden und, dass wir eine Verpflichtung hätten, Mechanismen einzurichten, um spekulative Kapitalbewegungen zu begrenzen.

Genauso glaubten wir, dass wir die Pflicht hatten, zur Entwicklung von Vorschlägen beizutragen, um mit der demokratischen Kontrolle und den sozialen Auswirkungen internationaler Kapitalbewegungen umzugehen. Wir legten auch die Grundlage und signalisierten die erforderliche Zustimmung dafür, ganz dringend die so genannte „Tobin-Steuer“ einzuführen, die eine Steuer auf internationale, für die

Entwicklungshilfe vorgesehene Finanztransaktionen ist, sowie demokratische Mechanismen zur Regulierung des internationalen Systems einzuführen.

Es sind nun einige Jahre ins Land gegangen seit das baskische Parlament diese Entscheidung angenommen hat, und ich bin froh, dass das Europäische Parlament eine EntschlieÙung angenommen hat, die dieselbe Richtung verfolgt.

Daniel Hannan (ECR). – Frau Präsidentin, darf ich Ihnen dazu gratulieren, wie sicher und gewandt, scharfsinnig und sensibel Sie die Vorrechte des Vorsitzes ausgeübt haben.

Seit fünfzig Jahren verursachen der europäische Wirtschaftsverkehr und die Agrarpolitik vermeidbare Armut in der Dritten Welt. Wir haben gleichzeitig landwirtschaftliche Erzeugnisse von Ländern, deren landwirtschaftlicher Export häufig ihre Haupteinnahmequelle ist, verbannt und, als sei dies nicht schon schlimm genug, ihre Märkte mit unseren eigenen Überschüssen ineffektiverweise überschwemmt. Dann haben wir versucht, mit massiven Hilfeprogrammen unser Gewissen zu erleichtern; zu einer Verbesserung der Bedingungen dieser Länder haben sie aber nicht beigetragen, sondern haben im Gegensatz den Demokratisierungsprozess durch Missachtung des Unterschiedes zwischen Mitspracherecht und Besteuerung in weiten Teilen der Welt aufgehalten.

Hier ist etwas, was wir schon morgen tun könnten und das einen unmittelbaren, gutartigen und transformativen Effekt in diesen Ländern haben würde: wir können die gemeinsame Agrarpolitik abschaffen. Das Beste ist, es würde uns nicht einmal einen Cent kosten. Ganz im Gegenteil! Unsere Landwirte wären besser dran, unsere Landschaft würde besser gepflegt, unsere Steuern wären niedriger und die Nahrungsmittelpreise würden fallen, was wiederum die Inflation verringern und die Lage der Weltwirtschaft im Allgemeinen verbessern würde.

Und falls Sie denken, ich hätte das vergessen, ich habe mich nicht erweichen lassen und bin immer noch der Meinung, dass wir ein Referendum zum Vertrag von Lissabon brauchen: *Pactio Olisipiensis censenda est*.

Philip Claeys (NI). – (NL) Frau Präsidentin, die Scheinheiligkeit und Widersprüchlichkeit dieses Hauses versetzen mich doch immer wieder in Erstaunen. Auf der einen Seite stellt diese EntschlieÙung zu Recht fest, dass es eine Schande ist, dass die besten und qualifiziertesten Menschen die Entwicklungsländer verlassen und diese Abwanderung der Fachkräfte („Brain-Drain“) der Wirtschaft ihres Landes Schaden zufügt. Andererseits gibt es quer durch alle Fraktionen hier in diesem Haus Unterstützung für die EU-„Blue Card“ und die EU-Aufnahmezentren für legale Zuwanderung in Afrika: das sind die Dinge, die diesen „Brain-Drain“ verursachen und aufrechterhalten. Insgesamt zeigt doch die Realität, dass „Pendelmigranten“ in Europa bleiben. Aber es gibt auch noch zahlreiche andere Gründe, warum ich gegen die EntschlieÙung gestimmt habe, wie zum Beispiel die Befürwortung für immer mehr EU-Entwicklungshilfe. Wenn Europa überhaupt eine Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit spielen muss, dann sollte dies als Koordinator unter den Mitgliedstaaten sein und nicht als Geber.

Edward Scicluna (S&D). – (MT) Die meiste Arbeit, die dieses Parlament und andere Regierungen in diesem Bereich leisten, ist wie „den Brand löschen“. Bemühungen um Prävention werden angesichts des Klimawandels gemacht. Als eine Form der Prävention müssen wir aber auch etwas gegen Unterentwicklung tun. Viele der Einwanderungsprobleme, die wir haben, sind nicht politisch motiviert, sondern wirtschaftlich, besonders im Mittelmeerraum, und deshalb müssen wir Hilfestellung geben, um zu verhindern, dass dieses Problem immer größer wird.

- *Schriftliche Stimmerklärungen:*

- **Bericht: Reimer Böge (A7-0021/2009)**

Elena Oana Antonescu (PPE), schriftlich. – (RO) Ich habe - aus humanitären Erwägungen für ein Land in Not - zugunsten Italiens Antrag auf Hilfe für den Zugriff auf Gelder aus dem EU-Solidaritätsfonds für den Wiederaufbau der weitgehend durch das Erdbeben von April 2009 zerstörten Abruzzo-Region gestimmt. Wenn man bedenkt, warum dieses Instrument auf EU-Ebene existiert, nämlich, um mit Naturkatastrophen fertig zu werden und den von der Katastrophe betroffenen Gebieten Solidarität zu beweisen, dann möchte ich darauf aufmerksam machen, dass schneller wirksamere Verfahren, die den betroffenen Staaten die angefragten Gelder zur Verfügung stellen, erforderlich sind.

Louis Bontes, Barry Madlener und Laurence J.A.J. Stassen (NI), *schriftlich*. – (NL) Die niederländische Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) ist für Nothilfe, aber jeder einzelne Mitgliedstaat sollte diese Hilfe zur Verfügung stellen, nicht die Europäische Union.

David Casa (PPE), *schriftlich*. – Das Erdbeben in Italien im April 2009 hat großen Schaden angerichtet. Daher hat die Kommission die Inanspruchnahme des ESF zugunsten Italiens vorgeschlagen. Die Ereignisse in Italien waren wirklich tragisch. Ich stimme daher damit überein, dass die Inanspruchnahme des ESF gerechtfertigt ist und habe mit „Ja“ gestimmt.

Edite Estrela (S&D), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für den Böge-Bericht zur Inanspruchnahme des EU-Solidaritätsfonds zugunsten Italiens gestimmt, weil ich glaube, dass die Europäische Union auf Italiens Bitte um Hilfe so schnell wie möglich reagieren muss, um die tragischen Folgen des Erdbebens im April 2009 in den italienischen Abruzzen, das 300 Menschen das Leben kostete und verheerenden Schaden anrichtete, zu mildern.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich hatte bereits die Gelegenheit mich dahingehend zu äußern, dass ich glaube, dass Solidarität zwischen Mitgliedstaaten und insbesondere europäische Unterstützung für Länder, die Opfer von Naturkatastrophen wurden, ein deutliches Zeichen darstellen, dass die Europäische Union nicht mehr länger nur eine Freihandelszone ist. Durch die Verabschiedung besonderer Hilfeinstrumente wie dem EU-Solidaritätsfonds demonstriert die EU, dass sie in der Lage ist, die Einheit in Notzeiten, in Situationen, die menschlich und materiell ihr Äußerstes abverlangen, aufrechtzuerhalten. Ich muss daher nochmals die Inanspruchnahme des EU-Solidaritätsfonds begrüßen und meine Unterstützung in dieser Angelegenheit ausdrücken, den Erdbebenopfern von April 2009 in den italienischen Abruzzen zu helfen.

Ich möchte wiederholen, dass ich hoffe, dass der EU-Solidaritätsfonds nicht zu oft in Anspruch genommen wird – womit ich meine, dass Europa nicht sehr viele schlimme Notsituationen erleiden sollte –, aber auch, dass ich mir wünsche, dass seine Struktur und Verfügbarkeit zunehmend verbessert und regelmäßig beurteilt werden, um jedem potenziell realen Bedarf schnell und unbürokratisch nachzukommen.

João Ferreira (GUE/NGL), *schriftlich*. – (PT) Der Bericht billigt den EU-Solidaritätsfonds zugunsten von Italien infolge des Erdbebens von April, in dem 300 Menschen das Leben verloren und erheblicher Sachschaden entstand. Die Schätzungen des unmittelbaren, durch das Erdbeben verursachten Gesamtschadens belaufen sich auf mehr als 10 Mio. EUR, es wird damit gemäß der Interventionskriterien des Fonds als „größere Naturkatastrophe“ klassifiziert und fällt als solche in den Hauptanwendungsbereich der Rechtsgrundlage.

Die Kommission schlägt daher die Inanspruchnahme des EU-Solidaritätsfonds mit einer Summe von 493 771 159 Euro vor. Lassen Sie uns nicht vergessen, dass die vorgeschlagene Änderung der Verordnungen, die diesen Fonds einrichtet und von der Kommission eingereicht und vom Parlament im Mai 2006 abgelehnt worden ist, immer noch im Rat aussteht.

So wie wir es sehen, ist es unter anderem wichtig, sicherzustellen, dass regionale Katastrophen berechtigt bleiben, oder sogar zu gewährleisten, dass die Spezifität der Naturkatastrophen, unter denen der Mittelmeerraum leidet, erkannt wird und dieser Fonds den besonderen Bedürfnissen bei Naturkatastrophen wie Dürren und Bränden – hinsichtlich der Reaktionszeiten und förderfähiger Maßnahmen – angepasst wird.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *schriftlich*. – (RO) Ich habe heute zugunsten des Böge-Berichts für die Inanspruchnahme des Solidaritäts-Fonds für Italien gestimmt. Ich begrüße die Tatsache, dass dieser Bericht trotz aller Schwierigkeiten auf der Tagesordnung stand. Das Verwaltungsorgan des Parlaments muss zukünftig mit Situationen rechnen, wie wir sie heute haben. Technische Gründe können kein Vorwand dafür sein, eine Abstimmung zu Berichten zu verschieben, die ernst zu nehmende Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger Europas haben. Die Europäische Kommission muss die Verfahren zur Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds überprüfen und dabei die schnellere Auszahlung von Beihilfen im Blick haben. Ein Vorauszahlungssystem muss eingerichtet werden, das auf einer unmittelbaren ersten Schätzung der direkten Verluste beruht. Die endgültige Zahlung muss dann auf Grundlage der endgültigen Berechnungen der direkten Verluste und der nachweislich als Folge der Katastrophe angenommenen Präventionsmaßnahmen geschehen.

David Martin (S&D), *schriftlich*. – Ich habe für den Änderungsantrag 7 gestimmt. Ich freue mich, dass die Stimmabgabe schnell organisiert werden konnte, und hoffe, dass die in Italien benötigten Finanzmittel so schnell wie möglich verfügbar gemacht werden, um schnelle und effektive Hilfe zu leisten.

Barbara Matera (PPE), *schriftlich*. – (IT) Ich möchte dem Parlament dazu gratulieren, auf meine gestrige Bitte hin, die Abstimmung zur Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds für das Erdbeben in den Abruzzen, das

im April statt fand und erheblichen Personen- und Sachschaden verursacht hat, blockiert zu haben. Es gab wirklich keinen Grund dafür - auch nicht für nur zwei Wochen -, eine Stimmabgabe, die derartig bedeutende Auswirkungen auf das Leben europäischer Bürgerinnen und Bürger in Schwierigkeiten hat, zu verschieben.

Die Europäische Kommission führte die vorläufige Untersuchung in aller Kürze durch und bewilligte Italien den exakten angefragten Betrag von 493 771 159 Euro. Das ist wahrscheinlich der bislang von diesem Fonds höchste bewilligte Betrag. Mit dieser Stimmabgabe zeigt das Parlament seine volle Solidarität und Einheit mit den betroffenen Menschen. Normalerweise dauert es durchschnittlich 18 Monate, die Gelder dieses Fonds zu mobilisieren. Dieses Mal haben wir die Phase der Konsultation im Parlament sehr schnell erreicht, wenn man bedenkt, dass das Erdbeben nur fünf Monate her ist. Ich hoffe daher aufrichtig, dass die Kommission und der Rat die Zeitpläne für den Rest des Verfahrens so kurz wie möglich halten und sicherstellen, dass Italien zum Jahresende auf die Gelder zugreifen kann.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), schriftlich. – Die Auswirkungen des Erdbebens in den Abruzzen waren verheerend und tragisch, und die Gelder, die wir heute bewilligt haben, können sicher nicht die schrecklichen Verluste an Menschenleben oder den durch diese Naturkatastrophe entstandenen Sachschaden in den Gemeinden wiedergutmachen. Dennoch werden die Gelder aus dem EU-Solidaritätsfonds der Region, auch auf lange Sicht, wirklich helfen sich zu erholen, und die Existenz und der effektive Einsatz dieses Fonds sind ein Zeichen der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Programme und Mechanismen, die praktische Maßnahmen liefern, machen uns als Union stärker und fähiger in der Bewältigung von Krisen, ganz gleich, ob es um Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs oder Naturkatastrophen geht. Wir sollten diese praktischen Maßnahmen weiterhin unterstützen, um Mitgliedstaaten in Zeiten großer Not Hilfe zur Verfügung stellen zu können. Die Politik ermöglicht uns, Ereignisse zu beeinflussen und zu kontrollieren, aber für solche Ereignisse wie Naturkatastrophen, die über den Bereich des politischen Lebens hinausgehen, können wir diese wichtigen Mechanismen entwickeln, die uns helfen, Krisen besser zu bewältigen.

Rafał Kazimierz Trzaskowski (PPE), schriftlich. – (PL) Angesichts einer Tragödie, bei der Menschen ihre nächsten Angehörigen verloren haben und in vielen Fällen ihren gesamten Besitz und eine schöne Stadt mit antiken Bauwerken zerstört wurde, gebietet es schlichtweg der Anstand, einen solchen Vorschlag zu unterstützen. Der EU-Solidaritätsfonds ist ein Beispiel für eine effektive, gemeinsame EU-Handlung für den Fall, wenn eines ihrer Mitglieder von solch einer Tragödie getroffen wurde. Der EU-Solidaritätsfonds ermöglicht das Leisten schneller Nothilfe und ist ohne Zweifel ein positives Zeichen für seine Bürger.

Derek Vaughan (S&D), schriftlich. – Ich begrüße die positive Abstimmung und die Freistellung von Geldern für die Erdbebenopfer in den Abruzzen. Unsere Reaktion auf Naturkatastrophen wie die Verwüstung, die wir in Italien erlebt haben, muss über den Bereich des politischen Alltags hinausgehen. Handeln, um den Opfern dieser Katastrophe zu helfen, ihr Leben, ihr Zuhause und ihre Zukunft wiederaufzubauen, ist sicher etwas, dem jedes Mitglied dieses Parlaments mit einem Funken Humanität zustimmen wird.

Der EU-Solidaritätsfonds erlaubt uns als Gemeinschaft zu handeln, um Elend und Leid zu lindern. Seit Einrichtung des Fonds hat er Menschen in über der Hälfte der Mitgliedstaaten der EU und in über 20 Katastrophen von Überschwemmungen bis zu Waldbränden, Dürren und Vulkanausbrüchen geholfen. Ich möchte auch bemerken, dass die Waliser unter denen waren, die in Folge der schrecklichen Überschwemmungen von 2007 von dem Fonds profitierten.

Es müssen allerdings auch die Einnahmen aus dem Fonds im Auge behalten werden, und es ist wichtig, dem Fonds seine eigenen Einnahmequellen zu lassen, damit andere Projekte nicht durch die Inanspruchnahme des Fonds beeinträchtigt werden.

Ich hoffe, dass dieses Geld irgendwie nicht nur für den Wiederaufbau von Gebäuden, sondern auch der zerstörten Gemeinschaften eingesetzt werden kann.

Bericht: Renate Weber (A7-0011/2009)

Elena Oana Antonescu (PPE), schriftlich. – (RO) Die Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit bei Strafverfahren zwischen Behörden mit parallelen Kompetenzen ist eine besonders wichtige Maßnahme. Wenn die zu einer strafbaren Handlung führenden Handlungen unter die Rechtsprechung von zwei oder mehreren Mitgliedstaaten fallen, müssen die Strafverfahren unter der geeignetsten Rechtsprechung geführt werden, bei der unerlässlich ist, dass in einer objektiven, transparenten Art und Weise ein gemeinsamer, einheitlicher Rahmen zur Wahl dieser Rechtsprechung geschaffen wird. Die erfolglose Antragstellung des *ne bis in idem*-Prinzips, das eine Sonderrolle im Konvent spielt, der das Schengen-Abkommen implementiert, verletzt Grundrechte und widerspricht der Zielsetzung der EU, einen gemeinsamen Raum von Freiheit,

Sicherheit und Gerechtigkeit zu schaffen. Der Bericht, dem ich zustimmte, untermauert die Garantie, dieses Prinzip im gesamten europäischen Rechtsraum und nicht nur als Teil nationaler Verfahren zu respektieren. Daher begrüße ich die Verabschiedung dieses Berichts in der gestrigen Sitzung.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), schriftlich. – (LT) Ich stimme für diesen Bericht, weil Fragen in Kompetenzkonflikten möglichst effektiv durch das Streben nach Konsens beigelegt werden müssen. Wir sollten uns darüber freuen, dass das *ne bis in idem*-Prinzip im Bereich der Gerichte der Mitgliedstaaten sichergestellt ist. Es ist bedauerlich, dass der Bericht keine Methoden festlegt, wie Kompetenzkonflikte gelöst werden sollen, indem er bestimmt, welcher Staat die Rechtsprechung ausüben soll. Die Rolle von Eurojust ist auch nicht klar definiert. Trotzdem ist dieser Bericht ein Anreiz dafür, nach weiteren wichtigen Entscheidungen in den Bereichen der Freiheit der Bürger, Gerechtigkeit und innenpolitischen Angelegenheiten zu streben.

David Casa (PPE), schriftlich. – In einer weiter globalisierten Welt und einer Situation, in der es 27 Mitgliedstaaten in der EU gibt, ist die Möglichkeit, dass es einige Konflikte in der Rechtsprechung gibt, groß und könnte Schwierigkeiten verursachen. Daher habe ich mit „Ja“ gestimmt.

Carlos Coelho (PPE), schriftlich. – (PT) Ich glaube, dass es unerlässlich ist, Strafverfahren effizienter zu machen, während die richtige Rechtssprechung sichergestellt sein muss. Dieser Rahmenbeschluss wird zur Vermeidung und Lösung von Kompetenzkonflikten beitragen, wird sicherstellen, dass Verfahren vor der geeignetsten Rechtsprechung begonnen werden und wird die Wahl der Strafgerichtsbarkeit transparenter und objektiver machen in Situationen, bei denen die Ereignisse unter die Rechtsprechung mehrerer Mitgliedstaaten fallen.

Ich hoffe, dass so parallel geführte und unnötige Strafverfahren vermieden werden können, ohne jedoch zu mehr Bürokratie zu führen, wenn es um Fälle geht, bei denen geeignetere Optionen schnell verfügbar sind. Zum Beispiel in Fällen, wo es in den Mitgliedstaaten schon flexiblere Instrumente oder Abkommen gibt, müssen diese den Vorrang haben. Wenn Situationen existieren, bei denen dieselben Menschen vielleicht in mehrere Strafverfahren gleichzeitig involviert sind, die alle mit denselben Ereignissen zu tun haben, aber in verschiedenen Mitgliedstaaten, kann das tatsächlich zu Verletzungen des *ne bis in idem*-Prinzips führen, das im gesamten europäischen Rechtsraum effektiv angewendet werden muss. Ich unterstütze auch die größere Beteiligung von Eurojust von Beginn des Prozesses.

Göran Färm, Anna Hedh, Olle Ludvigsson und Marita Ulvskog (S&D), schriftlich – (SV) Wir schwedischen Sozialdemokraten möchten uns der Stimme enthalten, weil wir glauben, dass die Mitgliedstaaten selbst entscheiden sollten, welche Behörden in Konsultationsverfahren als kompetent angesehen werden. Wir meinen außerdem, dass die Beteiligung von Eurojust ergänzend und zweitrangig zu den Mitgliedstaaten sein sollte, und dass das Mandat der Agentur keineswegs durch diese Entscheidung erweitert werden sollte.

Viele Punkte im Parlamentsbericht verbessern allerdings den Vorschlag für einen Rahmenbeschluss. Es ist wichtig, nicht nur für nationale Behörden, sondern auch, und insbesondere, für jene, die einer Straftat verdächtigt oder angeklagt werden, dass es klare Fristen gibt, Verfahrensgarantien und andere Schutzmechanismen bestehen.

Diogo Feio (PPE), schriftlich. – (PT) Koordiniertes Vorgehen der Mitgliedstaaten bei der Vermeidung und Lösung von Konflikten bei der Ausübung der Rechtsprechung in Strafverfahren ist für eine effektivere Justiz unerlässlich, wenn derartige Verfahren durchgeführt werden. Daher ist es wünschenswert, Strafverfahren, die verschiedene Rechtssprechungen in einem einzelnen Mitgliedstaat betreffen, gemäß objektiver Kriterien und wegen der erforderlichen Transparenz zu bündeln, nicht nur um zu vermeiden, dass Zeit und Ressourcen verschwendet werden, sondern auch wegen der beteiligten Kosten und weil es unerlässlich ist, die Konsistenz und Effizienz der Verfahren zu erhöhen.

Direkter Kontakt – auch so direkt wie möglich – zwischen kompetenten nationalen Behörden ist daher unerlässlich, um die kompetente Rechtssprechung und den jeweiligen Transfer der Verfahren festzulegen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Rechte der Angeklagten während des Strafverfahrens zu achten, denn eines der fundamentalen Ziele der Europäischen Union besteht darin, ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit ohne innere Grenzen zu bieten.

João Ferreira (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Wir haben gegen diesen Bericht gestimmt, weil er die Stärkung der Rolle von Eurojust bezweckt. Vom rechtlichen Standpunkt aus schützt der Entwurf des Rahmenbeschlusses des Rats die Gerechtigkeit der Entscheidung besser, vor allem weil er das *ne bis in idem*-Prinzip klar garantiert: dass eine Person nicht zweimal durch dasselbe Strafverfahren verurteilt werden kann. Obwohl der

Berichterstatte diese Tatsache erkannt hat, stärken die eingeführten Änderungsanträge die Rolle von Eurojust in Bereichen, die der ausschließlichen Rechtsprechung der Mitgliedstaaten obliegen. Auf diese Weise und durch sein voraussichtliches Einschreiten in Verfahren wird Eurojust zur höheren Instanz als die Mitgliedstaaten gemacht, weil ihnen die Möglichkeit, sich darüber zu einigen, wer die Befugnis über Verfahren hat, genommen wird.

Wir glauben nicht, dass es akzeptabel ist, dies alles mit "Zeit- und Ressourcenverschwendung" zu rechtfertigen. Die Übertragung der Rechtsprechung der Mitgliedstaaten hinsichtlich des Gerichtswesens und anderer Bereiche auf die EU schwächt ihre Souveränität und zeigt, dass dies nicht den Interessen der Öffentlichkeit bei der Verteidigung ihrer Rechte, Freiheit und Sicherheiten dient. Unserer Meinung nach ist dies nur ein weiteres Beispiel von genau dem.

Bruno Gollnisch (NI), *schriftlich*. – (FR) Das *ne bis in idem* -Prinzip – wo dieselbe Person nicht zweimal für dieselbe Straftat vor Gericht gestellt werden kann – ist ein Grundprinzip des Rechts in einer Demokratie. Ich bin selbst ein Opfer des Verstoßes gegen dieses Prinzip in Frankreich, da ich immer noch im Auftrag der Regierung in einer Angelegenheit verfolgt werde, in der ich vom Kassationsgericht erwiesenermaßen als vollständig unschuldig befunden wurde.

Ich verdanke dies insbesondere dem Amtsmissbrauch von Frau Wallis, der Berichterstatte zu meiner Immunität, die alle erdenklichen Tricks zugelassen hat, mir jeglichen Schutz zu nehmen, der mir zustünde, wenn die Verfahrensordnungen des Gerichtswesens, der Moral und der Rechtsprechung dieses Parlaments befolgt würden.

Dennoch zielt der Bericht von Frau Weber nicht darauf ab, diese *ne bis in idem*-Fälle zu verhindern. Dafür gibt es einen europäischen Konvent aus dem Jahr 2000, der zur Zufriedenheit der Fachleute, wie es scheint, und in Befolgung der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit funktioniert.

Nein, der Weber-Bericht zielt im Wesentlichen darauf ab, Eurojust, den viele gerne als europäische Staatsanwaltschaft sehen würden, die Macht der Kontrolle und Entscheidung über die nationalen Rechtsprechungen zu geben. Daher haben wir dagegen gestimmt.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *schriftlich*. – Ich habe für den Weber-Bericht zur Vermeidung und Lösung von Konflikten der strafrechtlichen Zuständigkeit in Strafverfahren gestimmt. Schwere Verbrechen sind zunehmend grenzüberschreitend und die EU spielt eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung solcher Aktivitäten. Eindeutigere Verfahren zum Informationsaustausch in Strafverfahren werden die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten verstärken und die einzelstaatlichen Fähigkeiten zur Bekämpfung von Kriminalität verbessern. Rücksicht muss immer auf die Grundrechte genommen werden und meiner Meinung nach verbessert der Weber-Bericht den vorgeschlagenen Rahmenbeschluss.

Eva-Britt Svensson (GUE/NGL), *schriftlich*. – Mein Entschluss ist, mich der endgültigen Stimmabgabe zu enthalten. Obwohl in der Blockabstimmung einige gute Änderungsanträge im Bereich der Menschenrechte sind (z.B. Änderungsanträge 6 und 15), gibt es auch Änderungsanträge, die die Kompetenzen der Mitgliedstaaten auf Eurojust übertragen (z.B. Änderungsanträge 3, 9, 16, 17 und 18). Ich bin der Meinung, diese sollten bei den Mitgliedstaaten verbleiben.

Vorschlag der Konferenz der Präsidenten: Benennungen zum Sonderausschuss zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die Schaffung des Sonderausschusses zur Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise wird sich vielleicht als unerlässlich erweisen, den Weg für die EU in die Zukunft zu ebnen. Die Erfahrung seiner Mitglieder ist unerlässlich zum Nachgehen der Aufgaben und Vorschläge, die von diesem Sonderausschuss präsentiert werden. Ich glaube, dass die Liste der Mitglieder Mitglieder dieses Hauses einschließt, die in vielen Bereichen, die von der aktuellen Krise betroffen sind, respektiert werden und sehr erfahren sind. Sie werden daher auch in der Lage sein, zur Diskussion und Vorstellung relevanter Maßnahmen beizutragen, um die Fehler des Finanzsystems zu korrigieren, die zur gegenwärtigen Lage geführt haben, und damit einen wichtigen Beitrag leisten für mögliche Verabschiedungen ordnungsgemäß begründeter und besserer Rechtsvorschriften in der Zukunft.

Ich glaube auch, dass dieser Ausschuss über die anvisierten 12 Monate in Kraft bleiben muss und dass seine Zusammensetzung vielleicht überprüft werden muss, um eine Überwachung und Beurteilung der Maßnahmen zu erlauben, die im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise verabschiedet werden.

Gemeinsamer Entschließungsantrag: G20-Gipfel in Pittsburgh (24.-25. September) (RCB7-0082/2009)

Regina Bastos (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich freue mich über die auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh beschlossenen Abkommen. Ich bin sicher, sie sind ein Schritt in die richtige Richtung. Die unmittelbaren Prioritäten müssen sein, das kräftige und nachhaltige Wachstum der realen Wirtschaft zu sichern, das reibungslose Funktionieren der Kredit- und Kapitalmärkte zu garantieren, die Erwerbstätigkeit zu unterstützen und zu verbessern und die Menschen vor den negativen Auswirkungen der Krise zu schützen, mit besonderer Berücksichtigung der Ärmsten und Schwächsten.

Die rapiden Anstiege in der öffentlichen Schuld und das Haushaltsdefizit sind besorgniserregend. Die Wichtigkeit muss unterstrichen werden, öffentliche Finanzen einzurichten, die auf lange Sicht nachhaltig sind, um zukünftige Generationen nicht zu überlasten. Trotzdem ist die mangelhafte Bewertung der Hauptfehler der Regulierungen und die Überwachung, die die Finanzkrise verursachten, bedauerlich. Es ist eine Priorität, zu verstehen, was auf dieser Ebene passierte, um dadurch die Wiederholung der Fehler der Vergangenheit zu vermeiden.

Dominique Baudis (PPE), *schriftlich*. – (FR) Die Welt steht vor einem Widerspruch, der nur schwierig zu lösen ist. Einerseits erfordern die Wirtschaftskrise und ihre sozialen Folgen dringende Maßnahmen, um ein arbeitsplatzschaffendes Wachstum wiederherzustellen. Das stand auf der Agenda der G20 in Pittsburgh. Andererseits - und das wird die Herausforderung für die Kopenhagen-Konferenz - ist es genauso wichtig, den Klimawandel durch eine Reduzierung des Energieverbrauchs zu bekämpfen. In anderen Worten, wir müssen die Maschine neu starten und sicherstellen, dass diese Maschine weniger Verschmutzung macht. Darüber hinaus können diese beiden Probleme nicht eins nach dem anderen gelöst werden; sie sind beide dringend. Die Wiedereinführung der Wirtschaftstätigkeit ist dringend und die Begrenzung ihrer Folgen ist dringend. Bei den G20 gestern und auf der Klimakonferenz morgen muss sich die Europäische Union auf einem schmalen Pfad bewegen zwischen zwei gleich gewaltigen Bedrohungen. Die europäischen Institutionen müssen so schnell wie möglich unter dem von den 27 Ländern der Union angenommenen Vertrag von Lissabon eingerichtet werden. In dem er „auf Zeit spielt“, um diesen Moment hinauszuzögern, trägt der tschechische Präsident Herr Klaus eine große Verantwortung gegenüber den 500 Mio. EUR Bürgern der Union.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *schriftlich*. – (LT) Die Europäische Union braucht eine striktere Überwachung des Finanzmarktes, wofür eine Institution verantwortlich wäre (G20). Es ist wichtig, eine langfristige Haushaltsstabilität sicherzustellen, damit zukünftige Generationen nicht eine zu große Last zu tragen haben, und Arbeitsplätze zu schaffen und die Menschen vor den Auswirkungen der Krise zu beschützen. Es ist besonders wichtig, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen Priorität hat, um das Wachstum eines großen und stabilen realen Wirtschaftssektors sicherzustellen, die Kapitalmärkte und Kreditgeschäfte richtig zu sichern, Beschäftigung zu erhalten und anzukurbeln sowie die Menschen vor den negativen Folgen der Krise zu schützen, unter besonderer Beachtung der Ärmsten und am schlimmsten Betroffenen. Wir müssen heute den sozialen Dialog auf allen Ebenen verstärken, indem wir versuchen, Gehaltskürzungen zu vermeiden und sicherstellen, dass Gehälter proportional mit dem Wachstum der Produktivität steigen. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze muss als das wichtigste Ziel gesehen werden.

Pascal Canfin (Verts/ALE), *schriftlich*. – Die Verts/ALE-Fraktion stimmte aus mehreren Gründen für die Entschließung zum G20, dazu gehören u.a.: – unter Bezugnahme auf die Notwendigkeit der Entwicklung neuer Indikatoren, die über das BIP hinausgehen, gibt das EP ein klares Signal, dass ein „Wirtschaftsaufschwung“ nicht auf dem Ansatz „business as usual“ basieren darf, was unserer Forderung entspricht, einen „Green New Deal“ zu entwickeln; – die Entschließung besteht auf der Notwendigkeit, die globalen Ungleichheiten auszugleichen, besonders Ungleichheiten der Wechselkurse und Rohstoffpreisvolatilitäten in einem multilateralen System; – die Entschließung sendet ein gutes Signal in Richtung der Einrichtung einer Steuer auf finanzielle Transaktionen, was es vorher nicht gab; – was die Finanzkrise betrifft gibt das EP eine starke Erklärung zur internationalen Koordination ab, was auf die Vermeidung einer Aufsichtsarbitrage abzielt. Es betont auch, dass die Erweiterung der Aufsichtsvorschriften im Zusammenhang mit den G20 aus einem „minimalen Harmonisierung“-Ansatz besteht, der die EU nicht davon abhalten darf, höhere Standards anzuwenden; – was die Überwachung des Finanzsektors angeht, hat das EP einen bedeutenden Schritt in Richtung eines verstärkten und stärker zentralisierten Ansatzes zur Überwachung des Finanzmarktes gemacht, mit dem Endziel der Einrichtung einer einzelnen Finanzaufsichtsbehörde.

Maria da Graça Carvalho (PPE), *schriftlich*. – (PT) Der G20 hat sich verpflichtet, auf dem Gipfel in Kopenhagen eine Einigung zu erzielen und es ist unerlässlich, dass die EU fortfährt, bei den Verhandlungen eine führende

Rolle zu spielen, um ein weitreichendes, gleichberechtigtes Abkommen zu schließen. Das Abkommen in Kopenhagen kann vielleicht das Wirtschaftswachstum antreiben, saubere Technologien fördern, und sicherstellen, dass neue Stellen in den Industrie- und Entwicklungsländern geschaffen werden.

Die Existenz einer Vereinbarung bezüglich der finanziellen und technischen Unterstützung für eine saubere, erneuerbare Energie und Energieeffizienz in Entwicklungsländern ist unerlässlich, um in Kopenhagen ein starkes Abkommen zu erzielen. Es ist wichtig, ein konkretes Modell zu definieren, um die Chancen, in Kopenhagen ein Abkommen zu schließen, zu maximieren. Das internationale Abkommen muss kollektive Verringerungen der Treibhausgasemissionen im Einklang mit den Empfehlungen des Vierten Beurteilungsberichts des Weltklimarates (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaveränderungen (IPCC)) sicherstellen (25-40 % bis 2020, in Bezug auf 1990) und eine langfristige Verringerung für die EU und andere Industrieländer von mindestens 80 % bis 2050, zum Bezugsjahr 1990, festsetzen.

David Casa (PPE), *schriftlich*. – Der G20-Gipfel, der am 24. und 25. September in Pittsburgh abgehalten wurde, war in vielen Bereichen erfolgreich, wie zum Beispiel die Notwendigkeit zu diskutieren, die eigentlichen Ursachen der Finanzkrise anzugehen, um sicherzustellen, dass sich solche Ereignisse in der Zukunft nicht wiederholen. Ich stimme damit überein und habe daher für die Entschließung gestimmt.

Anna Maria Corazza Bildt, Christofer Fjellner, Gunnar Hökmark, Anna Ibrisagic und Alf Svensson (PPE), *schriftlich*. – (SV) Wir haben heute zugunsten der Entschließung zum G20 gestimmt. Wir haben uns allerdings dazu entschlossen, gegen die Einführung einer Steuer auf finanzielle Transaktionen zu stimmen, weil diese der Vermögensbildung armer Länder entgegenwirken und Entwicklung und Wachstum behindern würde, was Menschen und Länder über die vergangenen 30 Jahre aus ihrer Armut gehoben hat. Wir stehen auch der Schaffung eines anti-zyklischen Stellenfonds auf internationaler Ebene entgegen, da die Gefahr besteht, dass er alte und überholte Strukturen bewahren wird und damit Wachstum und Entwicklung neuer Arbeitsplätze verhindert. Es würde die Einführung einer internationalen Steuer und eines Verteilungssystems ohne demokratische Kontrolle und mit der klaren Gefahr jeglicher Art von Korruption erfordern. Für von der Krise betroffene Menschen ist es wichtig, Unterstützung und Hilfe erhalten zu können, aber dies ist besser auf Landesebene zu regeln, und nicht durch ein bürokratisches internationales System.

Marielle De Sarnez (ALDE), *schriftlich*. – (FR) Die Delegation der gewählten Repräsentanten der *Mouvement Démocrate* – (Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa – Frankreich) begrüßt die Verabschiedung der Entschließung zu den G20-Beschlüssen. Durch diese Stimme bekräftigt das Europäische Parlament, dass: die EU sich selbst ein Finanzüberwachungssystem und eine einzelne Finanzbehörde schaffen muss; wir müssen uns in Richtung langfristiger finanzpolitischer Stabilität bewegen, um zukünftigen Generationen nicht zu schaden; die unmittelbaren Prioritäten müssen sein, Arbeitsplätze zu schaffen und die Bürgerinnen und Bürger vor den Auswirkungen der Krise zu schützen. Wir haben zugunsten der Änderungsanträge 5, 8, 11, 12 und 13 gestimmt und bedauern, dass das Europäische Parlament in Bezug auf die Anerkennung der Transparenz, den Kampf gegen Steueroasen und Umweltverpflichtungen („New Green Deal“) nicht weiter ging. Wir würden auch unsere Zusage zu einer Steuer auf finanzielle Transaktionen auf Grundlage des Modells der Tobin-Steuer wiederholen. Diesbezüglich fordern wir vom Europäischen Parlament den Beginn von Gesprächen hinsichtlich der Definition einer solchen Steuer.

Frank Engel (PPE), *schriftlich*. – (FR) Während wir den Hauptleitlinien der Entschließung des Europäischen Parlaments zum G20-Gipfel in Pittsburgh zustimmen – und sie aus diesem Grunde befürwortet haben –, möchte die luxemburgische Delegation der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) einige Bedenken über Teile dieser Entschließung, die nicht zufriedenstellend sind, kundtun.

Erstens, die Pittsburgh-Beschlüsse erwähnen die Notwendigkeit, die Empfänger von Rettungsmaßnahmen an den Kosten dieser Maßnahmen zu beteiligen. Dies ist nicht dasselbe wie eine Ausarbeitung einer Steuer auf finanzielle Transaktionen, wie es die Parlamentsentschließung vorschlägt. Zweitens, wir empfehlen ein Finanzüberwachungssystem, das zukünftig die nationalen Überwachungsbehörden mit den drei europäischen Organen kombiniert, die Schaffung dessen, was als Teil des europäischen Gesetzgebungsverfahrens unterwegs ist.

Und zuletzt ist es wichtig, die weitverbreitete Verwendung des Begriffs „Steueroasen“ zu verhindern, der vom G20 übernommen wurde. Rechtsordnungen, die mitnichten Steueroasen sind, wurden willkürlich auf eine „graue“ Liste gesetzt, während echte Steueroasen weiterhin jeder Form von Druck entkommen, der vom G20 und der OECD ausgeübt wird. Länder mit moderater Besteuerung Steueroasen zu nennen, wird uns nicht dabei helfen, eine Krise zu bewältigen, deren Ursprünge anderswo liegen.

Edite Estrela (S&D), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für die Entschließung des Europäischen Parlaments zum am 24. und 25. September in Pittsburgh abgehaltenen G20-Gipfel gestimmt, weil ich glaube, dass die gegenwärtigen ökonomischen Schwierigkeiten als Chance genutzt werden müssen, um die Zielsetzungen der Strategie von Lissabon zu unterstützen und die Verpflichtung zu wiederholen, Arbeitslosigkeit und Klimawandel zu bekämpfen sowie sich eine europäische Strategie auszudenken, die zu einem langfristig nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung führt. Es ist jedoch bedauerlich, dass der Vorschlag für eine Steuer auf finanzielle Transaktionen im Tobin-Stil nicht angenommen wurde, weil diese ermöglichen würde, exzessive Spekulationen zu begrenzen und Finanzstabilität und Investitionen langfristig zu fördern.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Vor dem Hintergrund einer globalen Wirtschaftskrise mit gravierenden sozialen Folgen erhalten die auf dem G20 getroffenen Entscheidungen große Wichtigkeit. Durch die vereinten Bemühungen der Mitglieder des G20 ist es möglich, dass wir in der Lage sein werden, ein Finanzsystem aufzubauen, das zukünftig zu ausgeglichenerer und nachhaltigerer wirtschaftlicher Entwicklung beitragen wird und so Krisen vermeidet, wie die, in der wir gerade stecken.

Wir in der Europäischen Union können nicht allein handeln, wenn wir Vorschriften erlassen, die nicht von anderen Ländern geteilt werden, was die europäische Wirtschaft in der globalisierten Welt, in der wir leben, benachteiligen würde.

José Manuel Fernandes (PPE), *schriftlich*. – (PT) Ich freue mich über die Vereinbarungen, die auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh getroffen wurden. Als Folge der Globalisierung von Kapital erfordern Handlungen zur Bekämpfung und Abwendung neuer Krisen das Maximum an international möglicher Zusammenarbeit. Ich bin über die Vereinbarungen hocherfreut, die Wirtschaftswachstum, Förderung von Beschäftigung und Regulierung der Märkte beabsichtigen, und ich hoffe, dass diese Ziele „über einen weiten Bereich“ verwirklicht werden. Was die Steuer auf finanzielle Transaktionen betrifft, um exzessive Spekulationen unter Kontrolle bekommen und langfristige Investitionen fördern zu können, macht dies nur Sinn, wenn es im globalen Maßstab angewendet wird.

João Ferreira (GUE/NGL), *schriftlich*. – (PT) Die heute angenommene Entschließung entspricht den Positionen, die schon von verschiedenen Organen der Europäischen Union angenommen worden sind, inklusive des Europäischen Parlaments, und versucht, die wahren Gründe der Wirtschafts- und Sozialkrise zu verbergen und durch Manipulation die Beibehaltung und Entwicklung der Strategien, die sie verursachten, zu beschleunigen und zu fördern. Unter anderem und hinsichtlich der Steueroasen berücksichtigt sie nur, dass diese „die Finanzverordnung unterminiert haben“, während lediglich empfohlen wird, dass es erforderlich ist, „die Transparenz in Sachen Steuern und den Austausch von Informationen zu verbessern“.

Was erforderlich ist und die Entschließung nicht erwähnt, ist die Notwendigkeit, mit den neoliberalen Strategien der Liberalisierung und Privatisierung von Dienstleistungen, dem Angriff auf die Arbeitnehmerrechte und der Zerstörung der Produktionsinfrastruktur aufzuhören. Diese Strategien sind für die Verschlechterung der Lebensbedingungen, Schulden, zunehmende Arbeitslosigkeit, Arbeitsplatzunsicherheit und Armut verantwortlich. Es ist nötig, Arbeit und Arbeitnehmer wertzuschätzen, um den Produktionssektor und öffentliche Dienstleistungen zu schützen, um die Wirtschaftsmacht effektiv der politischen Befugnis unterzuordnen, um Korruption und Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen und zu bestrafen und um Steueroasen einen Riegel vorzuschieben.

Robert Goebbels (S&D), *schriftlich*. – (FR) Ich habe gegen alle von der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz aufgelisteten Änderungsanträge zur G20-Entschließung gestimmt, um gegen die Taktik dieser Fraktion, ständig Debatten mit üblicherweise demagogischen Textänderungen wiederzueröffnen, zu protestieren. Die Grünen haben den gemeinsamen Entschließungsantrag ausgehandelt und hinsichtlich vieler Änderungsanträge Erfolge erzielt. Und trotzdem haben sie nicht die gemeinsame Entschließung unterzeichnet, damit sie dann ihren großen Auftritt im Plenum inszenieren können.

Bruno Gollnisch (NI), *schriftlich*. – (FR) Wir haben aus einem guten Grund gegen die Entschließung zum G20 gestimmt: in keinem Punkt stellt sie das globale Finanzsystem in Frage, das die Wurzel allen Übels der Krise ist. Sie erklärt sogar, dass wir noch mehr Globalisierung, noch mehr Liberalisierung brauchen, mit dem sogenannten Schutz der multilateralen Institutionen und Organe, die dazu bestimmt sind eine globale Regierung zu werden.

Doch die Weigerung, das System zu ändern, garantiert man mit dem Scheitern der wenigen nützlichen und notwendigen vorgeschlagenen Maßnahmen. Der Versuch, das System, wie es heute ist, zu bewahren, mit Märkten, die zunehmend losgelöst sind von der realen Wirtschaft, ebnet nur den Weg in die nächste Krise, und stellt sicher, dass das erklärte Ziel, die Schaffung von Arbeitsplätzen, nicht erreicht werden wird.

Die Wirtschaft ist doch nicht zum Selbstzweck da: sie ist nur ein Mittel zur Erreichung politischer Ziele, von Fortschritt in der Gesellschaft und menschlicher Entwicklung. Solange Sie sich ihren vermeintlichen Anforderungen fügen und vor den sogenannten unveränderbaren Gesetzen des Marktes kapitulieren, werden sie die Probleme nicht lösen.

Sylvie Goulard (ALDE), schriftlich. – (FR) Im Namen der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa möchte ich unsere Enthaltung von der Stimmabgabe zum Änderungsantrag der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz bezüglich einer Steuer nach dem Vorbild der Tobin-Steuer erklären. Unsere Fraktion hat beschlossen, eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema einzuberufen, um den Zweck und die praktischen Einzelheiten dieser Steuer klarzustellen. Dann können die Fraktionen in voller Kenntnis der Sachlage sich in dieser Frage über einen gemeinsamen Ansatz einigen, einen, der für alle dieselbe Bedeutung hat und der in den entsprechenden internationalen Organen verteidigt werden kann.

Ian Hughton (Verts/ALE), schriftlich. – Ich habe zugunsten der Entschließung zum G20-Gipfel in Pittsburgh gestimmt. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist wahrlich global, sowohl in ihren Ursachen als auch in ihren Auswirkungen, und daher ist koordiniertes internationales Handeln unerlässlich, um Lösungen zu finden. Die nationalen Regierungen haben alle eine Rolle bei diesen Lösungen zu spielen und gemeinsames Handeln auf EU-Ebene wird sicherstellen, dass Europa Vorreiter dabei sein kann, den globalen Aufschwung voranzutreiben. Die schottische Regierung treibt ein Programm voran, das darauf abzielt, Arbeitsplätze und Gemeinschaften zu unterstützen, Ausbildung und Fähigkeiten zu stärken und in Innovationen und die Industrie der Zukunft zu investieren. Zusammen mit den anderen Ländern Europas werden wir in der Lage sein, die Herausforderungen, denen wir momentan ausgesetzt sind, zu bewältigen.

Arlene McCarthy (S&D), schriftlich. – Ich und meine Kollegen der Labour-Partei unterstützen mit aller Kraft die Verpflichtungen des G20, an einer Steuer für finanzielle Transaktionen zu arbeiten. In Anlehnung an die Kosten, die von den Steuerzahlern während der Krise übernommen wurden, ist es unerlässlich, dass wir sicherstellen, dass der Finanzsektor in vollem Umfang und ordentlich zur Verbesserung der öffentlichen Finanzen beiträgt. Die Tobin-Steuer ist ein Modell einer Steuer auf finanzielle Transaktionen, das vorgeschlagen wurde. Wir haben Änderungsantrag 8 nicht unterstützt, da wir alle Möglichkeiten berücksichtigen müssen statt uns speziell zu einer Steuer im „Tobin-Stil“ zu verpflichten. Des Weiteren schlägt der Änderungsantrag vor, dass eine unilaterale europäische Form einer solchen Steuer in Betracht gezogen werden sollte. Die Finanzdienstleistungsbranche ist eine globale Industrie und unsere Bemühungen müssen die Sicherung einer Transaktionssteuer bleiben, die auf globaler Ebene effektiv und praktikabel ist.

David Martin (S&D), schriftlich. – Ich habe mich der Stimmabgabe zu Änderungsantrag 8 bezüglich einer Steuer auf finanzielle Transaktionen enthalten. Ich stimme einer solchen Steuer zu, aber ich bin der Meinung, dass sie auf globaler Ebene und nicht auf europäischer Ebene sein muss, um effektiv zu sein.

Franz Obermayr (NI), schriftlich. – Der gemeinsame Entschließungsantrag zum G20-Gipfeltreffen in Pittsburgh hat durchaus viele positive Aspekte. So weist er deutlich auf die Schwierigkeiten der fiskalpolitischen Stimulierungsmaßnahmen, die derzeit von den meisten Staaten getroffen werden, hin. Der Konsolidierung der Staatshaushalte muss in den nächsten Jahren eine bedeutende Rolle zugemessen werden. Ich begrüße es auch, dass man versucht, sich mit den Ursachen der Krise auseinanderzusetzen, indem man auf die ungezügelte Spekulation und die mangelnden Regeln des Finanzmarktes hinweist. Allerdings tut man dies nur oberflächlich. Zu wahren und notwendigen Reformen kann man sich nicht durchringen. Dies ist angesichts der gewaltigen Krise, in der wir uns immer noch befinden und die uns leider noch zahlreiche Arbeitslose bescheren wird, viel zu wenig. Ich habe mich daher der Stimme enthalten. <BRK>

Andreas Mölzer (NI), schriftlich. – Der Entschließungsantrag zum G20-Gipfeltreffen in Pittsburgh stellt ausdrücklich fest, dass die Krise auf rücksichtslose und unverantwortliche Risikobereitschaft von einigen Finanzinstituten sowie auf mangelnde Regulierung des Finanzmarktes zurückzuführen ist. Der totalen Spekulation war so Tür und Tor geöffnet. Umso wichtiger ist es deshalb, rasch entsprechende Regeln für die Märkte zu beschließen. Die Ideen, die im Antrag dazu vorgebracht wurden, sind mitunter durchaus zu begrüßen. Leider hält man aber auch an den Basel-II-Bestimmungen fest, die – wie wir aus der Praxis wissen – dazu geführt haben, dass der Kapitalfluss an die kleinen und mittleren Unternehmen nahezu versiegt ist. Auch die rigorose Abschaffung des Bankgeheimnisses kann ich mit Rücksicht auf die vielen kleinen Bankkunden nicht unterstützen, weshalb ich mich bei der Schlussabstimmung der Stimme enthalten habe. <BRK>

Maria do Céu Patrão Neves (PPE), schriftlich. – (PT) Erstens, ich möchte der Tatsache Anerkennung schenken, dass auf dem G20-Treffen solch wichtige Themen wie nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Beschäftigung

und potenzielle Klimawandel-Phänomene, die die Bewohnbarkeit unseres Planeten bedrohen könnten, angesprochen wurden. Dies sind gegenwärtige globale Fragen, die universal als lebenswichtig für den europäischen Wachstumsprozess angesehen werden.

In dieser Hinsicht begrüße ich die Tatsache, dass beschlossen wurde, die Anreize für einen Wirtschaftsaufschwung zu erhalten und der bewiesenen Verpflichtung einer Strategie gegenüber, die die Prinzipien der Lissabon-Agenda durchführbar macht, besonders das globale Interesse an der Durchführung des Globalen Beschäftigungsbündnisses. An diesem Punkt ist es wichtig, die dringliche Notwendigkeit zu betonen, einen anti-zyklischen Stellenfonds auf internationaler Ebene einzurichten und ambitionierte Pakete steuerlicher Anreize zu schnüren, die die Schaffung und den Erhalt von Stellen unterstützen, neben einer starken Sozialpolitik zur Unterstützung der schwächsten Gruppen.

Marit Paulsen, Olle Schmidt und Cecilia Wikström (ALDE), schriftlich. – (SV) Die Finanzkrise entstand zum Teil als Folge des Vertrauensmissbrauchs zwischen Banken und ihren Kunden, mit deren Geld die Banken exzessive Risiken eingingen. Wir glauben, dass eine detailliertere Diskussion darüber notwendig ist, wie internationale Finanztransaktionen gehandhabt werden sollten. Wir glauben nicht, dass die Tobin-Steuer zur Vermeidung von Spekulationen effektiv sein wird, aber wir begrüßen eine Diskussion darüber, wie Finanzinstitutionen wie Banken und Treuhand- und Versicherungsgesellschaften dazu beitragen können, einen gesunden und stabilen Finanzmarkt zu schaffen. Die Finanzkrise zeigt, dass internationale Lösungen nötig sind, um internationale Probleme anzugehen. Diese Diskussion sollte daher auf globaler Ebene geführt werden und nicht nur innerhalb der EU.

Paulo Rangel (PPE), schriftlich. – (PT) Ich möchte meine Anerkennung ausdrücken zu den Abkommen, die auf dem G20-Gipfel beschlossen wurden, über die ich mich sehr freue und die universell als Schritt in die richtige Richtung gesehen wurden.

Da Themen so wichtig wie die Regulierung und Überwachung der Finanzmärkte und die Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen diskutiert wurden, möchte ich gerne das Thema des nachhaltigen Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung besonders hervorheben.

Ich freue mich, dass die Prioritäten, die auf dem G20 angenommen wurden, auf der Grundlage nachhaltigen Wachstums der realen Wirtschaft basieren, die nicht nur der Motor sein wird, der die Schaffung von Arbeitsplätzen sicherstellt, sondern auch als Garantie für den Schutz der Öffentlichkeit - besonders der Ärmsten und Schwächsten - vor den negativen Auswirkungen der Krise dienen wird. Ich bin außerdem froh über die Zusicherung der Federführenden des G20, die Beschäftigungskrise auf internationaler Ebene anzugehen und damit die Förderung von Beschäftigung zum zentralen Element des Sanierungsplans zu machen.

Ich bedauere nur das Misslingen, auf dem G20 eine Einigung in Bezug auf den globalen Kampf gegen den Klimawandel zu erlangen.

Frédérique Ries (ALDE), schriftlich. – (FR) Es war wichtig für das Europäische Parlament eine klare Botschaft an die wichtigsten Staatsoberhäupter in Folge des G20-Gipfels in Pittsburgh zu senden. Das ist mit der heute angenommenen Entschließung geschehen, die darauf hinweist, dass wir, obwohl das Schlimmste der Finanzkrise hinter uns liegt, die Folgen im Hinblick auf die Haushalts- und Beschäftigungslage ohne das gemeinsame Handeln der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten und China noch lange spüren werden. Letztere haben bereits Entscheidungen über die Reform des IWF, die Überwachung der Händler-Boni, Kapitalanforderungen und Transparenz in Bezug auf komplexe Finanzprodukte getroffen; also war dieser G20 nicht umsonst.

Trotzdem müssen immer noch mindestens drei große Aufgaben erledigt werden, wenn Fortschritte bei der Kontrolle der Globalisierung gemacht werden sollen. Die Erste ist, wirklich das Problem der Steueroasen anzugehen; so viel Geld, das in den Staatskassen fehlt. Die Zweite ist, zu vermeiden, dass sich ein monetäres Unwetter zusammenbraut als Folge des Misslingens Wechselkurse anzupassen und des Strebens nach wettbewerbsbedingten Abwertungen. Die Dritte ist, die Volatilitäten der Preise von Grundversorgungsmitteln anzugehen, insbesondere von Nahrungsmitteln, weil dies eine Rolle bei der Vergrößerung der Ungleichheiten und Armut in der Welt spielt.

Czesław Adam Siekierski (PPE), schriftlich. – (PL) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der jüngst abgehaltene G20-Gipfel in Pittsburgh hat eine schrittweise Stabilisierung der Wirtschaftslage bestätigt. Es ist jedoch immer noch notwendig, Probleme im Auge zu behalten, mit denen bestimmte Wirtschaften konfrontiert sein können. Das Treffen war eine Gelegenheit, den Beschluss der Staaten zu bestätigen, das

System der Finanzverordnung zu reformieren. Die größte Gefahr, die wir nicht zulassen dürfen, ist ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit, ein Rückgang der Nachfrage und ein Herunterfahren der Produktion. Die in Pittsburgh vorgeschlagenen Prinzipien sollten das Fundament für eine gemeinsame weltwirtschaftliche Entwicklung sein. Der Gipfel hat gezeigt, dass noch weiter an der Schaffung von Institutionen und Kontroll- und Überwachungsinstrumenten in einer Vielzahl von Bereichen des globalen Marktes gearbeitet werden muss.

Peter Skinner (S&D), *schriftlich*. – Die Labour Party des Europäischen Parlaments unterstützte diese EntschlieÙung und leistete Hilfe bei der Untermauerung des Fortschritts, der letzten Monat in Pittsburgh gemacht wurde. Ohne Zusagen eine multilaterale Überwachung innerhalb des IWF zu verbessern und eine weitere Beteiligung von Wirtschaften über die momentanen Mitglieder hinaus ist ein geringer Erfolg vorhersehbar. Es gibt viel Lobenswertes an dieser EntschlieÙung und mit sorgfältiger Überlegung kann größerer Fortschritt gegen die Probleme der Finanzkrise erwartet werden.

Nuno Teixeira (PPE), *schriftlich*. – (PT) Erstens, ich möchte der Tatsache Anerkennung schenken, dass auf dem G20-Treffen solch wichtige Themen wie nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und potenzielle Klimawandel-Phänomene, die die Bewohnbarkeit unseres Planeten bedrohen könnten, angesprochen wurden. Dies sind gegenwärtige globale Fragen, die universal als lebenswichtig für den europäischen Wachstumsprozess angesehen werden.

In dieser Hinsicht begrüÙe ich die Tatsache, dass beschlossen wurde, die Anreize für einen Wirtschaftsaufschwung zu erhalten und der bewiesenen Verpflichtung einer Strategie gegenüber, die die Prinzipien der Lissabon-Agenda durchführbar macht, besonders das globale Interesse an der Durchführung des Globalen Beschäftigungsbündnisses. An diesem Punkt ist es wichtig, die dringliche Notwendigkeit zu betonen, einen anti-zyklischen Stellenfonds auf internationaler Ebene einzurichten und ambitionierte Pakete steuerlicher Anreize zu schnüren, die die Schaffung und den Erhalt von Stellen unterstützen, neben einer starken Sozialpolitik zur Unterstützung der schwächsten Gruppen.

Georgios Toussas (GUE/NGL), *schriftlich*. – (EL) Die Kommunistische Partei Griechenlands hat gegen den gemeinsamen EntschlieÙungsantrag der Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen gestimmt, weil er die strategische Ambition der Monopole, die schmerzhaften Folgen der kapitalistischen Finanzkrise auf die Arbeiterklasse abzuschieben, komprimiert enthält. Die politischen Sprachrohre des Kapitalismus rufen zu ihrer EntschlieÙung für die Bourgeois-Regierungen auf, um weiterhin die Monopolriesen mit heißen öffentlichen Geldern zu unterstützen und zur gleichen Zeit „gesunde öffentliche Finanzen einzurichten“, was noch größere Kürzungen der Sozial-, Gesundheits-, Sozialhilfe-, und Bildungsausgaben etc. bedeutet. Sie begrüÙen die Schaffung „würdiger Stellen“, die feste Vollzeitstellen mit schlecht bezahlter, flexibler und ungewisser Arbeit und mit dem mindestmöglichen Maß an Rechten ersetzen werden. Die politischen Repräsentanten der Plutokratie schlagen diese „Würde“ der Arbeiterklasse vor. Die EntschlieÙung fordert die Stärkung internationaler imperialistischer Organisationen (IWF, Weltbank, WTO) und ebnet den Weg für eine „grüne“ Kapitalverzinsung unter dem Vorwand des Klimawandels und der vollständigen Liberalisierung des internationalen Handels, was sogar noch größeres Eindringen der Monopole auf die Märkte der armen und der Entwicklungsländer und die Plünderung von profitablen Ressourcen und Arbeitskräften anzeigt.

EntschlieÙungsantrag: Die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Entwicklungsländer und die Entwicklungszusammenarbeit (B7-0078/2009)

Maria da Graça Carvalho (PPE), *schriftlich*. – (PT) Entwicklungsländer sind stark betroffen durch aufeinanderfolgende Krisen wie die Lebensmittel- und Kraftstoffpreiskrise und den Klimawandel. Sie leiden stark unter den Folgen der Finanzkrise und der Rezession. Es ist unerlässlich, dass die EU und die Mitgliedstaaten ihre Verantwortung als internationale Akteure übernehmen und ihre staatlichen Entwicklungshilfeverpflichtungen erfüllen und weiterhin dazu beitragen, die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen.

Die EU hat 8,8 Mrd. EUR Entwicklungshilfe, Haushaltszuschüsse und Agrarausgaben für unmittelbare Maßnahmen vorfinanziert und schlägt die Besteuerung von 500 Mio. EUR vor, um die Sozialausgaben in Entwicklungsländern durch den FLEX-Mechanismus für AKP-Staaten zu unterstützen. Es ist wichtig, dass die Haushaltszuschüsse sich auf die Bereiche Gesundheit, anständige Arbeit, Bildung, Sozialleistungen und grünes Wachstum konzentrieren. Die Kommission ist aufgefordert, neue Finanzierungsquellen zur Sicherung des Europäischen Entwicklungsfonds (EDF) aufzutun und es ist auch wichtig, dass der EDF in den Haushaltsplan der Gemeinschaft eingebracht wird. Wachsende Konsistenz zwischen den internationalen Handels-, Haushalts-, Klimawandel- und Entwicklungsstrategien der EU ist auch notwendig.

Entwicklungshilfe muss aufgewertet werden...

(Erklärung zur Abstimmung gekürzt gemäß Artikel 170(1)(1) der Geschäftsordnung)

David Casa (PPE), *schriftlich*. – Trotz der Tatsache, dass Entwicklungsländer sicher nicht die Ursache der Krise waren, stimmt es ganz sicher, dass sie von ihr am schlimmsten und unverhältnismäßigsten betroffen waren. Aus diesem Grund habe ich für diese Entschließung gestimmt.

Carlos Coelho (PPE), *schriftlich*. – (PT) Obwohl die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise ihren Ursprung in den Vereinigten Staaten hatte, waren ihre Folgen weltweit zu spüren. Sie hat Europa und noch stärker die Entwicklungsländer getroffen, ob durch menschliche Kosten, die Millionen von Menschen in extreme Armut stürzten, oder durch Schwächung ihrer bereits schwachen Wirtschaft.

Es ist dringend, dass alle Körperschaften, die eine aktive Rolle in der staatlichen Entwicklungshilfe spielen – insbesondere die Bretton-Woods-Institutionen –, auf die Situation rasch und effektiv reagieren. Es ist auch unerlässlich, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten die Verantwortung von Hauptakteuren in der Entwicklungshilfe übernehmen, indem sie ihre internationalen Verpflichtungen den Ländern gegenüber erfüllen, indem sie dringend die Hilfe steigern, um die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen und indem sie das Volumen der staatlichen Entwicklungshilfe steigern, das ungenügend ist, um auf den Kollateralschaden dieser Krise in den Entwicklungsländern zu reagieren.

Es ist auch dringend, besonders im Vorlauf der Kopenhagen-Konferenz, dass die EU und andere internationale Akteure ihre Strategien hinsichtlich des internationalen Handels, des Klimawandels, der humanitären Hilfe und Entwicklung artikulieren. Aus diesen Gründen unterstütze ich diese Entschließung.

Corina Crețu (S&D), *schriftlich*. – (RO) Wir stehen vor einer Notsituation hinsichtlich der Entwicklungs- und humanitären Hilfe wegen der Wirtschaftskrise, der menschlichen Kosten, die sich immer mehr summieren, und zwar umso mehr, weil diese Rezession im Zuge der Nahrungsmittel- und Ölpreiskrise kommt. Leider ist eine der direkten Folgen der Wirtschaftskrise eine internationale Geberkrise vor dem Hintergrund des beschleunigten Wachstums der Armutsrate. Allein im Jahr 2009 rutschten 90 Millionen Menschen in die extreme Armut ab, während die Zahl der Erwerbslosen auf 23 Millionen stieg. Die heute angenommenen Vorschläge lassen einen Hoffnungsschimmer für die Bereitstellung von Hilfe in den ärmsten und schwächsten der Länder, den Entwicklungsländern, zu. Diese gehen jedoch nicht weit genug, angesichts der Tatsache, dass die 6 Mrd. USD aus dem Verkauf der IWF-Goldreserven und bestimmt für die Bereitstellung von Hilfe für arme Länder, nur 2 % ihres tatsächlichen Bedarfs abdecken können. Demzufolge glaube ich, dass der Druck auf die G20-Staaten erhöht werden muss, die Hauptverantwortung dafür zu tragen, die Krise in Gang gesetzt zu haben, indem Ressourcen in der Form von Krisenhilfe mobilisiert werden, die den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen sind. In Anbetracht dieser Notwendigkeit, das System zu rationalisieren, begrüße ich die in der Entschließung geäußerte Kritik am Versäumnis des Pittsburgh-Gipfels, das Thema der Reform der internationalen Finanzinstitutionen anzugehen, angesichts der langsamen Reaktion der Bretton-Woods-Institutionen auf die Krise.

Diogo Feio (PPE), *schriftlich*. – (PT) Die Entwicklungsländer wurden durch die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise stark in Mitleidenschaft gezogen und es wird befürchtet, dass sie eine starke Verlangsamung oder sogar eine gravierende Verschlechterung ihrer Wachstums- und Fortschrittsindizes erleiden werden. Die EU und die Mitgliedstaaten als bedeutende Geber dürfen diese Tatsache nicht vergessen und müssen in Betracht ziehen, die Hilfe für diese Länder zu erhöhen. Die Alternative ist, dass einige von ihnen unwiederbringlich in Armutsbereiche abrutschen, die soziale und politische Konflikte herbeiführen oder verschlimmern könnten, und was in Regionen, die mit Mühe nach Frieden und Entwicklung strebten, zu Engpässen beitragen kann.

Diese Erhöhung, die in Richtung Flexibilität, Vorstellungskraft, Solidarität und Vernunft orientiert sein muss, muss von strenger Überwachung durch die Geber begleitet sein, hinsichtlich der Art des Einsatzes der Hilfe und durch effektives Nachverfolgen der den Empfängerländern zur Verfügung gestellten Beträge, von deren Überweisung bis hin zu ihrem endgültigen Bestimmungsort. Die Zivilgesellschaften und Parlamente dieser Länder müssen an diesen Bemühungen zur Transparenz teilhaben und die EU muss nationale Debatten darüber fördern, wo die erhaltene Hilfe hingehen soll.

Sogar auf dem Hintergrund eines Konjunkturabschwungs kann und darf Europa sich nicht selbst abschotten und die dringenden Themen, die es umgeben, ignorieren.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Die Entwicklungsländer sind stark von der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen, die von Banken und anderen Spekulanten in Amerika verursacht worden ist. Dies hat massive Auswirkungen auf deren ohnehin schwache Wirtschaft und wird weitere Millionen von Arbeitslosen mit sich bringen. Arbeitslose werden ihr Heil womöglich in Europa suchen und werden damit den Migrationsdruck auf Europa noch weiter erhöhen. Aus diesem Grund müssen wir Europäer jene Länder beim Aufbau ihrer Wirtschaft unterstützen. Die gegenwärtige Form der Entwicklungshilfe ist dazu aber ein ungeeigneter Ansatz, da viele Gelder in dunklen Kanälen verschwinden oder über Umwege wieder auf europäischen Bankkonten korrupter Despoten landen. Aus diesem Grunde habe ich mich trotz zahlreicher positiver Ansätze bei der Schlussabstimmung über den Antrag des Entwicklungsausschusses der Stimme enthalten. <BRK>

Marit Paulsen, Olle Schmidt und Cecilia Wikström (ALDE), *schriftlich*. – (SV) Die Finanzkrise entstand teilweise als Folge davon, dass Banken das Vertrauen ihrer Kunden missbrauchten und mit deren Geld exzessive Risiken eingegangen sind. Wir glauben, dass eine detailliertere Diskussion darüber notwendig ist, wie internationale Finanztransaktionen gehandhabt werden sollten. Wir glauben nicht, dass die Tobin-Steuer zur Vermeidung von Spekulationen effektiv sein wird, aber wir begrüßen eine Diskussion darüber, wie Finanzinstitutionen wie Banken und Treuhand- und Versicherungsgesellschaften dazu beitragen können, einen gesunden und stabilen Finanzmarkt zu schaffen. Die Finanzkrise zeigt, dass internationale Lösungen nötig sind, um internationale Probleme anzugehen. Diese Diskussion sollte daher auf globaler Ebene und nicht nur innerhalb der EU gehalten werden.

Sirpa Pietikäinen (PPE), *schriftlich*. – (FI) Frau Präsidentin, Damen und Herren, wie der Entschließungsantrag des Entwicklungsausschusses lobenswert erwähnt, hat die bestehende globale Finanz- und Wirtschaftskrise die ärmsten Länder am härtesten getroffen. Die in vielen Entwicklungsländern erreichten Entwicklungsziele sind in Gefahr und das Erreichen der Millennium-Entwicklungsziele erscheint immer schwieriger. Trotz der vielen von den Industrieländern gemachten Versprechen, die zum Beispiel auf dem G20- und dem G8-Gipfel öffentlich erklärt wurden, ist der Betrag der in die Entwicklungsländer geschickten Hilfe nicht annähernd so hoch wie versprochen. Tatsächlich lag sogar schon vor Ausbruch der Krise die Summe der Entwicklungshilfe vieler Mitgliedstaaten der EU weit unter dem, was sie zugesagt hatten.

Die Krise kann auch eine neue Chance sein. Das beträchtliche Wachstum der Ressourcen des Internationalen Währungsfonds und die Änderungen im Entscheidungssystem dieser Organisation sind zwei Gründe, an positive Entwicklungen glauben zu können. Die Reform des IWF und die zusätzlichen Ressourcen sind als Antwort bitter nötig, aber das allein ist nicht annähernd genug, die Situation zu verbessern, in der die Ärmsten der Welt stecken. Die Industrieländer müssen ihr Wort in Bezug auf ihre Zusage zu den Millennium-Zielen halten und zu den 0,7 % des BIP, die zur Erhöhung der Entwicklungshilfe nötig sind. Die Finanzierung, die zur Bekämpfung des Klimawandels und den diesbezüglichen Anpassungen benötigt wird, stellt eine zusätzliche Verantwortung dar, aus der die Industrienationen sich es nicht leisten können sich rauszumogeln. Der Grundpfeiler der neuen internationalen Regeln muss der Gedanke von mehr Chancengleichheit sein, mit der die Regeln geprüft, aber auch befolgt werden.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *schriftlich*. – (PL) Frau Präsident, ich habe für die Annahme der Entschließung gestimmt, weil ich denke, dass sie viele sehr relevante Bemerkungen zu den Ursachen und Wirkungen der gegenwärtigen schwierigen Situation in den Entwicklungsländern enthält. Ich möchte gerne betonen, dass die gegenwärtige Wirtschaftskrise eine Folge nicht nur des Kollapses der Finanzmärkte, sondern auch der im Vorfeld abgelaufenen Nahrungsmittel- und Energiekrise ist. Ich halte es für unerlässlich, in Richtung raschen und effektiveren Einsatzes der Mittel, die von den Industrieländern verfügbar gemacht wurden, tätig zu werden. Dies ist von besonderer Bedeutung, wenn wir die Tatsache berücksichtigen, dass wohlhabende Länder gegenwärtig mit internen Problemen zu kämpfen haben, wie zum Beispiel einem ungenügenden Haushaltsbudget oder zeitlichen Einschränkungen. Ich betone daher erneut: es ist überaus wichtig, Verfahren zu vereinfachen, damit Gelder, die von reichen in arme Länder fließen, nicht in einem Meer von Bürokratie verschwinden.

Catherine Soullie (PPE), *schriftlich*. – (FR) Entwicklungsländern zu helfen ist eine Pflicht, die die Europäische Union nicht aufgeben darf. Die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise hat der Globalisierung eine neue Dimension gegeben. Die Idee einer Steuer auf finanzielle Transaktionen war nützlich: Präsident Sarkozy hat sie zu einer seiner Prioritäten gemacht. Europa, so scheint es, hat den Takt angegeben und die Welt ist gefolgt. Die neuen, soliden Funktionsweisen der internationalen Finanzen werden auf Fairness basieren müssen.

Daher bedauere ich, dass der Striffler-Ponga-Änderungsantrag abgelehnt wurde, da er eine Steuer auf finanzielle Transaktionen vorschlug, die auf die offizielle Entwicklungshilfe aufzuschlagen wäre, damit die am wenigsten

entwickelten Länder davon profitieren könnten. Es stimmt, dass unsere Wirtschaft und unsere Finanzsysteme eine größere Steuerbelastung gehabt hätten, aber die Europäische Union wäre auf diese Weise der Initiator einer großen internationalen Solidaritätsbewegung gewesen.

Wir können immer noch hoffen, dass die hier angenommene Entschließung die Union dazu ermutigen wird, ihre Verpflichtungen zu honorieren und den Entwicklungsländern zu helfen, mit der Globalisierung Schritt zu halten.

Bart Staes (Verts/ALE), schriftlich. – (NL) Ich habe mich der Entschließung, die vom Entwicklungsausschuss zu den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in den Entwicklungsländern eingereicht wurde, mit Überzeugung angeschlossen. Das EP fordert zu Recht von der EU, den Missbrauch von Steueroasen, Steuerhinterziehung und rechtswidrige Kapitalflucht aus den Entwicklungsländern auszumerzen. Der IWF hat zu Recht die Finanzmittel zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise erhöht. Und doch ist es geradezu alarmierend, dass bis jetzt 82 % dieser Ressourcen am Ende in Europa landeten und nur 1,6 % in Afrika. Erste Priorität muss jetzt die Armutsbekämpfung sein. Es ist ebenfalls unerlässlich, dass Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) als Mittel eingesetzt werden, den betreffenden Ländern kommerzielle Vorteile zu verschaffen, und dass diese Länder auch in der Lage sind, bestimmte sensible Produkte und Sektoren, wie Investitionen und Dienstleistungen, aus den Verhandlungen auszuschließen. Ich bedauere, dass der Änderungsantrag mit der Bitte an die Kommission und die Mitgliedstaaten, Vorschläge für innovative Finanzierungsmechanismen zu unterbreiten, wie zum Beispiel eine Steuer auf finanzielle Transaktionen zur Ergänzung der Offiziellen Entwicklungshilfe, nicht akzeptiert wurde.

Iva Zanicchi (PPE), schriftlich. – (IT) Ich habe für den Entschließungsantrag gestimmt, aber ich empfinde es als notwendig, einiges klarzustellen. Die Finanzkrise hat eine globale Rezession ausgelöst, die aufgrund ihrer vielen Auswirkungen einen besonderen Einfluss auf die Entwicklungsländer hatte und die Nahrungsmittelkrise verschlimmerte: entsprechend der von der FAO vorgelegten Daten hat die Zahl der Hungernden das erste Mal in der Geschichte die 1-Milliarde-Marke überschritten, und es gibt 100 Millionen mehr unterernährte Menschen als in 2008.

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf Länder in der AKP-Region waren verheerend und machen die ökologischen Herausforderungen und die Volatilität von Nahrungsmittelpreisen noch komplexer. Diese Länder sind nicht für die Krise verantwortlich, haben aber die schlimmsten Folgen erlitten und die geringste Hilfe erhalten. Das kann nicht länger akzeptiert werden. Aus diesen Gründen und angesichts einer wirklich tragischen Situation, glaube ich, dass es notwendig ist, die Qualität der Hilfe, die diesen Ländern zur Verfügung gestellt wird, zu verbessern, statt einfach nur auf die Quantität zu schauen. Ich glaube, mehr Transparenz und Effektivität sind bei der Verwendung der Gelder nötig und eine unparteiliche Überprüfung der Ergebnisse erforderlich.

Präsidentin. – Das beendet die Erklärungen zur Abstimmung.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

10. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

11. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

12. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

13. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Präsidentin. – Ich erkläre die Sitzung des Europäischen Parlaments für vertagt.

(Die Sitzung wird um 11.50 Uhr geschlossen)